

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1.10 Mark monatlich...
Einzelhefte 10 Pfennig...

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle...
Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 26. Juni 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Bilows Unterwerfung.

Es sind erst wenige Tage her, da erklärte im Reichstag Staatssekretär Sydow mit großer Feierlichkeit:

„Was ich jetzt erkläre, spreche ich als Meinung der verbündeten Regierungen aus, deren Willen zu erforschen ich in der vorigen Woche Gelegenheit gehabt habe: die Ausdehnung der Erbanfallsteuer auf Adhömmlinge und Ehegatten ist ein wesentlicher und unentbehrlicher Teil der Reichsfinanzreform, ohne die eine solche weder zustande kommen wird, noch zustande kommen kann.“

Heute sah Herr Sydow am Bundesratsstisch im Reichstag und hörte aufmerksam zu, wie die konservativ-kerikale Koalition ihren Finanzreformplan Stück für Stück weiterführte.

In der Tat, was gestern den meisten unmöglich schien, scheint heute bereits verwirklicht. Fürst Bülow, der von sich behauptete, kein Konsequenzenmacher zu sein, hat damit keinesfalls die Wahrheit gesagt. Er ist konsequent und behält seinen Platz. Der Sieg der Agrarier wird damit vollstän-

dig; Fürst Bülow stört die Ausnützung des Sieges nicht durch seinen Rücktritt oder gar durch die Auflösung. Warum soll auch der deutsche Kanzler, nachdem er während seines Minister-

dasens so viele Opfer des Intellekts gebracht hatte, nicht auch das Opfer seiner politischen und persönlichen Ehre bringen, wenn er dadurch nur sich oben auf halten kann? Die schwarz-blaue Koalition fürchtet mit Recht die Auflösung des Reichstages, die ihrer Herrlichkeit ein rasches Ende setzen würde. Erpart der Kanzler ihr diesen Kampf, darf er dann nicht hoffen, daß er da den Agrariern zu allen andern Diensten den größten Dienst erwiesen hat, den sie ihm durch die Erlaubnis danken, noch eine Zeilang der politische Geschäftsführer des Bundes der Landwirte und des Zentrums zu sein?

Wenn man in Deutschland ein schmutziges politisches Geschäft zu besorgen hat, so wird man patriotisch. Je schmutziger das Geschäft, desto patriotischer sind die Gründe. Und so wird uns auch bereits versichert:

„Der Reichskanzler soll zwar nach wie vor an der Ueberzeugung festhalten, daß er eine Finanzreform ohne Erbschaftsbesteuerung und ohne die Mitwirkung der Liberalen nicht machen könne, andererseits erscheine ihm aber die Reform der Reichsfinanzen als ein so bedeutungsvolles patriotisches Werk, daß alle parteipolitischen Rücksichten darüber in den Hintergrund treten müßten, so historisch bedeutungsvoll auch, daß er nicht vom Schappilay abtreten dürfe, ohne es vollendet zu haben.“

Und der „Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht folgende Erklärung aus dem Reichskanzlerpalais:

„Es würde den Tatsachen nicht entsprechen, wollte man in Abrede stellen, daß das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen im Reichstag einen tiefen Eindruck auf den Reichskanzler gemacht hat, und es wäre ebenso falsch, leugnen zu wollen, daß dieser Tag ohne Bedeutung bleiben könnte für die persönlichen Entschlüsse des Fürsten von Bülow. Man muß sich aber andererseits hüten, zu glauben, daß der Kanzler aus dem gestrigen Tag allein bereits Konsequenzen ziehen werde. Dem steht die einfache Tatsache gegenüber, daß die Finanzreform ja doch nicht aus der Erbanfallsteuer allein besteht. Es bleiben noch eine ganze Reihe von Steuerprojekten übrig, an deren weiterer Behandlung er auf das lebhafteste interessiert ist. Hat er doch kein Hehl daraus gemacht, daß er manche dieser Projekte schädlich für Handel, Gewerbe und Industrie erachte, und er hat sie dementsprechend bekämpft. Der Kanzler würde es deshalb von seinem Standpunkt aus im Interesse des Reiches gar nicht verantworten können, wenn er vor dem Abschluß der Reichsfinanzreform irgendwelche Konsequenzen ziehen wollte. Er wird diese Konsequenzen ziehen — aber erst nach dem Abschluß der Verhandlungen — und dann wird für die Entschlüsse des Kanzlers maßgebend sein einmal, ob die Finanzkommission überhaupt zustande gekommen ist, und weiter, wie sie zustande gekommen ist.“

Danach wird also der Kanzler bleiben und sich der agrarischen Diktatur löblich unterwerfen. Er hat dabei nur die eine Sorge, daß den mächtigen großkapitalistischen Kreisen kein allzu großer Schaden geschieht. Die indirekten Steuern und selbst diejenigen, die wie Streichholzsteuer und die Verteuerung des Kaffees und Tees die erbitterndste Provokation darstellen, werden von der Regierung bedingungslos akzeptiert. Dagegen ist, wie das Wolffsche Bureau mitteilt, der konservativen Fraktion im Austrage des Reichskanzlers eröffnet worden, daß die Notierungssteuer, die Röhrenumschlagsteuer und der Kohlenausfuhrzoll unannehmbar seien, weil sie Handel und Verkehr schädigen, die Industrie unerträglich belasten und unsere gesamtwirtschaftliche Stellung verschlechtern würden. Die Parfümeriesteuer habe unüberwindliche Bedenken gegen sich. Hinsichtlich der Wertzuwachssteuer ist auf die ausführlichen letzten Erklärungen des Reichsfinanzsekretärs Bezug genommen worden.

Es ist eine Politik, die so ziemlich den Befehlen entspricht, die die Konservativen gegeben haben. Die „Kreuz-Zeitung“ erklärt, daß die Ablehnung der Erbschaftssteuer für Bülow kein Grund zum Rücktritt wäre. Dieser müßte erst eintreten, wenn der Liberalismus bei den weiteren Beratungen des Reichstags sich nicht beteiligen würde. Deswegen sollten wenigstens die Nationalliberalen ihre Opposition aufgeben, wofür

die Konservativen mit Zugeständnissen bei den Vörsensteuern bereit wären. Der Plan der Konservativen geht somit dahin, die Nationalliberalen von den Freisinnigen zu trennen, und der Kanzler ist bereit, diesen Plan zu unterstützen.

Vorläufig sieht es allerdings nicht so aus, als ob diese Wünsche in Erfüllung gehen würden. Die liberale Presse ist einmütig darin, die Auflösung des Reichstages zu fordern. Einmütig auch darin, daß eine Unterwerfung Bülows den Mann völlig lächerlich und ver- trauensunwürdig machen würde. So schreibt die „Frankfurter Ztg.“:

Bülow kann das Mißtrauensvotum, das ihm heute erteilt worden ist, nicht hinnehmen, ohne den letzten Rest von Reputation zu verlieren und sich mit seinen feierlichen Erklärungen vom letzten Mittwoch in Widerspruch zu setzen. Seine schwankende und passive Haltung während langer Monate hat zum guten Teil den jetzigen Mißerfolg verschuldet, und er mag es jetzt bitter empfinden, daß die Methoden eines lässig-schwächlichen politischen Systems sich nun doch an dem Urheber dieses Systems selbst rächen, der sich mit lächelnder Miene so oft aus gebähten Schwierigkeiten herausgerunden hatte. Wie dem auch sei, von heute ab gibt es für den Fürsten Bülow nur eine Wahl: zurückzutreten oder, mit Zustimmung des Bundesrats, den Reichstag aufzulösen. Eine Auflösung würde im Volk den lebhaftesten Widerhall finden, aber sie würde eine Energie zur Voraussetzung haben, die man bisher bei der Regierung schon er- zigt vermocht hat. Man wird abwarten müssen, ob Kanzler und Bundesrat die Kraft zu einer Reichstagsauflösung gegen Konservativen und Zentrum finden werden.

Und die „Nat.-Ztg.“ meint:

Mit der Verwerfung der Erbschaftssteuer haben sich die Konservativen und das Zentrum aber auch über den Willen der Regierung und der großen Mehrheit des deutschen Volkes hinweggesetzt. Eine Mehrheit im Parlament, die den berechtigten Wünschen weiter Bevölkerungskreise mit solcher Mißachtung begegnet, darf nicht mehr als die Vertretung des Volkes angesehen werden, da sie dessen Vertrauen verloren hat. Der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen haben ihrerseits in bestimmtester Form die Versicherung abgegeben, daß sie an ihrem Finanzprogramm festzuhalten entschlossen seien. Jetzt muß die Entscheidung kommen. Sie kann nicht mehr hinausgezogen werden, ohne daß das Ansehen des Reichskanzlers und die Autorität der Regierung die schlimmste Minde- rung erfahren. Für beide, Reichskanzler und Reichsregierung, gibt es nur noch die Wahl zwischen Weigen oder Brechen. Dem Zentrum sich beugen kann Bülow nicht. Entweder muß er vom Amte zurücktreten, da sein Gewissen ihm nicht erlaubt, unter diesen Verhältnissen die Geschäfte verantwortlich zu führen, oder die verbündeten Regierungen versuchen, den Widerstand des konservativ-kerikalen Blocks zu brechen.“

Und selbst die blodtreue „Wolffsche Zeitung“ sagt:

„Da die Lage endlich klar ist wie das Sonnenlicht, haben die Zauderer, die sich noch immer nicht schlüssig machen können, alle Hände voll zu tun, um der Welt den Glauben aufzureden, daß die Dinge noch lange nicht spruchreif seien. Erst müsse man die dritte Lesung abwarten. . . . Es scheint, die „Forderung des Tages“ lautet: „Nur nicht drängeln“. Wären die Verhältnisse nicht bitter ernst, man könnte über diese Taktik lachen. Also an der gestrigen Niederlage ist es noch nicht genug? Die Regierung muß noch mehr Prügel bekommen, ehe sie entscheidet, ob sie sich wehren oder demütig die Rute küssen soll, womit sie gezüchtigt wird? . . .“

Verhandlungen hätten nur Sinn, wenn die Regierung geneigt wäre, die Finanzreform auch ohne die Erbanfallsteuer anzunehmen. Dann aber müßte zuvor aus dem Sprachschatz der Minister und aus ihrer Morallehre der Satz ausgegittelt werden: „Ein Mann, ein Wort.“ So lange noch Minister oder Staatssekretäre oder verbündete Regierungen für Versicherungen Glauben und Vertrauen beanspruchen, so lange wird man dabei bleiben dürfen, daß für den Bundesrat eine Finanzreform ohne Erbanfallsteuer, vollends eine Reform, bei der die Erbanfallsteuer durch die Notierungssteuer ersetzt wird, unannehmbar ist.

Um zu diesem Ergebnis zu kommen, braucht man aber keine dritte Lesung abzuwarten. Die Entschliekung konnte mit Zug nur vertagt werden, solange noch das Schicksal der Erbanfallsteuer ungewiß, eine dritte Lesung dieses Entwurfs möglich war. Das ist vorüber, die Schlacht ist geschlagen, und die Regierung hat sie verloren. Aber ein anderes ist eine Schlacht, ein anderes der Feldzug. Freilich, wenn die Regierung zuläßt, daß ihre Sachwalter nichts anderes predigen als Abwarten und Geduld, so kann aus einer leicht wettzumachenden Niederlage eine vernichtende Katastrophe werden.“

Das ist gewiß ganz richtig, nur sollten sich die Herren Liberalen nicht so ganz auf den Fürsten Bülow verlassen, und nur von ihm ihr Heil erwarten just in dem Augenblick, wo er sich ansieht, sie dem Zentrum und den Konservativen zu opfern. Die Führer der Liberalen haben heute im Reichstag erklärt, daß die Finanzreform des schwarz-blauen Blocks für sie unannehmbar sei und sie gegen alle Steuern stimmen würden. Aber damit ist noch wenig getan. Wenn die Liberalen nicht ebenso lächerlich werden wollen wie Bülow, so werden sie kämpfen, im Reichstag kämpfen müssen. Eine so starke Minorität, wie die gegen die Finanzreform des Schnapsblocks würde unbesiegbar sein, wenn sie zu dem Widerstand mit allen Mitteln entschlossen wäre. Eine Durchpeitschung der Finanzreform mit Gewalt kann der Schnapsblock nicht wagen. Wenn die Liberalen sich kampflös ergeben und dem Verrat durch ihren Bülow nichts anderes entgegenzusetzen wissen als Nannern oder Schimpfen, dann verdienen sie kein besseres Schicksal, als an die Wand gedrückt zu werden.

Die Auflösung des Reichstages ist heute die Forderung der überwältigenden Majorität des deutschen Volkes. Wären die liberalen Abgeordneten Männer, uns wäre nicht bang, daß diese Forderung verwirklicht würde. Nicht die Regierung allein, sondern die Schwachmütigkeit der Liberalen hätte die Verantwortung, wenn diese Forderung unerfüllt bliebe.

Die Bischöfe und der katholische Volksverein.

Die M.-Glabbacher hatten sich vor kurzem den Kardinal Fischer von Köln verschrieben, damit er ihnen beistünde gegen die Angriffe, die in letzter Zeit gegen den Volksverein für das katholische Deutschland gerichtet worden sind. Kardinal Fischer wurde im Konferenzzimmer des Volksvereinshauses vom Fabrikbesitzer Franz Brandis, dem Vorsitzenden des Volksvereins, begrüßt. Brandis wies in einer wohlgeleiteten Rede hin auf die Verdienste des Volksvereins um die katholische Sache, auf das Wohlwollen, das dem Volksverein durch den Papst und den Kölner Oberhirten allseitig erwiesen worden sei. Der Volksverein wolle einen Katholizismus der Tat, aber nur einen solchen, der vom Katholizismus der Lehre nicht abweiche. Darum sei es nicht gutgean, wenn einzelne anonyme Stimmen das beiderseitige Vertrauen zu erschüttern suchten und damit die so notwendige Einheit der Katholiken gefährdeten.

Der Erzbischof sprach in seiner Antwort sein tiefes Bedauern über die gegen den Volksverein gerichteten Angriffe aus und wies es entschieden ab, wenn von den Gegnern daraus der Schluß gezogen werde, daß der Volksverein im Gegensatz oder gar in Feindschaft gegen den Episkopat stehe. Das sei eine Verleumdung. Der Volksverein nennt sich nicht bloß einen katholischen Verein, er ist es. Er will im strengen An- schluß an die Kirche tätig sein. Der Erzbischof von Köln hält ja fortwährend Fühlung mit ihm. Lassen Sie sich von jenen Angrifften nicht beeinflussen und fahren Sie ruhig fort, in der bis- herigen guten, gebiemenen, katholischen Weise zu arbeiten.“

Der Erzbischof von Köln mag zum katholischen Volksverein stehen wie er will; der Segen, den er den M.-Glabbachern erteilt, beweist nichts gegen die Tatsache, daß ein Teil seiner oberhirtlichen Amtsgenossen mit der Gestaltung und Tätigkeit des Volksvereins durchaus nicht einverstanden ist. Die Angriffe, die in letzter Zeit gegen den Volksverein gerichtet worden sind, werden in ihrer Bedeutung auch nicht dadurch abgeschwächt, daß sie anonym erschienen; sie stammen ohne Zweifel aus Kreisen, die den Bischöfen nahe genug stehen, um über deren Stimmung gegenüber dem Volksverein unterrichtet zu sein; außerdem bürgt der Ort, wo sie erschienen sind („Historisch-politische Blätter“, „Apologietische Rundschau“ usw.) dafür, daß ihre Verfasser sich des Rückhaltes an maßgebender kirchlicher Stelle bewußt sind.

Die Abneigung gewisser Bischöfe gegen den Volksverein stammt ja nicht von heute oder von gestern. Das Fuldaer Pastoral vom Jahre 1900 war gegen die christlichen Gewerkschaften gerichtet. Wenn man weiß, daß die M.-Glabbacher Zentralstelle diese Organi- sationen als ihr eigenes Werk und ihren besonderen Ruhm betrachten, dann weiß man auch, daß dieses Pastoral sich nicht zum wenigsten auch gegen den Volksverein richtete.

In einer jüngst erschienenen Schrift des Abgeordneten Gies- herts („Friede im Gewerkschaftsstreit?“ Köln 1909. J. P. Bachem) findet sich die interessante Bemerkung, daß ein großer Teil der Berliner Arbeitervereine (die Träger der gegen die christlichen Gewerkschaften arbeitenden katholischen Fachabtei- lungen) nichts weiter sind als katholische Männervereine und daß diese systematisch darauf hinaus- gehen, den Volksverein für das katholische Deutschland zu ersetzen. In den Domänen der Berliner Fachabteilungsabteilung wird dem Volksverein an manchen Orten systematisch das Wasser abge- graben.

Von den Bischöfen, die offen und eifrig die Fachabteilungs- bewegung begünstigen, seien Fürstbischof Kopp von Breslau und Bischof Korum von Trier genannt. Sie sind Gegner der christlichen Gewerkschaften; die Arbeitervereine ihrer Diözesen stehen in entschiedenem Gegensatz zu den in M.-Glabbacher Geiste geleiteten Arbeitervereinen West- und Süddeutschlands, und die M.-Glabbacher Volksvereinsliteratur ist grundsätzlich verbannt aus dem Verbreitungsbereich dieser Arbeitervereine Berliner Richtung — Beweis genug, daß eine starke und weitreichende Gegnerschaft gegen den katholischen Volksverein unter den Bischöfen besteht und betätigt wird.

Ein „oberstes Wächteramt über den Katholizismus“

„Ein „oberstes Wächteramt über den Katholizismus“ soll sich, wie die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet, am Osterdienstag in Köln eingerichtet haben. Zehn Herren, darunter drei Zentrumsabgeordnete, zwei Zentrumsredak- teure, ein literarisch sehr tätiges Mitglied des Jesuiten- ordens und mehrere Geistliche, fanden sich an genanntem Tage zu einer geheimen Sitzung zusammen und berieten über Maßnahmen, um den Episkopat, den Klerus und das Volk durch Wort und Schrift aufzuklären über die Gefährdung des Katholizismus und der Reinheit seines Glan- bens. Es wurde ein Aktionsprogramm festgesetzt, die Rollen für die Ausführung in Versammlungen und Zeitungen wurden ver- teilt, für die Verbreitung der Ideen sind zwei Zeitschriften und eine Anzahl Tagesblätter in Aussicht genommen.“

Die „Allnische Volkszeitung“ sieht sich zu dieser Enthüllung veranlaßt durch unsere Mitteilungen über die im ultramontanen Lager herrschende Strömung gegen den katholischen Volksverein; sie will „irrtümlichen Darstellungen und ungebührlichen Hebertreibungen“ vorbeugen, und glaubt aus ihrem Material den Schluss herleiten zu dürfen, daß „die ganze Aktion bedeutungslos ist und sein wird“.

Es ist auffallend, wie leicht es der „Allnischen Volkszeitung“ wird, wenn es ihr paßt, Mitglieder der Zentrumspartei, Angehörige des einflussreichsten Ordens, Leiter und Mitarbeiter hervorragender ultramontaner Zeitschriften und Zeitungen zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen.

Die ungarische Regierungskrise.

Aus Wien wird uns vom 23. Juni geschrieben:

Die Zeiten des ungarischen Koalitionsministeriums haben sich erfüllt, und in „einigen Tagen“, wie der Kaiser gestern zu Herrn Weterle sagte, wird es gewesen sein. Es ist ein ruhmloses Ende, das es nimmt, und von den Hoffnungen, die an diese aus einer großen Volksbewegung geborenen Regierung geknüpft wurden, hat sich nicht eine erfüllt; im Gegenteil, die nationale Regierung, als welche das Koalitionsministerium begründet wurde, hat sich als ein regelrechtes Betragenstystem entpuppt, das an Volksfeindschaft selbst in der Geschichte der magyarischen Schandregierung seinesgleichen nicht leicht finden wird. Die Koalition entstand, als Stefan Tisza, der von seinem Vater nur Namen und Vermögen, nicht die politische Geschicklichkeit geerbt hat, mit seinen Plänen auf Reform der Geschäftsordnung, durch die die nationale Opposition hätte erdrückt werden sollen, herausrückte und scheiterte. In den Neuwahlen im Jahre 1905 wurde die allliberale Partei, die seit Deak das Land beherrschte, aufs Haupt geschlagen, und die Unabhängigkeitspartei, die der Fahne Kossuths folgte, errang einen großen Sieg. Ueber ein volles Jahr dauerte der Konflikt zwischen Reichstagsmehrheit und Krone, der durch die Regierung Fejervarys und Kristoffys noch verschärft wurde, deren geschichtliche Bedeutung in der Verheißung der Wahlreform liegt, durch die der im Chauvinismus und Klassenegoismus versteinerte Reichstag auf neue Grundlagen gestellt werden sollte. Erst im Frühjahr 1906 erfolgte zwischen der Krone und der Mehrheit des Reichstages (die aus der Koalition der Unabhängigkeitspartei, der Verfassungspartei und der Volkspartei besteht) der Friedensschluß, der die Einsetzung des Koalitionsministeriums herbeiführte. In dem Pakt mit der Krone, auf Grund dessen die Koalition die Regierung übernahm, wurde die Wahlreform als die Hauptaufgabe der neuen Regierung erklärt. Und man erhoffte von ihr nicht bloß deren baldige und aufrichtige Erfüllung, man wählte, mit ihr überhaupt einen politischen Fortschritt gemacht zu haben, von dem aus die Reinigung des korrupten öffentlichen Lebens, soziale Maßregeln und politische Reformen erfolgen werden. Aber man hatte sich dabei gründlich getäuscht.

Denn die Koalition und ihre Regierung enthüllten sich bald als ein Klügel des niedrigsten und bedenkenlosesten Klasseninteresses. Die Korruption, die schwärende Wunde an dem ungarischen Volkskörper, nahm eher zu, und die neuen Männer begannen ihr Regieren nach dem berühmten Grundsatz: Enrichissez vous! Sie bereicherten sich auch alle, und mehr an „Subventionen“ und „Dotationen“, wie das Plündern der Staatskassen zugunsten der herrschenden Clique genannt wird, dürfte auch unter der Herrschaft der Allliberalen nicht verlan worden sein. Und in seiner Häufung von Gesetzbrüchen und Rechtsverletzungen wider die Arbeiterklasse und gegen die nichtmagyarischen Nationen erschien die neue Regierung, die bestimmt war, die demokratischen Notwendigkeiten zu erfüllen, womöglich noch nichtsnutziger als die früheren Betragenregierungen. Die Wahlreform wurde aber nach allen Regeln der Drahtzieherei verschleppt und verfrachtet. Aus den Enthüllungen des gewissenhaften Justizministers Polonji, eines der Prachtgefallen aus dieser Epoche der Streberei, ist der unverlorene Betrug bekannt geworden, mit der sich die Koalitionsminister ihren Verpflichtungen in Sachen der Wahlreform entledigen wußten. In dem Pakte mit der Krone hatten sie sich verpflichtet, die Wahlreform „zumindesten auf ebenso breiter Basis auszuführen, als sie in dem Programm der Regierung Fejervary enthalten war“. Die Wahlreform dieser Regierung aber war das allgemeine, geheime (in Ungarn wird noch öffentlich gewählt) und gemeindefürsorgende Wahlrecht (derzeit gibt es für jeden noch so großen Wahlbezirk nur eine Urne); dieses sollte also die Koalition als Regierungsprogramm übernehmen. Als aber die Herrschaften am Tage, nachdem sie Minister geworden waren, nach Budapest zurückkehrten, vereinbarten sie im Rupee schon, in allen ihren Kundgebungen nur vom „allgemeinen“ Wahlrecht zu reden; damit die übrigen, nicht minder notwendigen Reformen in der Liste ihrer Verpflichtungen und Versprechungen nicht erscheinen und man sich später auf diese Lücke berufen könne! Welche Infamie dann der Graf Andrássy als Wahlreform ausgedeutet (kein Wahlrecht für Analphabeten, Pluralität, mündliche Abstimmungen und eine Reihe kleinerer, aber gewichtiger Schufereien mehr), ist bekannt; freilich ruht der Entwurf seit dreiviertel Jahren im Archiv des Hauses, ohne daß er auch nur zur ersten Lesung gelangt wäre. Man begreift also, daß alle anständigen Menschen die Entlassung dieser Regierung als eine wahre Erlösung empfinden müssen.

Was freilich kommen wird und kommen könnte, liegt ganz im ungewissen. Der formelle Anlaß der Krise war bekanntlich die Bankfrage: die Forderung nach Errichtung der selbständigen ungarischen Bank, die die Unabhängigkeitspartei vertritt, wogegen sie die anderen Parteien in der Koalition ablehnen, ist von der Krone mit aller Bestimmtheit zurückgewiesen worden, und kein anderes Schicksal hatten die Vorschläge, durch militärische Konzessionen das gesunkene Prestige der Koalitionsherren aufzufrischen. Nun bemüht sich um die „Entwirrung“, nachdem Weterle gestern der Krone das letzte Angebot gemacht und die letzte Absage erhalten, der ehemalige Finanzminister im Kabinett Szell, Herr v. Lufacs, der als besonderer Vertrauensmann des Kaisers gilt; aber es ist nicht zu erwarten, daß es ihm gelingen werde, die Klüft zu schließen, die zwischen dem Standpunkte der Krone, die die unterlehrte Bewahrung der dualistischen Einrichtungen fordert, und dem Standpunkte der Unabhängigkeitspartei, die um jeden Preis „nationale“ Eroberungen erlangen will, heute klafft. Die Krone, die nach der Klampagne, die Fejervary und Kristoffy für sie geführt hatten, alle Krümpe in der Hand hatte, hat durch ihr feiges Gewähren der Verschleppung der Wahlreform das Spiel halb verloren und kann leicht an den Punkt geraten, aus dem nur Gewalt den Weg weist. Wenn freilich diese „Gewalt“ in der Diskonpierung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes bestünde, würde der „Staatsstreik“ höchste Staats- und Volksraison sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Juni 1906.

Kaffee-, Tee- und Licht-Steuerung.

Aus dem Reichstage, 25. Juni. Nicht weniger als vier neue Steuern wurden heute in dem beliebten Automobiltempo von der agrarischen Mehrheit in die Reichsscheune eingefahren. Die Mehrheit zeigt dadurch der Regierung, daß sie bereit ist, alles, was verlangt wird an neuen Steuern, zu bewilligen — aus anderer Leute Taschen. Und diese charakterlose Regierung ist ihrerseits wirklich bereit, nach den Wünschen jener Mehrheit, von der sie soeben mit derben Fußritten regaliert wurde, das Steuerbuckel zusammenzustellen. Wenigstens konnte der Agrarierhauptidee Köstke, ohne daß ihm der anwesende Schatzsekretär Sydow widersprach, feststellen, daß dieser Gummimann auf dem Ministerfessel in der Kommission die Mehrheit ermahnt habe, doch nicht allzuviel Steuern mehr zu streichen, sonst kämen die 500 Millionen nicht heraus.

Zunächst wurde eine Reichsstempelsteuer, dann eine Wechselsteuer bewilligt. Zu dritt ging es an die Erhöhung des Kaffee- und Teezolles. Auch hierbei konnte von den Kritikern aus den Reihen der Linken wieder nachgewiesen werden, in wie ungeschickter Weise von Regierung und Kommission die Vorlage bearbeitet war. So erschien das Urteil des Genossen Molkenbührer gerechtfertigt, daß „ein wirklich seltener Mangel an Sachverständnis“ von den Steuerdrechslern betätigt worden sei. Molkenbührer wies nach, daß die armen Leute in geradezu frevelhafter Weise mit dieser Steuer belastet würden. Die Feuerungsarbeiter z. B., die auf den Konsum von großen Mengen kalten Kaffees geradezu angewiesen seien, würden schwer getroffen werden. Obendrein wird die Verteuerung von Kaffee und Tee den Alkoholkonsum heben, was allerdings den ostelbischen Schnapsbrennern sehr willkommen sein würde. Aber alle Segenreden halfen nichts — der kompakte Agrarierblock schlochte auch diese volksfeindliche Steuer in namentlicher Abstimmung herunter.

Bei der Glühkörpersteuer das nämliche Bild! Der nationalliberale Abg. Weber wies an einigen Proben von Glühbirnen und Glühstäben nach, welche unsäglicher Veräufung die elektrische Industrie, aber auch Handwerk und Publikum durch diese schändliche Steuer ausgesetzt sein würde. Die freisinnigen Abgeordneten Cuno und Müller-Reinigen ergänzten diese Ausführungen durch Kritik der Einzelbestimmungen. Herr Müller wies insbesondere nach, daß das Zentrum früher einen ablehnenden Standpunkt gegenüber dieser Steuer eingenommen habe. Genosse Sebering wies treffend die schweren Schädigungen nach, die auch den Arbeitern als Konsumenten wie als Produzenten aus dieser Steuer erwachsen würden. Alles vergeblich! Herr Sydow versuchte die Veräufung als völlig belanglos hinzustellen, und Herr Fischer vom Zentrum wandte alle Rünste pfäffischer Wortklauberer an, um seine und seiner Parteigenossen frühere Gegnerschaft wider die Steuer hinwegzudeckeln. Schließlich wurde auch diese Verdunkelungssteuer, bei der Regierung und Agrarierblock sich in innigem Bunde vereint hatten, mit der gewohnten Mehrheit angenommen.

Als der Vizepräsident Paasche dann die nächste Sitzung für Mittwoch, den 30. Juni, um 1 Uhr, vorschlug, beantragte Singer, das Haus morgen (Sonntag) tagen zu lassen, da man dem Reichskanzler doch Gelegenheit geben müsse, sich sobald wie möglich über die Lage zu äußern. Die Heiterkeit, die das bei allen Parteien erweckte, zeigt, welches Maß von Mißtraut der versüßende Schneemann Wilow sich erwirkt hat. Die Mehrheit stimmte indes dem Vorschlage Paasches zu. Am nächsten Mittwoch geht also die Steuerpulscherlei weiter.

Landtagschluß.

Am Freitagnachmittag ist die Landtagssession in der üblichen Weise geschlossen worden, nachdem vorher noch beide Häuser kurze geschäftliche Sitzungen abgehalten hatten.

Das Abgeordnetenhaus nahm zunächst den Gesetzentwurf betr. Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen bei Ausübung der öffentlichen Gewalt unter Streichung des § 5 an, der von der Haftung für Amtspflichtverletzungen der Lehrer handelt. Einige Petitionen um Abänderung der hannoverschen Städteordnung, die der Regierung zur Erwägung überwiesen wurden, gaben unseren Genossen Leinert Gelegenheit, die Rückständigkeit und den plutokratischen Charakter der Städteordnungen zu geißeln, während eine Petition um Neuregelung der studentischen Rechtsverhältnisse unseren Genossen Dieblrecht auf den Plan rief, um die Reaktion an den Universtitäten zu brandmarken.

Das Herrenhaus genehmigte das Stempelsteuergesetz in der vom Abgeordnetenhaus angenommenen Fassung, schloß sich in bezug auf den Gesetzentwurf betr. Haftung des Staates den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses an und erteilte einem Antrage des Grafen Haeseler betr. obligatorische Einführung des Fortbildungsschulunterrichts seine Zustimmung.

Damit hatte die parlamentarische Saison in Preußen ihr Ende erreicht.

Die Abstimmung über die Erbschaftsteuer.

Nach der amtlichen Abstimmungsliste haben am Donnerstag für die Erbschaftsteuer gestimmt: die Konservativen, die Antisemiten, die Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten, dagegen die Konserverativen, das Zentrum und die Polen. Dissidenten haben zu verzeichnen die Konserverativen, die Reichspartei, die Antisemiten, geschlossen stimmten Zentrum, Nationalliberale, Freisinnige und Sozialdemokraten. Von den Konserverativen stimmten sechs für die Steuer: Pauli-Potsdam, Fürst Hohenlohe-Dehringen, Wagner, Giese, Arnold und v. Kaphengst, von den Freikonservativen drei dagegen: Varenhorst, v. d. Wense, Dorken, von den Antisemiten sechs dagegen: Vogt (Graßheim), Vogt (Hall), Köller, Hindewald, Liebermann v. Sonnenberg und Köhler. Die Elsaß-Lothringer stimmten mit dem Zentrum gegen die Steuer, nur Dr. Gregoire enthielt sich der Stimme. Es fehlten 18 Abgeordnete: Bebel (Soz.), Beuchelt (A), Böning (A), Gaas (natl.), Freiherr v. Seyl zu Herrnsheim (natl.), Dr. Dpfergelt (R.), Grafv. Diola (natl.), Preiß (wild), Fürst Radziwill (Polen), Stadthagen (Soz.), Graf Stolberg-Bernigerode (fraktionslos), de Wendel (wild), Zimmermann (Ant.). Die meisten der Fehlenden sind durch Krankheit oder leidenden Zustand entschuldigt; Genosse Stadthagen weifte in der Stadtverordnetenversammlung. Acht der Fehlenden werden als Gegner, fünf als Freunde der Erbschaftsteuer gerechnet.

Besonders bemerkenswert an der Abstimmung ist, daß das Zentrum völlig geschlossen gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hat. Die „Arbeitervertreter“ in dieser Partei haben also auf eigenartige Weise die Interessen der katholischen Arbeiter vertreten!

Schluß in der Finanzkommission.

Die Finanzkommission erledigte in ihrer Freitagssitzung die letzten Reste der von der Regierung vorgeschlagenen Erbschaftsteuer. Die Beratung begann mit dem Gedächtnis. Die Regierungsvorlage sieht für jeden Scheck eine Stempelgebühr von 10 Pf. vor. Es sollen auf diese Weise 12—13 Millionen Mark herausgeschlagen werden.

Singer erklärt, daß jede Verkehrssteuer von sozialdemokratischer Seite abgelehnt werde, der Scheckstempel würde übrigens auch die Entwicklung des Scheckverkehrs stark beeinträchtigen und vorzugsweise den Mittelstand treffen, da die weitaus größte Zahl der Schecks nur über mäßige Beträge lauten.

Gegen den Scheckstempel wenden sich auch Freisinnige und Nationalliberale. Müller-Julda beantragt zunächst, Schecks über Beträge bis 150 M. stempelfrei zu lassen, zieht aber auf die Einwendungen des Reichsbankpräsidenten v. Havenstein und Sydows seinen Antrag zurück. Gegen die Stimmen der Linken wird sodann der Scheckstempel beschlossen.

Gestrichen wird nur die Bestimmung, daß Quittungen über Geldsummen, die aus Guthaben des Ausstellers gezahlt werden, den Schecks gleich behandelt werden sollen.

Zum Schluß wird die Vorlage über den Versicherungsstempel abgelehnt. Die Regierung wollte 35 Millionen damit erlangen.

Sydow bittet stehend, die Steuer nicht abzulehnen; nachdem gestern der Reichstag die Erbschaftsteuer abgelehnt habe, könne die Mehrheit sich jetzt nicht den Luxus erlauben, auch noch diese Steuer abzulehnen. Trotz dieser Bitte stimmte nur der Vorsitzende für den Versicherungsstempel.

In rascher Folge wurden noch eine Reihe formaler Bestimmungen erledigt und dann war die Kommission wieder einmal mit ihren Arbeiten fertig — bis zu den nächsten Erbschaftsteuern.

Eine Einmischung des persönlichen Regiments.

Die „Verl. Neuzeit“ behauptet, bestimmt zu wissen, daß der Kaiser „die ultramontane Vorherrschaft für unseidlich hält“ und „sich auch gerade wieder in den letzten Tagen große Mühe gegeben hat, die drohende Gefahr abzuwenden“. Mehr, als in der Öffentlichkeit bekannt ist, habe er hier und da eingegriffen oder durch seine Kritik die Haltung und Entscheidung der Regierung beeinflusst. Noch kurz vor Beginn der jüngsten Verhandlungen nach den Pfingstferien habe er den früheren Landwirtschaftsminister v. Hobbelski als Vermittler zwischen Konservativen und Liberalen entsandt. Damit habe der Kaiser zum ersten Male einen deutlichen Beweis gegeben, wie sehr die Völkerei des Fürsten Wilow ihm eine eigene Herzensache war, und wie sehr er an der Festhaltung einer Politik, die die Ausschaltung des Zentrums ermöglicht, interessiert ist.

Es liegt kein Grund vor, an diesen Angaben zu zweifeln — sie passen durchaus zu den deutschen Zuständen. Daß die Konservativen dem kaiserlichen Drängen nicht nachgaben, nötig und einen gewissen Respekt ab — bei den deutschen Liberalen wäre man solcher Festigkeit nicht sicher gewesen!

Nationalliberaler Vertretertag.

Der geschäftsführende Ausschuss des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei hat beschlossen, einen allgemeinen Vertretertag der Partei zum Sonntag, den 4. Juli, nach Berlin einzuberufen.

Eine politische Erpressung.

Die „Tägl. Rundschau“ erzählt: „Das Zentrum, das sich so nervös zeigte wie nie vorher, hatte alle seine tributpflichtigen Abgeordneten, das heißt alle, die ihre Wahl liberalen Winderheiten verdanken, bei Strafe künftiger Vogelfotterung auffordern lassen, gegen die Erbanfallsteuer zu stimmen, widrigenfalls ihnen bei der nächsten Wahl jede Wahlhilfe entzogen würde. Der edle Müller-Julda trieb dieses reinliche Erpressergeschäft mit besonderer Schamlosigkeit und wurde nur noch überboten durch den Direktor Diebrich Hahn, der einem nationalliberalen Abgeordneten, dessen Mandat beanstanden ist, mit Schwierigkeiten bei dessen Wahlprüfung drohte, wenn er nicht gegen die Erbanfallsteuer stimmte!“

Man darf begierig sein, was Herr Hahn auf diesen schweren Vorwurf politischer Korruption zu antworten haben wird.

Das Militärstrafrecht am Kontrollerversammlungstage.

Eine ganz vernünftige Entscheidung des Würzburger Kriegsgerichts wurde vom Reichsmilitärgericht wieder vernichtet. In Stockstadt (Unterfranken) hatte eine Anzahl Reservisten, durchwegs Bekannte und Duzbrüder, nach der Kontrollerversammlung die übliche Bierreise gemacht und war zuletzt spät in der Nacht in der köhlichen Wirtschaft angelangt, wo sich unter den hart Regeheten eine Wagerlei entwickelte. Der Unteroffizier der Reserve Oberle wollte den Streit schlichten und schwang zu diesem Zweck einen Stuhl, wobei er den Reservisten Pius Depp in die Seite traf. Dieser war darüber aufgebracht und schlug den Oberle mit der Hand ins Gesicht. Dafür wurde nun Depp, nachdem die hinzugekommene Gendarmen die Sache angeht, vor das Kriegsgericht Würzburg wegen „tätlichen Vergreifens an einem Vorgesetzten“ usw. gestellt. Das Kriegsgericht erklärte sich für unzuständig; die Sache gehöre vor das bürgerliche Gericht, da die Kontrollpflichtigen nur während der Kontrollerversammlung selber dem Militärstrafrecht unterstehen könnten, aber nicht während des ganzen Tages.

Diese verständige Entscheidung wurde vom Reichsmilitärgericht aufgehoben. Das Kriegsgericht hat darauf den Depp zu der unerhörten Strafe von 6 Monaten 8 Tagen Gefängnis (!) verurteilt. Uebrigens ist auch der Reservunteroffizier für das Schwingen des Stuhles wegen Mißhandlung eines Untergebenen bestraft worden.

Der Fall zeigt wieder einmal mit krasser Deutlichkeit, wie dringend notwendig es ist, auf dem Wege der Gesetzgebung außer Zweifel zu stellen, daß die Reservisten nur für die Dauer der Kontrollerversammlung unter den Militärstrafen stehen.

Praktiken des Hatatismus.

Vor einigen Tagen wurde in Gleiwitz, O-Schl., ein Prozeß verhandelt, der ein großes Schlaglicht auf die Korruptionsarbeit des Hatatismus wirft. Der Redakteur des „Gleiwitzer Intelligenzblattes“ Peter Hill klagte gegen ein anderes Gleiwitzer Blatt, den „Ober-schlesischen Wanderer“, weil dieser behauptet hatte, daß Hill 1000 M. aus dem „Germanisationsfonds“ (Republikationsfonds) empfangen hat. Im Verlaufe der Verhandlung mußte der als Zeuge geladene Oberbürgermeister der Stadt Gleiwitz, Herr Renkel, zugeben, daß er in letzter Zeit zweimal bei der Regierung beantragt hat, dem Herausgeber des „Intelligenzblattes“ eine Subvention von tausend Mark aus dem Germanisations-

fonds zu gewähren, und zwar wegen seiner Stellung in der polnischen Frage. Der Herr Oberbürgermeister hielt dies — so erklärte er vor Gericht — für angezeigt im Interesse des Deutschstums.

Zwei andere Augen beklagten, daß Hill zweimal von dem Drillingen Osmarfenverein mit je 100 M. unterstützt worden ist, natürlich auch für seine „Verdienste um das Deutschstum“ und weil er Prozesse mit polnischen Zeitungen geführt hat, die er verlor. So lassen sich die Herren Palastisten ihren Patriotismus bezahlen. Der beleidigte Herr Hill hielt es für angezeigt, den Strafanzug nach der Beweisaufnahme zurückzuziehen.

Abermals Soldatenmißhandlungen bei der Garde.

Ein neuer Soldatenmißhandlungsprozeß beschäftigte am Montag das Oberkriegsgericht des Gardekorps. Angeklagt waren die Unteroffiziere Hoffmann und Blöcker vom fünften Garderegiment. Dem H. legte die Anklage 27 Fälle von vorchriftswidriger Behandlung Untergebener, vier Fälle von Mißhandlungen und einen Fall von Beleidigung, dem mitangeklagten B. 30 Fälle von Mißhandlungen Untergebener zur Last. Die beiden Unteroffiziere haben die Mißhandlungen lediglich vorgenommen, um die Untergebenen zu schikanieren und zu quälen. Hoffmann hat in mindestens zehn Fällen seine Untergebenen während des Abendessens beschäftigt, so daß die Mannschaften das Essen zu spät und in kaltem Zustand zu sich nehmen mußten. Ebenso verfuhr er mit den Leuten beim Kaffeetrinken. Anfang Dezember vorigen Jahres schickte er einige Grenadiere, die schmutzige Füße hatten, bei zehn Grad Kälte an die Pumpe auf den Hof, damit sie sich dort die Füße reinigten. Zwei der Leute zogen sich dabei Erkältungen zu. Einem Untergebenen verjegte er einen Schlag mit dem Seitengewehr gegen den Kopf. In einem anderen Falle ließ der Angeklagte die Mannschaften bei strenger Kälte die Stube und Fenster waschen. Die Fensterteile wurden dabei ausgehängt. Einer der Mißhandelten zog sich dabei Muskelrheumatismus zu. Ein anderer Untergebener wurde von H. mit Schlägen und Fußtritten traktiert.

Blöcker hat seine Leute häufiger mißhandelt. So versetzte er einmal dem Grenadier Haase einen Fußtritt gegen das Schienbein, daß Hautabschürfungen entstanden. Außerdem versetzte er dem H. Faustschläge ins Gesicht und gegen die Brust. Ein andermal gab der Angeklagte dem H. einen Stoß mit dem Gewehr in die Seite, daß der Mißhandelte Atembeschwerden bekam. Einmal befaß H. den Grenadier, das Gewehr am Riemen in den Mund zu nehmen, und mit den Worten: „March, march, gegen die Wand!“ ließ er dann die Leute mit dem Kopf gegen Tür und Wände rennen. Ein andermal mußten sie die Gewehre am Riemen in den Mund nehmen, sich niederlegen und Beine und Arme hochstrecken. Längere Zeit ließ B. die Soldaten in Kniebeuge verbleiben. Eines Abends befaß er einigen Grenadiere, unter den Weiten hindurchzukriechen. Zwei der Leute mußten sich dann bücken und mit dem Schädel gegen das Spind rennen. Hierauf befaß er ihnen, über den Schemel zu springen und auf das Spind hinaufzusteigen. Dem Grenadier Meier ließ B. zweimal so heftig mit der Gewehrmündung vor die Brust, daß ihm die Luft ausging. Ein andermal trat er ihm gegen das Schienbein, daß eine Geschwulst entstand.

Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Schönwetter, hob in seinem Plaidoyer hervor, daß die Angeklagten rein aus Lust zu Quälereien die Mißhandlungen begangen hätten und daß ganz energisch gegen derartige Ausschreitungen vorgegangen werden müsse, wenn man sie aus der Welt schaffen wolle. Das Gericht erkannte gegen Hoffmann auf vier Monate und gegen Blöcker auf sechs Monate Gefängnis. Außerdem wurden beide Angeklagte degradiert und sofort festgenommen.

Ein militärischer Meineidsprozeß.

Der Unteroffizier Johann Meile vom 15. Infanterieregiment in Neuburg a. S. stand vor dem Oberkriegsgericht zu München wegen Meineids. Meile sah seinerzeit, wie der Infanterist Huber von dem Unteroffizier Fischer den Befehl erhielt, 100 mal Kniebeuge zu machen, und weil er dabei lachte, auf Befehl eines weiteren Unteroffiziers namens Unger noch 100 Kniebeugen mit Gewehraufwärtssprechen machen mußte. Schließlich gab ein dritter Unteroffizier namens Eisenstein dem Huber den Befehl, in der Kniebeuge sitzen zu bleiben. Meile forderte die drei Unteroffiziere auf, den Huber in Ruhe zu lassen. Huber beschwerte sich und die drei Unteroffiziere wurden wegen vorchriftswidriger Behandlung eines Untergebenen zu je 8 Tagen Mittelarrest verurteilt. Sie legten Berufung beim Kriegsgericht der Division ein. In der ersten Verhandlung vor dem Standgericht erklärte Meile als Zeuge, er habe nichts davon gesehen, daß Huber das Gewehr aufwärtssprechen mußte. In der zweiten Verhandlung gestand er indes, daß die Vorhaltungen des Vorhaltenden, daß er in Neuburg die Unwahrheit beschworen habe, und zwar aus Angst vor dem viel älteren Unteroffizier Fischer, der ihm zugerechnet habe, er solle nicht so viel sagen. Das Kriegsgericht der 2. Division erkannte gegen Meile auf 1 Jahr Zuchthaus und sprach den Unteroffizier Fischer von der Anklage der Anstiftung frei. (1) Meile legte Berufung am Oberkriegsgericht München ein, das das Urteil aufhob und den Angeklagten zu 9 Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilte, und zwar mit der Begründung, daß nach § 158 des R.-St.-G. bei Widerruf vor dem gleichen Gericht auf die Hälfte der Strafe zu erkennen sei. Obwohl nun Meile erst in der zweiten Instanz widerrufen hatte, so hielt das Oberkriegsgericht, entgegen der bisherigen Rechtsprechung des Reichsmilitärgerichts, den § 158 doch für anwendbar, da die familiären militärischen Behörden als einheitlicher Organismus anzusehen seien.

Frankreich.

Soldebatten.

Paris, 25. Juni. Deputiertenkammer. In der heutigen Vormittags Sitzung wurde die Revision des Zolltarifs erörtert. Néron (radikal) verlangte den Schutz der Industrie, namentlich des Schmiedehandwerks, gegen die Einfuhr aus Deutschland. Geraud (radikal) protestierte gegen eine zu weit getriebene Schutzpolitik von Seiten der Wirtschaftsmächte, wie Nordamerika und Deutschland, und fügte hinzu, daß die aggressive Wirtschaftspolitik Deutschlands unter den Deutschen selbst auf Widerspruch stöße und nicht dazu angehen sei, die von den Staatsmännern gewünschte Annäherung zu erleichtern. Geraud forderte weiter den Abschluß von Handelsverträgen mit dem Ausland. Paul Boncour (radikal) forderte die Regierung auf, die Versicherung zu geben, daß der Entwurf keinen Tarifkrieg, noch die Vernichtung der Weinkultur Frankreichs herbeiführen werde.

Italien.

Morgari gegen den Zarenbesuch.

Rom, 23. Juni. In der heutigen Kammer Sitzung hat Genosse Morgari bei der Diskussion des Budgets des Äußeren seine Tagesordnung begründet, in der die Regierung aufgefordert wird, eine internationale Konferenz für die Abrüstung einuberufen. In seiner langen und wichtigen Rede hat Morgari Gelegenheit genommen, zu erklären, daß die Sozialisten im Falle eines Besuchs des Zaren gegen den Vertreter eines schwächlichen und infamen Regimes protestieren würden. Genosse Morgari sagte wörtlich: „Ich nehme die Gewähr auf mich, daß wir und auch diesmal diesem Besuch widersehen werden. Und wenn das Verlangen des Zaren

auch ein gutes Geschäft für Italien wäre, so würde ich mich trotzdem widersetzen, denn ich kann es nicht zulassen, daß wir gute Geschäfte machen mit einem Individuum, dessen Hände noch von dem Blute seines Volkes triefen.“

Da Genosse Costa das Präsidium inne hatte, wurden die tapferen Worte Morgaris nicht unterbrochen, was den Alerikalen Vizzozero veranlaßte, zu protestieren. Als dann der Minister des Äußeren zum Worte kam, jammerte er darüber, daß Morgari gegen das Oberhaupt eines befreundeten Staates beleidigende Worte gesprochen hatte und bemerkte, daß man auf diese Worte kein Gewicht legen müsse. (Zwischenruf: Ihr legt kein Gewicht darauf, aber das Volk!) Tittoni fortsetzend: Gegen sie protestiert die Mehrheit des Parlamentes und des Volkes (Zwischenruf: des Volkes nicht). Unter großem betäubendem Lärm bemerkt der Minister des Äußeren, daß die Beziehungen mit ausländischen Staaten nicht deren innerer Politik untergeordnet werden dürften und erklärt im Namen der Regierung, daß die Minister sich nicht einschüchtern lassen, keine Drohungen fürchten und ihre Pflicht trotz jeden Widerstandes tun würden. Die Worte Morgaris haben alle Grenzen des Schicklichen überschritten.“ Hier unterbricht Andrea Costa als Präsident den Minister, indem er sagt: „Das ist nicht wahr, sonst hätte ich den Redner zur Ordnung gerufen.“ Die mannhafteste Haltung Morgaris ist zwar der Kammermehrheit sehr auf die Nerven gegangen, wird aber den Völkern nicht nur des italienischen Proletariats, sondern des Proletariats der ganzen Welt haben.

Die sozialistische Niederlage bei den Turiner Stadtverordnetenwahlen.

Rom, 23. Juni. (Eig. Ber.) Bei den städtischen Wahlen, die am vorigen Sonntag in Turin stattgefunden haben, haben die Sozialisten, die zusammen mit den Radikalen und Republikanern eine Majoritätsliste von 64 Namen aufgestellt hatten, eine ebenso schmerzliche wie unerwartete Niederlage erlitten. Der aus Alerikalen und Liberalen gebildete bürgerliche Block hat alle 64 Sitze der Mehrheit erobert mit einem Maximum von 18 867 und einem Minimum von 17 367 Stimmen. Die 16 der Mehrheit reservierten Sitze werden von Sozialisten, Radikalen und Republikanern mit 15 280 bis 14 516 Stimmen gewonnen. Unsere Partei, die im früheren Stadtrat 25 Mandate inne hatte, zählt deren diesmal nur 11.

Die Ursachen dieses Mißerfolgs sind verschiedener Art. Einmal hat der reaktionäre Block eine äußerst eifrige Wahlpropaganda entfaltet. Dann hat den Sozialisten zweifellos ihr Bündnis mit den sogenannten verwandten Parteien geschadet. Radikale und Republikaner haben in Turin gar keine Wahlmacht, und die von vielen der Unseren bekämpfte Wobspolitik hat der Energie der sozialistischen Aktion Abbruch getan. Auch soll der Umstand, daß die Sozialisten die Einführung der Familiensteuer in ihrem kommunalen Programm forderten, alle bürgerlichen Elemente abgeschreckt haben.

Türkei.

Vandenkämpfe.

Saloniki, 25. Juni. In Thessalonika bei Janina entführten Griechen einen Bulgaren, nachdem sie seine Tochter ermordet und seine Frau verwundet hatten. Gendarmerie verfolgte und umzingelte die Bande und es kam zu einem heftigen Gefecht, bei dem ein Gendarm und drei Komitatstschis getötet, ein Gendarm und fünf Komitatstschis schwer verwundet wurden.

Persien.

Ein Straßenkampf.

Teheran, 25. Juni. Ueber den Straßenkampf zwischen russischen Kosaken und persischen Revolutionären wird gemeldet: Als drei Kosaken von dem Wachkommando auf der russischen Diskontobank mit Proviant dorthin zurückkehren wollten, wurde ihnen dies von den Revolutionären, die daselbst Vorräte anrichteten, verweigert. Der russische Generalkonul ordnete daher an, daß der Befehlshaber des Konsulatskommandos die drei Kosaken mit Proviant nach der Wank schaffe, was zwei Offiziere mit vierzig Kosaken und einem Maschinengewehr ausführten. Unterwegs stießen sie auf eine Vorkabale, auf der sich etwa 80 bewaffnete Revolutionäre befanden. Nach halbständiger erfolgloser Unterhandlung mit den Revolutionären, welche sich weigerten, die Kosaken durchzulassen, eröffneten die russischen Kosaken das Feuer, bahnten sich den Weg zur Wank und kehrten ohne Verlust zurück. Die Verluste der Revolutionäre sind unbekannt.

Marokko.

Die Anarchie.

Paris, 25. Juni. Wie aus Paris vom 22. Juni gemeldet wird, bestätigt es sich, daß der Koghi zurückgegangen ist. Die scharifische Mahalla befindet sich gegenwärtig in Fudschra Rabha. Sie hat sehr ernste Verluste erlitten. Ein neues Gefecht wird erwartet. Der Eindruck in der Stadt ist ein schlechter. Man befürchtet Unruhen.

Aus der Partei.

Der Bildungsausschuß

versendet in diesen Tagen sein Winterprogramm für 1909/10 an alle lokalen Bildungsausschüsse, sozialdemokratischen Vereine, Gewerkschaftslokale und sonstigen Arbeiterorganisationen, die bei der Geschäftsstelle, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, angemeldet sind. Das Programm gibt auf 24 Seiten eine Reihe von nützlichen Hinweisen und Ratsschlägen für die systematische Bildungsarbeit der Arbeiterorganisationen. Von besonderer Wichtigkeit sind die Mitteilungen über die wissenschaftlichen Wanderturse, die zahlreichen Programmentwürfe für künstlerische und gesellige Veranstaltungen und der Musterentwurf zu einem Arbeitsplan für die lokale Bildungstätigkeit.

Gemeindevorwähler.

Jechow, 25. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der Stadtverordnetenwahl siegten unsere Genossen mit 618 Stimmen gegen 447 resp. 441 Stimmen, die auf den bürgerlichen Mißwahlen fielen. Im Herbst 1908 erzielten unsere Genossen 611 resp. 600 Stimmen, die Gegner 601 bzw. 598.

Zur Angelegenheit der „S. M.“

gehen und die folgenden beiden Erklärungen zu:

Da der Genosse Dr. Bloch zugeht an einem Herzleiden derart schwer erkrankt ist, daß er auf die ihn herausfordernden Ausführungen des Genossen Bebel in der Nr. 144 des „Vorwärts“ nicht antworten kann, entgegne ich auf sie vorläufig folgendes:

1. Das Verbot der von Genossen Bebel zitierten Frankfurter Genossen ändert nichts an der Tatsache, daß die „S. M.“ außer von Parteigenossen nur von Charles Hallgarten einmal, und zwar im Jahre 1906, einen Vertrag erhalten haben. Der Name, den der Verlag bisher aus Rücksicht auf den bei allen seinen Guttitaten ungenannt bleibenden Mann trotz aller dadurch ermöglichten Verdächtigungen nicht genannt hatte, ist durch die Gegner der „S. M.“ in der Parteipresse veröffentlicht worden.

2. Wenn die vom Genossen Bebel genannten „radikalen“ Frankfurter Genossen im Jahre 1906 parteischädigende oder gar parteibekämpfende Handlungen von Seiten des Verlages der „S. M.“ oder seiner Vertreterin wahrgenommen zu haben glaubten, so wäre

es ihre Pflicht gewesen, sei es den Parteivorstand, sei es ihn: bekannte Mitarbeiter der „S. M.“ davon zu unterrichten, Untersuchung und Abhilfe zu verlangen. Das gilt zum Teil auch für den Genossen Bebel selbst, der nach seiner Angabe bereits im Jahre 1907 von der einmaligen Anwendung Hallgartens an die „S. M.“ wußte, — wenigstens wenn er schon damals die Annahme jener Anwendung „entschieden verurteilte“. Durch eine sofortige Aussprache wären die jetzigen parteischädigenden Erörterungen, die zum Teil auf nach Jahren unkontrollierbarem Mißschuß beruhen, unmöglich geworden — nötig waren sie auch jetzt nicht.

3. Wenn der Genosse Bebel zum Schluß den Wunsch ausspricht, der Parteivorstand möge eine Untersuchung in dieser Sache veranlassen und die Resultate derselben der Partei bis spätestens zum nächsten Parteitag mitteilen, so kann ich feststellen, daß der Verlag der „S. M.“ bereits im Heft vom 8. September 1908 (Jahrgang XII (XIV), S. 1260) eine Erklärung „In eigener Sache“ mit den Sätzen schloß: „Um dem sinnlosen Verbot von dem „bürgerlichen“ Unternehmen, in dem sich die „Leipziger Volkszeitung“ dauernd gefüllt, ein für allemal ein Ende zu bereiten, erklärt der unterzeichnete Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, daß er jederzeit bereit ist, dem sozialdemokratischen Parteivorstand vollen Einblick in seine Geschäftsführung, in seine Ausgaben und Einnahmen und in alles, was sonst gewünscht werden sollte, zu gewähren.“

Dieselbe Erklärung wurde an den Parteivorstand direkt gerichtet, von diesem aber ein Eingehen darauf kurzerhand abgelehnt.

Es ist also jedenfalls nicht die Schuld des Verlages der „S. M.“, wenn dem Genossen Bebel „noch manches dunkel in dieser Sache“ erscheint. Für jeden Unbefangenen liegt sie ohnedies klar. Dr. Leo Kronb.

Die Verdienste des Genossen Bebel um die Partei hindern mich, ihm mit der Schärfe zu antworten, die ich anderen nicht erproben könnte. Allerdings sollte die Stellung, die Genosse Bebel in der Partei einnimmt, vor allen ihn veranlassen, höflichen und leichtfertigen Gelächers anderer nicht durch seine Autorität Unterstützung zu suchen. Meine Erklärung über die Anwendung, die die „S. M.“ von dem verstorbenen Herrn Hallgarten erhalten haben, ist weder durch die Angaben des Genossen Opfleus, noch durch die Redereien, die Genosse Bebel wiedergibt, irgendwie erschüttert.

Es ist unwar, daß ich eine Tour durch verschiedene deutsche Städte gemacht hätte, um Geld für die „S. M.“ aufzutreiben. Ich fuhr 1906 nach Köln zum Gewerkschaftskongress und besuchte einige im Rheinlande wohnende Mitarbeiter der „S. M.“. Dabei kam ich auch nach Frankfurt a. M.

Ich bin nicht mit einer Liste bürgerlicher Politiker dorthin gekommen, sondern in Frankfurt a. M. hat mir der Genosse Alfons Wolf die Namen der Herren genannt, die kurz vorher für das Gewerkschaftshaus in Frankfurt 600 000 M. gegeben hatten, darunter die Herren Hallgarten, Mertens und Dr. Köhler. Dies war die sogenannte „Liste“.

Von diesen Herren bin ich nur an Charles Hallgarten herankommen und habe von ihm einen im Verhältnis zu den Zusammenhängen an die Gewerkschaften geringfügigen Betrag von 5000 Mark erhalten, resp. ist mir derselbe einige Monate später von ihm zugegangen. Er hat mir persönlich erklärt, daß er keiner Partei angehöre. Von den Frankfurter Genossen, die wußten, daß ich mich an Hallgarten wenden wollte, hat damals niemand behauptet, Hallgarten wäre Mitglied der demokratischen Partei, und niemand hat Bedenken gegen einen solchen Schritt bei ihm erhoben. Ich war also mit dem, was ich darüber in meiner Erklärung in Nr. 130 des „Vorwärts“ gesagt habe, völlig im Recht und kann auch dem Genossen Bebel nicht gefallenen, meine Angaben als „Lüge“ und „grobe Unwahrheit“ zu bezeichnen.

Was bei der nächsten Zusammenkunft beim Glase Wein in der Wohnung des Genossen Wolf, worüber Genosse Dittmann ein Gelächers berichtet, das er von anderen gehört haben will, gesprochen worden ist, kann ich nach so vielen Jahren nicht mehr wissen. Es läßt sich deshalb absolut nicht feststellen, welche meiner Worte von den Genossen Elbert und Schmidt in so unglücklicher Weise mißverstanden sind, wie Genosse Dittmann sie wiedergibt. Ich kann nur bestimmt erklären, daß es mir nie in den Sinn gekommen ist, dergleichen Torheiten sagen zu wollen.

Was soll man übrigens von einer Gefinnungstüchtigkeit denken, die aus „Höflichkeit“ gegen eine Dame“ sich Scheut, rechtzeitig Protest gegen ein Vergehen zu erheben, das jetzt als Verkauf der Partei an ihre Gegner ausgelegt werden soll, die aber nicht verdammt, nach Jahren unkontrollierbares Weintischgelächers zwecks Verdächtigung gegen die Ehre derselben Genossen zu verbreiten. Was ist das auch für eine Konsequenz, die nichts dabei findet, wenn das Gewerkschaftshaus mit den Geldern bürgerlicher Philantropen begründet wird, aber scheinheilige Denunziationen erhebt, wenn ein wissenschaftliches Organ von einem derselben Herren unter besonderen Umständen eine Unterstützung annimmt, an die nicht die geringsten Bedingungen geknüpft war.

Der Zweck der Hebe ist klar. Sie gereicht ihren Urhebern und Förderern nicht zur Ehre, und ist nur geeignet, die Partei zu schädigen.

Genosse Bloch ist schwer krank, konnte sich hierzu nicht äußern und brauchte es auch nicht, weil ich die geschäftlichen Angelegenheiten der „S. M.“ bereits seit 1898 führe.

M. Mundt,

Geschäftsführerin des Verlages der Sozialistischen Monatshefte
G. m. b. H.

Wir unterlassen jede Bemerkung zu diesen Erklärungen, da wir den Rächstbeteiligten nicht vorgreifen möchten.

Ein Veteran der Partei gestorben.

In Frankfurt a. M. starb am Donnerstag Genosse Heinrich Prinz im Alter von 85 Jahren. Er verschied an den Folgen eines eigenartigen Unglücksfalles, der ihm vor einigen Tagen wiederfuhr. Er der Dunkelheit stieß er gegen einen im Hausflur seiner Wohnung stehenden Wagen und zog sich dabei schwere innere Verletzungen zu.

Genosse Prinz wurde im Jahre 1844 in einem kleinen Orte bei Hanau geboren. Seit 1868 gehörte er unserer Partei an. Als junger Mann kam er nach Frankfurt a. M., arbeitete längere Zeit als Tischergeselle und war bald die Seele der Frankfurter Bewegung. 1874 übernahm er eine Gastwirtschaft, in der sich die Parteigenossen regelmäßig zusammenfanden. Das Sozialistengesetz brachte ihm das Polizeitverbot und eine Menge anderer Scherereien. Bei Prinz fanden auch die Verhandlungen der zwanzig Parteigenossen statt, die zu dem großen Sozialistenprozeß führten, der auch Prinz sechs Monate Gefängnis einbrachte. Nach Verbüßung dieser Strafe wurde er aus Frankfurt a. M. ausgewiesen und betrieb dann in Darmstadt ein Zigarettengeschäft bis nach Ablauf des Sozialistengesetzes. In den letzten zehn Jahren betrieb Prinz eine Mollefabrik und war von früh bis spät tätig. 1900 und 1903 kandidierte er für den Reichstag im Wahlkreis Friedberg-Wüdingen. Im letzten Herbst wurde er in das Frankfurter Stadtparlament gewählt. So ist er bis in die letzte Zeit für die Partei tätig gewesen. Ehre dem Andenken des Getreuen!

Gewerkchaftliches.

Strassen-Schlachten.

Das offiziöse Wolffsche Bureau meldet aus Kiel: Kiel, 24. Juni. Von streikenden Arbeitern der städtischen Reinigungsanstalt wurden heute gegen 10 Uhr an mehreren Stellen der Stadt kleinere Trupps Arbeitswilliger überfallen. Diese machten zum Teil von Revolvern und anderen Waffen Gebrauch. Auf beiden Seiten kam es zu Verletzungen; auch einige unbeteiligte Personen wurden verwundet. Die Schwerverletzten wurden in die Univeritätsklinik gebracht.

Kiel, 25. Juni. Wie nunmehr festgestellt ist, sind bei dem gestern abend erfolgten Ueberfall auf die Arbeitswilligen der städtischen Reinigungsanstalt acht Arbeitswillige verletzt worden, davon einige schwer. Von den Angreifern konnte bisher nur einer festgenommen werden. Ein junger Mann und eine Frau, die in der Zeit des Ueberfalles die Straße dort passierten, wurden ebenfalls durch Schüsse verwundet.

Wir haben die Depeschen genau in der typographischen Aufmachung des Originals wiedergegeben. Sie läßt ja die tendenziöse Nahe deutlich erkennen. Auch die Satzform: „Diese machten zum Teil von Revolvern und anderen Waffen Gebrauch“, dürfte nicht ohne die Absicht gewählt sein, bei dem harmlosen Leser den Anschein zu erwecken, daß Streikende zu diesen Waffen gegriffen hätten.

In Wirklichkeit war es umgekehrt!

Schon seit mehreren Tagen wurde abends vom Plage des Strassenreinigungsinstituts und in dessen nächster Umgebung von Arbeitswilligen mit Revolvern auf friedliche Passanten geschossen, ohne daß die Polizei eingegriffen hätte! Truppsweise ziehen die Arbeitswilligen abends in die Stadt, „um Einkäufe zu machen“, fuchteln mit den Revolvern umher und renommieren in den Wirtschaften. Am Mittwoch abend überfiel ein solcher Trupp ahnungslose Passanten in der Gutenbergsstraße, einige der Arbeitswilligen verfolgten Frauen und Kinder bis vor die Haustüren der Häuser des Arbeiterbundes und gaben Schüsse aus den Revolvern ab. Daß die Schüsse scharf waren, bezeugt ein Loch in der Scheibe einer Haustür und eine in dem Flur eines Hauses aufgesammelte Kugel. Kein Schuhmann ließ sich sehen, die ganze Polizeimannschaft war wegen der Kieler Woche an den Hafen kommandiert. Die Erbitterung über diese Vorfälle war ungeheuer, und die Folgen konnten nicht ausbleiben.

Am Donnerstag abend kurz nach 8 Uhr kam ein Trupp von 7-8 Arbeitswilligen über den Exerzierplatz und hantierte dort mit Revolvern. Mehrere, anscheinend den bürgerlichen Kreisen angehörende Personen machten einige in der Nähe befindliche Schuppleute darauf aufmerksam und verlangten, daß die gefährlichen Burschen arretriert und ihnen die Revolver abgenommen würden. Die Schuppleute vermochten diesem Drängen nicht zu widerstehen, sie führten die Arbeitswilligen zur nächsten Polizeiwache. Wie immer bei solchen Verhaftungen, hatte sich eine große Anzahl von Neugierigen eingefunden, die dann die Wiederfreigelassenen begleiteten. Blödsinn drehen sich die Arbeitswilligen um, feuerten etwa 20 Schüsse aus ihren Revolvern ab und flohen darauf. Die empörte Menschenmenge fiel darauf über die Revolverhelden her. Die Revolver waren also den Arbeitswilligen auf der Wache gar nicht abgenommen worden! Der Arbeitswillige K e b p erhielt außer Schlägen von gegnerischer Seite auch einen Schuß in den Kopf von seinen eigenen Kollegen!

Ein auf der Kruppischen Werft beschäftigter Tischler erhielt einen Schuß in den Bauch und wurde noch abends in der Klinik operiert. Eine Frau namens R i e p e r erhielt einen Schuß in den linken Fuß, sieben Arbeiter wurden mehr oder weniger verletzt. Drei Sanitätswagen mußten zweimal fahren, um die Schwerverletzten in die Klinik zu schaffen. Als die Schlägerei längst vorbei war, erschien die Polizei auf dem Plan und säuberte in der bekannten Manier den Platz. Mit blanker Waffe und gefährlichen Schlagwerkzeugen hieben Schuppleute und Geheimpolizisten auf die Menge ein und trieben sie in die nahen Strassen; ein zirka 60 Jahre alter Mann und eine zirka 50 Jahre alte Frau wurden dabei niedergeschlagen und getreten.

Bei dem Arbeitswilligenmaterial, das man nach Kiel gezogen hat, sind solche Vorkommnisse leider kein Wunder. Einer dieser Rowdies schrieb, wie ein bürgerliches Blatt, der „Ehener „Vollfreund““ meldet, seiner Mutter, sie möchte den K e b o l b e r s c h i d e n. Als die alte Frau dies vernünftigerweise nicht tat, erhielt sie einen Erpreßbrief, in dem es heißt:

„Wenn bis Montag kein Revolver und Brief kommt welchen du bei der Waffe legen kannst so bin ich gezwungen einen neuen zu kaufen und ich kann dir keinen Pfennig schiden. Also es liegt an dir wenn du bloß willst kannst du den Revolver schiden. Es ist eine Lüge, daß Schuss festgenommen ist der ist bei mir. Waffen dürfen wir tragen die Polizei sagt schießt oder schlägt sie thot wenn Sie euch was wollen. Deshalb schide ihn nur entladen thut er so leicht nicht. Was ich geschrieben habe muß ich da ich gezwungen bin halten. Es kommt eher kein Geld bis ich die Waffe habe.“

Die Kieler Polizei wird sich zu der Beschuldigung äußern müssen, sie habe das Schießen und Schlagen der Arbeitswilligen gebilligt. Daß sie es nicht verhindert, hat leider der obige Vorfall gezeigt. Was will aber daraus werden, wenn auch die Einwohner Kiels sich genötigt sehen, sich zum Schutz vor diesen Raufbolden zu bewaffnen? Daß die Verhältnisse sich so zuspitzen konnten, daran trägt die Hartnäckigkeit des Magistrates schuld; daß die Zuspitzung der Verhältnisse diese Ausschreitungen herbeiführen konnte, dankt die Kieler Bevölkerung der falschen Taktik der Polizei, die ihre Aufmerksamkeit und Energie nicht den zugewanderten fragwürdigen Elementen widmet, sondern sie gegen die friedliche Einwohnerchaft der Stadt kehrt!

Berlin und Umgegend.

Die streikenden Bauknechte

Am Freitagmorgen zu einer Besprechung der Lage im Gewerkschaftshaus zusammen. Der Vorsitzende Dietrich machte bekannt, daß in einzelnen Fällen Streikende die Arbeit aufgenommen haben. Die Meister geben sich große Mühe, Streikbrecher heranzuziehen, aber kein Streikender sollte sich auf Unterhandlungen einlassen ohne die Mitwirkung der Organisation. Vor einem Schlossmeister Kaditz, der unter Obherrschaft in den Zeitungen Klemperer sucht, sei gewarnt. Es wurde festgestellt, daß dieser Kaditz für die Firma Adolf Puppel Streikbrecher dementierte. — Die allgemeine Stimmung der Versammlung war, wie aus der Diskussion hervorging, für energische Fortsetzung des Kampfes. Von den arbeitenden Klemperern wird erwartet, daß sie ihre volle Schuldigkeit in bezug auf Unterstützung der Streikenden tun. Bei vielen Meistern drängt jetzt die Arbeit, wie in jedem Jahre um diese Zeit, und die Arbeiter glauben, daß mancher bald gezwungen sein wird, Frieden zu machen.

Lohnbewegung der Staler Berlins und Umgegend.

Die Staler hatten im vorigen Jahre ihren Arbeitgebern Forderungen zur Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen vorgelegt, und es fehlte ihnen damals auch keineswegs an der zur Durchführung notwendigen Einmütigkeit. Da jedoch die Konjunktur sehr schlecht war und es allzusehr an Arbeitsgelegenheit mangelte, beschloß sie, die Bewegung auf eine günstigere Zeit zu versetzen. Nun sind die Staler dabei, ihre Forderungen von neuem aufzunehmen, und die künftige Verteuerung der Lebensmittel spornet auch die Arbeiter dieses Berufs mehr als sonst an, ihre Interessen wahrzunehmen, solange es noch Zeit dazu ist. Am Donnerstag hielten sie im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung ihrer Sektion ab, die erst einmal einer Aussprache über die gegenwärtige Lage im Beruf und über die Mittel, sie auszunutzen, diente. Die Sektionsleitung hat kürzlich eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufgenommen, die in der Hauptsache ergab, daß der Stundenlohn der Staler bei den meisten Firmen 60 Pf., die Arbeitszeit 8 Stunden beträgt. Einzelne Firmen zahlten jedoch auch 65 Pf. Dies ist der Satz, der im vorigen Jahre als Minimallohn gefordert wurde. Die Sektionsleitung ist der Ansicht, daß man, entsprechend dem im vorigen Jahre gefassten Beschluß, die damals gestellten Forderungen ohne wesentliche Abänderungen wieder aufnehmen soll. Einige Diskussionsredner meinten jedoch, daß man mit Rücksicht auf die allgemeine Verteuerung der Lebensbedürfnisse mindestens 70 Pf. oder mehr Stundenlohn fordern müsse, und machten auch einige andere Verbesserungsvorschläge. — Jrgendwelche bindenden Beschlüsse konnten und sollten in der Versammlung noch nicht gefaßt werden, da es zunächst erforderlich ist, daß eine Vertreterversammlung dazu Stellung nimmt, und außerdem auch der Hauptvorstand über die Durchführung der Lohnbewegung mit zu entscheiden hat. Die Angelegenheit wird jedoch so beschleunigt, daß schon am Sonntag eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Staler über die Forderungen Beschluß fassen kann.

Achtung, Zigarettenarbeiter!

Der vielen Anfragen wegen teilen wir hierdurch mit, daß die über die Firma K r i a z i f r e d e s, Zigarettenfabrik in Berlin, Friedrichstr. 181d, von uns am 6. Juni 1909 verhängte Sperre nicht aufgehoben ist. Dieselbe besteht vielmehr bis auf weiteres fort und ersuchen wir, sich streng danach richten zu wollen.

Deutscher Tabakarbeiterverband, Zentralstelle Berlin.

Die Freiseigerhelfen Potsdams befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Geschäfte, welche die Forderungen bewilligt haben, sind durch Plakate kenntlich. Die Verzeirinnung unter Führung des Obermeisters K a b b e verucht nun diese Firmen zu veranlassen, die Plakate zu entfernen. Die Hauptursache des Widerstandes gegen die Forderungen ist das Verlangen nach Einführung einer geregelten Arbeitszeit sowie Freizugabe der drei zweiten Feiertage. Die Arbeitgeber wollen durchaus die Arbeitszeit nach ihrem Belieben einrichten. Die Delegierten des Kartells beschloßen daher, daß von der Arbeiterschaft nur Betriebe in Anspruch zu nehmen sind, welche die Forderungen bewilligt haben.

Deutsches Reich.

Der Mitgliederstand der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Nach einer aus den Jahresberichten und Abrechnungen der einzelnen Verbände gemachten Zusammenstellung — die eigentliche Organisationsstatistik der Generalkommission erfolgt erst demnächst — haben die Gewerkschaften für das Jahr 1908 eine Abnahme von 72 284 Mitgliedern zu verzeichnen. Die diesmalige Krise hat danach weit schärfer auf die Gewerkschaften eingewirkt als die letzte Wirtschaftskrise 1900 bis 1902. Damals trat in einem Krisenjahre ein Rückgang ein; aber er betrug (1901) im Jahresdurchschnitt nur rund 3000 Mitglieder. Dagegen war 1900 sowohl wie 1902 eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Wehlich so scheint die diesmalige Krisenperiode zu verlaufen. Im ersten Krisenjahre (1907) hatten die Gewerkschaften von Jahresabschluss zu Jahresabschluss eine Mitgliederzunahme von 73 853. Im Jahre 1908 ist im vierten Quartal ein Rückgang von 75 183 Mitgliedern gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres zu verzeichnen.

Welchen Einfluß die Krise auf die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften hat, dafür ist gerade typisch der Rückgang der Mitglieder in den Baugewerkschaften; sie allein haben 37 718 Mitglieder verloren, darunter die Maurer 17 449, die Bauhilfsarbeiter 15 789; die Zimmerer verloren nur 4172 Mitglieder. Geringere Verluste in absoluten Zahlen hatten die kleineren Gewerkschaften der Dachbeder und Stukkateure, während die Steinseher ihre Mitgliederzahl ziemlich hielten, die Maler sogar eine Zunahme von rund 500 zu verzeichnen haben.

Außer im Baugewerbe war der Mitgliederverlust im Textilgewerbe am größten; die Textilarbeiterorganisation verlor 23 320 Mitglieder. Leide genannten Industriezweigen tragen demnach von der verminderten Mitgliederzahl von 72 284 allein rund 61 000. In der Metallindustrie hat der Metallarbeiterverband mit 362 073 Mitgliedern seinen Mitgliederstand so ziemlich gehalten. Ein Verlust von rund 1351 Mitgliedern trifft den Schmiedeverband, während die Maschinisten, Kupferschmiede und Schiffszimmerer keine Zunahmen zu verzeichnen haben. Im Handels- und Transportgewerbe ist ein Mitgliederabgang von 1156 zu verzeichnen. Die Bergarbeiter beziffern bei einer Mitgliederzunahme von rund 1000 ihre Mitgliederzahl auf 112 513. Größere Mitgliederverluste zählt noch die Bekleidungsindustrie mit 3778, die Holzindustrie mit 4579, die Industrie der Steine und Erden mit 6576 Mitgliedern. Am besten haben sich die polygraphischen Gewerbe und die sonstigen Berufe gehalten, die eine nicht unbedeutende Zunahme aufweisen.

Das Jahr 1909 läßt wieder eine allgemeine Aufwärtsbewegung erhoffen. Zeigen doch die schon vorliegenden Abrechnungen von fünf Verbänden für das erste Quartal eine Mitgliederzunahme. Rege Agitation aller Gewerkschaftsmittglieder wird dazu beitragen, die Scharte, die das Krisenjahr 1908 den deutschen Gewerkschaften geschlagen hat, nicht nur auszumachen, sondern die Reihen zu verstärken und die Schlagfertigkeit unserer Gewerkschaften zu erhöhen.

Der Hamburger Bauarbeiterstand zieht weitere Kreise. In Harburg sind am Freitag von den Unternehmern sämtliche Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ausgesperrt worden, um die Arbeitgeber in Hamburg bei der Aussperrung zu unterstützen. Genau läßt sich z. B. die Zahl der Aussperrten nicht feststellen, es werden aber zirka 7-800 Arbeiter entlassen worden sein. — In Husum dagegen ist der Streik der Bauarbeiter am Freitag beendet worden. Es fand eine Einigung mit den Unternehmern statt, wobei die Forderungen der Arbeiter in der Hauptsache anerkannt wurden. Die Arbeiten für Maurer und Bauhilfsarbeiter sind in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

Zur Aussperrung im Hamburger Baugewerbe.

Am Freitagvormittag nahm im Hamburger Gewerkschaftshaus eine von über 3000 Personen besuchte Maurerversammlung zur Aussperrung Stellung. Nach dem Referat des Genossen H a r t w i g wurden bisher ausgesperrt 3500 Maurer, 300 Mattenansetzer und 529 Betonarbeiter, insgesamt 4329 Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer, und etwa 300 Mitglieder der Freien Vereinigung. Durch den Aussperrungsbeschluß der Harburger und Wilhelmshager Unternehmer dürfte sich die Zahl der Aussperrten um 800 erhöhen. Abgereist sind 1040 Maurer. — Eine am 24. Juni angenommene Statistik ergab, daß von 565 Baustellen 248 stilllagen, davon sind 20 wegen Nichtbewilligung der Forderungen seitens des Verbandes gesperrt, während auf 207 Bauten die Unternehmer ausgesperrt haben, auf 21 Bauten

mußte wegen der Materialsperrung die Arbeit ausgeföhrt werden. In Arbeit befinden sich 1904 Maurer, davon 1198 zu den alten und 706 zu den neuen Bedingungen. Im ganzen Aussperrungsgebiet arbeiten nur 87 Streikbrecher. Von den ausgesperrten Bauten sind 28 Staatsbauten.

Vom Referenten wurde mitgeteilt, daß in einer Versammlung des Baugewerbeverbandes (Vorsitzender: Obermeister Lummert) erklärt worden sei, daß der Arbeitgeberverband von Hamburg-Altona beschloßen habe, die Arbeiten auf den Werften und anderen Betrieben stillzulegen, falls der Baugewerbeverband nicht Herr der Situation werden sollte. (Jurist: Schredschuh!) In der Debatte wurde allseitig hervorgehoben, daß keine Ursache vorliege, von der seitherigen Taktik abzuweichen, was in einer einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck gebracht wurde. Der Streikleitung wurde Vollmacht erteilt, ihre Taktik den jeweiligen Verhältnissen entsprechend einzurichten. Mit einem brausenden Hoch auf das Gelingen der guten Sache wurde die Rieserversammlung geschlossen.

Die Töpfer und Ofenseher Leipzig stehen in einer Lohnbewegung. Sie vermuten, daß die Töpferinnung die Verhandlungen bis zu einer für die Gehilfen unangünstigen Zeit hinauszuziehen will und stellten der Innung deshalb das Ultimatum, bis zum 25. Juni die Verhandlungen abzuschließen, andernfalls am 28. Juni weitere Schritte eingeleitet werden sollen.

Die Fliesenleger in Dresden haben am Freitag in allen Fliesenlegergeschäften die Arbeit niedergelegt, um einen von den Unternehmern vorgelegten verschlechterten Tarif abzuwehren.

Aus der Frauenbewegung.

Dienstbotenleud.

Wie man sich eines Dienstmädchens entledigt, zeigt folgender Fall. Beim Kaufmann Samuel, der am Alexanderplatz Inhaber eines Schuhgeschäftes ist, war seit fast einem Jahr ein Fräulein G. in Stellung. Von Anfang an war das Mädchen mit dem Essen nicht zufrieden, es sah sich oft genötigt, für eigenes Geld etwas zuzukaufen. Da aber die Behandlung ziemlich gut war, blieb es. Trübe Erfahrungen in anderen Stellen reizten nicht zum Wechsel. Am 15. Juni kündigte die Herrschaft dem Mädchen zum 1. Juli mit dem Bemerkten, daß es am 1. August wieder kommen könne. Darauf wollte sich das Mädchen natürlich nicht einlassen. Später machte Frau S. den Vorschlag, es solle bis zum 6. Juli bleiben. Die Weigerung des Mädchens, auf das verlockende Angebot einzugehen, war der Anlaß zu allerhand Ausstellungen ihm gegenüber. Es sollte nun auf einmal gestohlen haben. Die Dame hatte in Abwesenheit des Mädchens dessen Koffer untersucht und darin ein Stück Küchenpfeife und ein Decken, das der Frau gehörte, gefunden. Nun hieß es, das Mädchen habe nicht nur diese Sachen, sondern noch viel mehr gestohlen. Auch die Behauptung wurde aufgestellt, das übrige Gestohlene hätte das Mädchen zu den Eltern geschickt. Sogar der beschuldigten Kamme, die sich ihrer Rechte der Herrschaft gegenüber annahm, erklärte Herr S., sie habe auch wohl etwas von dem gestohlenen Gut bekommen. Fräulein G. ging zur Polizei. Hier fand sie guten Beistand. Herr und Frau S. wurden zusammen mit dem Mädchen aufs Polizeirevier geladen. Es stellte sich nun heraus, daß das Stück Pfeife und die Decke von einem Umzug her im Korb des Mädchens geblieben waren. Die Herrschaft hatte den Korb des Mädchens zum Transport ihrer Sachen benutzt. Uebrigens waren die beiden Gegenstände wertlos, für ein Dienstmädchen gar nicht gebrauchsähig. Trotzdem sollte das Mädchen eine Diebin sein. Die Dame hatte in einer Stärkekiste, die das Mädchen unter sein Bett als Stütze gestellt hatte, auch noch Sachen gefunden, die nicht dem Mädchen gehörten. Aber auch damit war es nicht. Das Mädchen konnte nachweisen, daß ihm auch die Kiste nicht gehörte, es habe diese samt Inhalt aus einem Bodenvinkel genommen und unter ihr Bett gestellt, damit dieses nicht zusammenbräche.

Die Tatsachen bewiesen hier klar und deutlich, daß es mit dem angeblichen Diebstahl nichts sei. Das Mädchen konnte auf der Stelle den Dienst verlassen. Gefränkt ob einer solchen Ungerechtheit zogen Herr und Frau S. von dannen. Fräulein G. bekam nur bis zu dem Tage des Austritts bezahlt. Da sie die paar Mark schon als Vorschuß für eine Pfingstreise genommen hatte, stand sie mittellos da. Glücklicherweise konnte sie zu hier wohnenden Verwandten flüchten. Was würde unter gleichen Umständen ein Mädchen ohne jeden Anhang in Berlin gemacht haben? Man hätte es vielleicht, d. h. im günstigsten Falle, in ein Mädchenheim gebracht und es hätte dann die erste beste Stelle angenommen, um nur wieder Verdienst zu haben.

In die Invalidenliste hatte Herr S. in der ganzen Zeit keine Marke geliebt. Erst im letzten Augenblick — obwohl Fräulein G. wiederholt darauf aufmerksam gemacht hatte — wurde die Karte in Ordnung gebracht. Der Betrag für die Marken war dem Mädchen jedoch regelmäßig bei jeder monatlichen Lohnzahlung abgezogen worden.

Eingefügt muß noch werden, daß das vorige Mädchen bei der Familie S. ebenfalls gestohlen haben soll — so erzählte wenigstens Frau S. Da scheinen die Mädchen bei ihr ja ein merkwürdiges Pech zu haben. Nicht immer glückt es einem Dienstmädchen, den ehrlichen Namen zu retten.

Das Frauenwahlrecht in Italien.

Dieser Tage erschien eine Delegation von Frauen beim Ministerpräsidenten Giolitti, um ihn wegen des Frauenstimmrechts zu interpellieren. Die Delegation war zusammengesetzt aus Frauen aller Klassen und Stände, unter der Führung des Fräulein Labriola. Eine parlamentarische Kommission ist schon vor längerer Zeit beauftragt worden, die Frage der Gewährung des Stimmrechts an die Frauen bei den kommunalen und sonstigen administrativen Wahlen zu beraten. Der Minister erklärte, daß die Arbeiten der Kommission noch nicht beendet seien. Er selbst stehe der Frage sympathisch gegenüber, aber er sei für eine graduelle Einführung des Frauenstimmrechts. Demgegenüber wies Fräulein Labriola darauf hin, daß die Frauen in Nord- und Süditalien und die aller Bevölkerungsschichten gleichermäßen das Wahlrecht fordern, und daß hierfür die Frauen auch reif seien.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Opfer der Grube.

Karlsbad, 25. Juni. (B. L. O.) Auf der Frischglück-Grube Sobotau im Nebelbergamt Elbogen hat ein Schwemmaschneider ein Stützgerüst gestürzt. Fünf Personen, darunter ein Obersteiger und ein Oberhauer, sind unrettbar verloren.

Gestrandeter Dampfer.

Hamburg, 25. Juni. (B. S.) Der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Calabria“ ist bei Matanza (Kuba) gestrandet. Ueber die Situation des Schiffes ist noch nichts Näheres bekannt. Der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Allenburg“ ist zur Hilfeleistung abgegangen.

Drei Pioniere ertrunken.

Trient, 25. Juni. (B. S.) Bei einer auf der Etja vorgenommenen Ueberbrückungsübung der Pioniere kenterte ein Ponton. Ein Unteroffizier und zwei Pioniere ertranken.

Reichstag.

270. Sitzung vom Freitag, den 25. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Sydow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

zweite Beratung des Reichsstempelgesetzes.

Die Kommission beantragt, die in der Vorlage durchgängig auf 1/2 vom Hundert festgesetzten Stempelbeträge sämtlich auf 1/3 vom Hundert zu erhöhen.

Abg. Wassermann (nall.): Die Erbschaftsteuer ist gestern verabschiedet worden. Diese gestrige Entscheidung ist für die Verhandlungen der nun zur Beratung kommenden Gesetze von Bedeutung; sie ist um so bedeutungsvoller angesichts der Erklärung des Reichsfinanzministers vom 30. März und vom 10. Juni, daß die Regierung an der Erbschaftsteuer festhalte, und angesichts der Erklärung des Reichsfinanzministers in der Kommission am 29. Mai, daß die Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten ein unentbehrlicher Teil der Finanzreform ist und daß die Finanzreform ohne diese Steuer nicht zustande kommen wird und kann. (Hört! hört! links.) Die Regierung und die Parteien, die an der Erbschaftsteuer festhalten, haben gestern eine schwere Niederlage erlitten, und das Zentrum hat dem Reichsfinanzminister die Quittung für die Dezemberauflösung erteilt. (Widerspruch im Zentrum.) Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir bereit sind, 400 Millionen indirekte Steuern zu bewilligen, darunter 250 aus Bier und Tabak. Wir sind auch bereit, einer besonderen Heranziehung des mobilen Kapitals zuzustimmen, und werden daher auch einen Antrag bezüglich einer Kapitalertragssteuer unterbreiten. Diese Bereitschaft ist aber natürlich bedingt durch die Einführung einer allgemeinen Vermögenssteuer. Von ihr wird die Zustimmung der Fraktion zu den einzelnen Steuern abhängig gemacht. Nach Ablehnung einer allgemeinen Vermögenssteuer und einer Erbschaftsteuer ist diese Voraussetzung nicht mehr vorhanden. Daher können wir die Finanzreform nicht mehr akzeptieren und müssen sie sowie ihre einzelnen Teile ablehnen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Wiemer (fr. Sp.): Die unabweisliche Voraussetzung für die Zustimmung zur Erhöhung indirekter Steuern ist für die freisinnige Fraktionsgemeinschaft die Einführung einer allgemeinen Vermögenssteuer. Im Rahmen der vorliegenden Finanzreform kommt als allein mögliche allgemeine Vermögenssteuer die Erbschaftsteuer in Betracht. Nachdem diese gestern endgültig abgelehnt ist, sehen wir uns gezwungen, gegen die weiteren Steuervorschläge, welche Verbrauch und Verkehr betreffen, zu stimmen. Wir werden uns an den weiteren Beratungen beteiligen und bemüht sein, Verbesserungen in die Gesetzesentwürfe hineinzubringen. Bei den Abstimmungen aber werden wir gegen die Gesetzesentwürfe stimmen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Spahn (Z.): Ich protestiere gegen den Ausdruck, daß wir gestern Nacht am Reichsfinanzminister genommen haben. Unsere Stellungnahme war von sachlichen Erwägungen geleitet. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Naab (wirtsch. Bg.): Ich habe gestern für die Erbschaftsteuer gestimmt und befinde mich also in gleicher Lage wie die Herren Wassermann und Wiemer. Aber die von den Herren jetzt angegebenen Gründe sind außerordentlich trauriger Natur. (Lebhafte Zustimmung rechts.) In wätersländischen Kreisen wird man diese Stellung nicht begreifen. (Stürmische Heiterkeit links.) Wir werden gegen die Besteuerung des Umsatzes stimmen, weil wir uns nicht von dem Bedenken freimachen können, daß diese Steuer in hohem Maße Landwirtschaft und Gewerbe belastet. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Meine Freunde haben nicht nötig, eine Erklärung abzugeben wie die Nationalliberalen und Freisinnigen. Unsere Stellung zu den indirekten Steuern war von vornherein klar. Ich habe mich nur zum Wort gemeldet, um anzufragen, ob die Regierung keine Erklärung abzugeben hat? (Schalene Heiterkeit. Staatssekretär Sydow blickt auf und setzt den Kneifer auf, nimmt ihn dann aber wieder ab und verfenkt sich von neuem in seine Akten. . .)

Damit schließt die Diskussion.

Abstimmung

über den Umsatzstempel bei Grundstücksübertragungen ist eine

namentliche. Er wird nach dem Antrag der Kommission mit 171 gegen 151 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Die übrigen Bestimmungen des Gesetzesentwurfs werden debattelos nach den Anträgen der Kommission angenommen.

Es folgt die

zweite Beratung des Wechselstempelgesetzes.

Die Regierung fordert eine Erhöhung der Stempel für alle Wechsel mit einer Laufzeit von länger als drei Monaten; die Kommission beantragt die Erhöhung nur für die Wechsel mit einer Laufzeit von mehr als sechs Monaten.

Reichsfinanzminister Sydow: Nach dem Antrage der Kommission ist der finanzielle Effekt des Gesetzes in Frage gestellt; ich bitte daher um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Raempf (fr. Sp.): Die Erhöhung des Wechselstempels bekämpfen wir nicht nur aus den allgemeinen, in der Erklärung von Wiemer angegebenen Gründen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen als eine Besteuerung des Kredits.

Abg. Graf v. Rielzynski (Pole) und Abg. Dr. Weber (nall.) wenden sich gleichfalls gegen die Erhöhung der Wechselstempelabgabe.

Abg. Frhr. v. Camp (Rp.) befürwortet die Fassung der Kommission.

Abg. Singer (Soz.):

Diese Steuer ist nicht als Vermögenssteuer anzusehen, sondern als Verkehrssteuer in allerhöchstem Grade. Deshalb werden wir gegen sie stimmen. Ich benutze die Gelegenheit, um zu erklären, daß wir auch gegen die übrigen vorliegenden Steuern stimmen werden.

Damit schließt die Diskussion. Die Kommissionsfassung wird angenommen.

Es folgt die

Fortsetzung der zweiten Beratung der Finanzgesetze.

Die Beratung beginnt mit Artikel IV: „Kaffee- und Teezoll.“ Für rohen Kaffee soll der Zoll auf 60 M., für gebrannten und gerösteten auf 80 M. pro Doppelzentner erhöht werden; der Teezoll soll von 25 M. auf 100 M. für den Doppelzentner erhöht werden. Außerdem soll aller beim Zinkstrafen des Gesetzes im freien Verkehr befindlicher Kaffee und Tee mit 20 resp. 75 M. nachverzollt werden.

Abg. Dr. Pashuda (fr. Bg.): In der Kommission hat man an den Ertrag des Kaffees durch Surrogate in keiner Weise gedacht. Der Konsum dieser Surrogate wird bei Erhöhung des Kaffeepreises erheblich zunehmen. Ebensovienig hat man darauf Rücksicht genommen, daß der Alkoholkonsum durch erhöhten Kaffeekonsum stark zurückgegangen ist. Dieser Entwidlung wirkt die Besteuerung des Kaffees entgegen. (Sehr wahr! links.) Wie stüchtig die Kommission gearbeitet hat, erhellt aus dem letzten Abschnitt des Gesetzes, wo es heißt, die Vorschriften des Absatz 4 finden auf die Nachverzollung von Tee entsprechende Anwendung. Und dabei existiert gar kein Absatz 4! (Große Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Röske (L.): Ich freue mich, daß der Vorredner nichts weiter an dem Gesetz auszusetzen findet als den von ihm gerügten Druckfehler: Abs. 4 statt Abs. 3.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Daß derartige Druckfehler bei der Arbeitsweise der Kommission unvermeidlich sind, liegt klar auf der Hand. Man muß nur bedenken, um was es den Herren zu tun war; sie wollten schließlich eine Reihe von Gesetzen zustande bringen, die den Effekt haben, die Armen auf das schwerste zu belasten und die Reichen freizulassen. Da greifen sie schnell nach jedem beliebigen Artikel. Natürlich kann da bei jedem einzelnen Gesetz der Gemeinwohl erbracht werden, mit wie seltener Sachkenntnis gearbeitet ist. Daß man mit diesen Gesetzen die Armen ausplündert, geschieht zu dem Zweck, bei den Reichen den Familiensinn zu erhalten, der bei ihnen ja davon abhängig ist, daß sie keine Steuern zahlen. (Sehr richtig! links.) Wenn Steuern zu zahlen sind, geht der Familiensinn in die Brüche. Ich bin mit diesen Familien nicht näher bekannt, aber die Herren, die gestern gesprochen haben, haben ja behauptet, daß der Familiensinn in engster Beziehung zu dem Manne im Geldbeutel steht, und da wird es wohl wahr sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An 10 000 M. darf auch nicht ein Prozent fehlen, sonst geht der Familiensinn zum Teufel. Diese Herren hätten wohl auch an den Familiensinn der Familien denken können, in denen viel Kaffee getrunken wird. Aber ihr Familiensinn kommt ja nur da vor, wo mehr als 10 000 M. Erbschaft zu haben ist! Bei

9999 M. ist er schon nicht mehr vorhanden. Sie sollten doch bedenken, daß in den meisten Familien der Kaffee fast das einzige Genußmittel ist und daß gerade der Kaffee dazu dient, den Familiensinn zu heben. Wenn z. B. aus dem Lande ein altes Mütterchen ihre Kinder und Enkel zu sich läßt zu einer Tasse Kaffee, so tragen solche Zusammenkünfte, so wenig Sie das auch begreifen mögen, dazu bei, den Familiensinn zu pflegen. Sie aber sagen da: Solch ein altes Mütterchen muß Steuern zahlen! Schon jetzt zahlt sie ja eine hohe Steuer. Rechnen wir ihren Kaffeeverbrauch auf durchschnittlich ein halbes Pfund pro Woche, so wird sie jetzt schon mit 7,80 M. zur Steuer herangezogen. Wie würden Sie schreien, wenn Sie einen solchen Prozentlag Steuer zahlen sollten wie eine solche arme Frau? Jetzt aber soll diese alte Frau noch 2,00 M. mehr bezahlen. Der kann man das ja ruhig abnehmen, bei ihr ist ja kein Familiensinn zu zerstören wie bei den reichen Leuten! Diesen Kaffeezoll kann man direkt bezeichnen als eine Steuer zur Pflege des Familiensinns. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber das ist nach den christlichen Begriffen des Zentrums etwas ganz Natürliches. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nun sagt man, auch jetzt schwankt der Kaffeepreis. Gewiß, in den Jahren 96 und 98 stieg er, aber zugleich fiel der Kaffeekonsum sehr erheblich, und als 1897 der Kaffeepreis wieder zurückging, ging der Konsum sofort wieder in die Höhe.

Ferner verweist man auf den höheren Kaffeezoll in anderen Ländern. Man hätte uns nur auch die Verbrauchsziffern angeben sollen. In Amerika existiert keine Kaffeesteuer, und dort ist der Kaffeeverbrauch am höchsten. Auch Belgien und die Niederlande haben bei niedrigem Kaffeezoll einen hohen Kaffeeverbrauch, Italien dagegen mit einem hohen Kaffeezoll hat nur einen Verbrauch von 1/2 Kilogramm pro Kopf, also nur den 6. Teil des Verbrauches von Deutschland. Und Rußland mit seinem noch höheren Zoll hat sogar nur einen Verbrauch von 1/4 Kilogramm pro Kopf. Gerade der Arbeiter wird durch diese Steuer getroffen. Der Feuerarbeiter z. B. hat kein anderes Getränk als den Kaffee, er muß bei seiner schweren Arbeit Kaffee trinken.

Herr Pashuda sprach sich für die Zollfreiheit des Kaffees aus, weil der Kaffee ein Mittel ist, den Alkoholgenuß zu vermindern. Wenn die Herren rechts ein Mittel wählten, den Alkoholverbrauch zu steigern, so würden sie das gewiß antworten. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn Sie die Liebesgabe aus der Welt schaffen, würde ja der ganze Familiensinn der Agrarier und des Zentrums zum Teufel gehen. Dieser Familiensinn kann nur durch Schnaps aufrecht erhalten werden. (Lebhafte Zustimmung links.) weil die Agrarier dadurch hohe Einnahmen haben. Deshalb ist es verständlich, daß sie dem Fortschreiten des Kaffeegenusses entgegenzutreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von den Einnahmen des Kaffeezolles fließt ja auch ein erheblicher Bruchteil als Liebesgabe in die Taschen der Agrarier. Der Zoll wird ja nicht immer in barem Gelde bezahlt, sondern auch mit Einfuhrzöllen. In den letzten vier Jahren und vier Monaten sind 19 Millionen an Kaffeezoll mit Einfuhrzöllen bezahlt, und da muß man einen recht hohen Kaffeepreis haben, denn sonst könnte es ja kommen, daß solche Einfuhrzölle nicht verwendbar sind und die Liebesgabe dadurch in Gefahr kommt. Zu begreifen ist auch, daß Sie den arisanischen Kaffee etwas weniger treffen wollen, denn diesen trinken ja nicht die Armen, sondern die reichen Leute, weil er etwas teurer ist. Nun wird gesagt, wir wollen mit dem Kaffeezoll Brasilien treffen, das uns nicht so behandelt wie die Vereinigten Staaten. Möglicherweise werden einige brasilianische Kaffeehändler geschädigt, aber weit größer ist die Schädigung unseres eigenen Volkes. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Für den Teezoll kommt England in Frage, denn der größte Teil des in Deutschland verbrauchten Tees kommt aus Großbritannien. Aber hier gilt dasselbe wie bei dem Kaffeezoll. Ich glaube ja nicht, daß Sie Gründe zugänglich sind. (Sehr wahr! links.) Aber ich habe meine Ausführungen gemacht, um vor dem Lande festzustellen, welche Art von Christlichkeit bei der Mehrheit dieses Hauses ist. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.) bestreitet, daß eine Erhöhung des Kaffeezolls zur Erhöhung des Kaffeepreises führen werde.

Abg. Frhr. v. Camp-Rasthausen (Rp.) bestreitet, daß die Kommission stüchtig gearbeitet habe; die Frage des Kaffeezolls sei nach allen Seiten erwogen worden. (Zuruf links: Aber wie!) Der Tee sei kein Getränk des kleinen Mannes. (Lachen links. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Dem Schnaps darf keine Konkurrenz gemacht werden!)

und Vorzügen die gleichen vom Vorjahre geblieben. Auffällig sind die ählichen Striche (Tanz beim Osterpaziergang, Szene: Wald und Hölle, Walpurgisnacht).

Humor und Satire.

Die Wahlkämpfe auf dem Dach.

Eine lustige Wahlgeschichte, die sich in Amsterdam zugetragen haben soll, schildert die „Frankf. Ztg.“ nach einem Amsterdamer Handbelsblatt. Der Schauplatz ist ein Haus am Frederik Hendrik-Platz, handelnde Personen: der Bewohner des dritten Stockes sowie der Eigentümer des Hauses. Der dritte Stock liegt direkt unter dem Dach, sein Bewohner, der ein Anhänger des sozialistischen Kandidaten Bliegen ist, klebt ein großes Manifest vor sein Fenster, in dem sein Kandidat aufs wärmste empfohlen wird. Der Hauseigentümer, dessen Kandidat der antirevolutionäre Herr de Vries ist, sucht nun ebenfalls nach einem Mittel, um den Namen seines Kandidaten anzubringen, und er befestigt ein großes Schild auf dem Dach, unmittelbar über der Wohnung des Sozialisten. Dieser rast wütend die Treppe herunter zum Hauseigentümer; und es entspinnt sich folgendes Gespräch:

Der Herr vom dritten Stock: „Mynheer! Ich habe die Wohnung gemietet, und Sie haben kein Jota darin zu sagen, und wenn Sie hundertmal der Hausbesitzer sind!“

Der Hausbesitzer: „Mynheer! Sie haben die Wohnung von innen gemietet und nicht von außen, und wenn mir's einfällt, besetze ich das ganze Dach von oben bis unten mit Orangepapier!“ (Orange ist die Farbe der Dranier, als deren einziger Verehrer die Antirevolutionäre sich ausgeben.)

Der Herr vom dritten Stock geht nach Haus, nimmt seinen Topf mit Kleister, steigt auf das Dach, und kurz darauf beschwindet der Name „de Vries“ und der von „Bliegen“ erscheint. Ein paar Stunden später kommt der Hauseigentümer auf das Dach, und nun predigt das Dach wieder, daß die Menschheit Herrn de Vries wählen müsse oder sich unglücklich mache. Es entsteht ein heftiger Streit zwischen dem Herrn vom dritten Stock und dem Hausbesitzer. Beide laufen zum Advokaten, um zu wissen, wer das Recht auf das Dach habe. Es scheint, daß der Hausbesitzer im Vorteil ist. Kurz, der Name de Vries bleibt. Aber nun erscheint plötzlich zwischen den Fenstern des dritten Stockes ein riesenplafat, worauf zwei deutende Hände gemalt sind. Die eine weist nach dem Namen des Dachkandidaten de Vries, und unter der Hand steht riesengroß geschrieben: „So wählen die Hausagrarien!“ Die andere Hand zeigt nach dem sozialistischen Manifest am Fenster vom dritten Stock, und die gewaltige Schrift unter der Hand sagt: „Und so wählen die Bewohner unseres Bezirkes!“

Notizen.

— In der Moritz-Oper wurde am Donnerstag A. Adams komische Oper „König für einen Tag“, die im vorigen Jahre hier zuerst wieder aufgeführt war, zum ersten Male aufgeführt. Das liebenswürdige Werk, dessen Wiedererstattung dankbar zu begrüßen ist, fand freundlichen Beifall.

Kleines feuilleton.

Aus dem Lande der Menschenrechte. Aus New York wird geschrieben: Die hundertjährige Wiederkehr des Todestages Thomas Paines, des Helden zweier Revolutionskriege, der als der geistige Vater der amerikanischen Unabhängigkeit bezeichnet wird, ist in Amerika klug- und langlos vorübergegangen. Die englisch schreibenden bürgerlichen Blätter haben, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, von dem Geburtstage kaum mit einem Buchstaben Notiz genommen, und die Feier in New Rochelle — wo das alte Paine'sche Bauernhaus dieser Tage, in ein Paine-Museum umgewandelt, dem Publikum geöffnet wurde — scheint sich mehr auf die gelehrten Kreise der Paine-Philologie beschränkt zu haben. Sonst ehrt nur die Arbeiterpresse das Andenken des Verkünders der „Menschenrechte“, der vielleicht der begeistertste und erleuchtete Kämpfer des aufsteigenden revolutionären Bürgertums war.

Das bürgerliche Amerika hat Thomas Paine vergessen. In diesem Lande herrscht der Jelitismus der politisierenden „Reberends“ (Geistlichen); der Artheismus schließt von der „Gesellschaft“ aus, kein außerhalb der Kirche, und sei es nur der Gesundbeter-Kirche, stehender Bürger wird Beamter, und in den bürgerlichen Sonntagablättern fehlt neben dem gräßlichsten und blödsinnigsten Sentimentschund wohl eine ordentliche politische Information, aber nicht die spaltenlange Predigt irgend eines Gottesmannes. Dieses „freie“ Land ehrt Paine, indem es ihn tothweigt und — vor dem Menschenrecht einer harmlosen Frau, einer sozialen Schwärmerin zittert, die sich für eine Anarchistin hält: Emma Goldman. Um sie um jeden Preis am Reden zu verhindern, werden Scharen von knäpelschwingenden Polizisten aufgeboten, Saalbesitzer werden, um sie zum Bruch der Mietkontrakte mit Emma Goldman zu bestimmen, mit Verhaftung ihrer ganzen Familie bedroht, und die Redefreiheit existiert einfach nicht mehr! Die „Nation“ scheint von einem wahnsinnigen Angstfieber vor dieser Frau ergriffen, die gegenwärtig unbedingt die gefährlichste Person des Landes ist. Diese Goldman'sche ist aber nur die würdige Fortsetzung der schmachvollen Gorbische und inzwischen fahren die Schulkinder fort, die Menschenrechte der Unabhängigkeitserklärung auswendig zu lernen und bei dem regelmäßigen Fahnentanz die vorgeschriebene Formel herzusagen von der großen Republik „mit Freiheit und Gerechtigkeit für jeden . . .“

Wie vermeidet man den Schreibkrampf? Mit dieser Frage beschäftigt sich ein französischer Arzt in einem interessanten Aufsatz, den er in der „Nature“ veröffentlicht. Es scheint, daß der Schreibkrampf immer häufiger wird. Die Untersuchungen über die Entstehung dieser Krankheit haben gezeigt, daß bei der physischen Uebermüdung und Ueberanstrengung der Handmuskeln auch der physische Zustand des Schreibenden eine wesentliche Rolle spielt. Die Hast, die rasch dahingleitenden Gedanken schriftlich festzuhalten, treibt den Schreibenden dazu, die Bewegungen der Hand immer mehr zu beschleunigen und damit verändert er die Bedingungen, unter denen die Muskeln beim Schreiben ihren Dienst

versehen. Jeder Mensch bringt je nach seiner Handschrift eine bestimmte Muskelgruppe der Hand in eine bestimmte Tätigkeitsform; die Art, die Feder zu halten, die Handschrift, die Form des Arbeitstisches, die Haltung des Unterarmes, all das ist von wesentlichem Einfluß darauf, welche Handmuskeln und Armmuskeln angestrengt werden. Um nun das Schreiben weniger anstrengend zu machen, kommt alles darauf an, die Arbeit unter den verschiedensten Umständen so viel als möglich zu verteilen und zu wechseln, damit jeder Anstrengung auch eine Ruhepause folgt. Daß dies nicht geschieht, das ist die Ursache des Schreibkrampfes. Und daraus erklärt sich auch, daß alle Mittel gegen den Schreibkrampf, Massage, Elektrizität usw., nie dauernde Abhilfe schaffen. „Wenig, langsam, rund, groß, feil“, das sind die fünf Worte, die jeder im Auge haben soll, den sein Verfall dazu zwingt, täglich längere Zeit zu schreiben. Wer unter dem Schreibkrampf zu leiden hat, soll wenig schreiben, d. h. nach einer Weile eine kleine Pause machen, um den Muskeln Erholung zu gönnen. Das rasche Schreiben wird oft zum Umlauf des Krampfes, weil die hastigen Bewegungen gewaltsame Muskelkontraktionen herbeiführen. Mit dem Worte „rund“ ist gemeint, daß man scharfe Ecken in der Schrift so viel als möglich vermeiden soll. In allen edigere Schritten zeigen die Schriftzeichen eine viel genauere und größere Rechnertheit als in den anderen; das heißt, daß die Muskelbewegung stets die gleiche bleibt. Groß schreiben soll man deshalb, weil die Muskeln um so mehr ausruhen, je größer die Buchstaben sind. Ueber die Vorzüge der Steilschrift ist in letzter Zeit viel gesprochen worden. Bei ihr liegt die Hand etwas einwärts gebeugt, während sie sich bei der Särgschrift nach außen abbiegt; zahlreiche Versuche haben gezeigt, daß die Einwärtsstellung der Hand ungleich weniger anstrengend ist als die andere Haltung.

Theater.

Reinhardt in München. Was „Hamlet“ erst ahnen ließ, haben nun die beiden folgenden Aufführungen: „Sommer-nachts Traum“ und noch mehr „Faust I“ vollaus bestätigt. Nämlich daß Reinhardt, dem Regisseur und seinen Darstellern der schmale kurze Bühnenstreifen des Münchener Künstlertheaters so klein und eng ist. „Part im Naume stoßen sich“ die Reinhardt'schen Gedanken. Die leichten Fäße, die Tanzschrittmägen, die die liebeseligen und faunstoße Reinhardt'sche „Nachbachtung“ (wie einzelne Berliner Kritiker übertrieben) des „Sommer-nachts Traums“ in Berlin beschwingen sollen, sie kamen in München ebensovienig zur Geltung wie die für ganz andere Dimensionen berechneten Welscheren Dekorationen. Genial wie immer war die Choldt als Puck, ein jugendhafter selber Kobold, der alles Feenhafte der Puck-Tradition abgestreift hatte. Wfizer war recht überflüssig am unsichtbaren Dirigentenpult. Aber die Berliner und die Münchener Wfizer-Clique hatten auch dieses Gastspiel durchgesehen — Niemand allgemein hat „Faust“ enttäuscht. Einzelne Glanzleistungen wie Proffio's Faust (der als Denker besser war wie als Genußmenschen), Wegener's Repffio, Elise Heims als Gretchen, Arnold als Wagner; aber dem Ganzen fehlte der innere Zusammenhalt und Zusammenklang. Eine Probe ist auch entschieden zu wenig für „Faust“ in ungenohntem Rahmen. Eilers Dekorationen sind mit allen Fehlern

Abg. Dr. Semler (natl.): Diese ganze Gesetzgebung ist eine Bedröckung auf den Alkoholgenuss und auf die Gerste. (Sehr wahr! links. Lärm rechts.)

Abg. Götthel (fr. Vg.) begründet seinen Antrag auf Rückzahlung des Kaffe- und Teezolls bei vor dem 1. Juni 1909 abgeschlossener Lieferungsverträge. Der Antrag soll der Spekulation vorbeugen. Es ist schade, daß die Mehrheit den Kaffe nicht bei den Parfümerieartikeln behandelt hat: Kalter Kaffe soll doch schön machen. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Herr Spahn hat bestritten, daß die Erhöhung des Zolles zu einer Preissteigerung führen werde. Alle Erfahrung spricht dafür, daß eine Zollserhöhung eine Preissteigerung und die Preissteigerung eine Konsumbeschränkung herbeiführt. (Lebhafte Zustimmung links.) Aber wie ich schon gesagt habe: die Erhöhung des Kaffe- und Teezolls und die darin liegende Begünstigung des Schnapsgerusses paßt vorzüglich zu der Ehrlichkeit der Mehrheit. (Stürmische Zustimmung links.)

Abg. Fegter (fr. Vg.) hebt hervor, daß in seiner Heimat Ostpreußen der Tee das Getränk der kleinen Leute sei.

Ministerialdirektor Kühn erklärt, daß die Regierung eine Verzollung bezw. Besteuerung der Kaffeessurrogate in Erwägung ziehen werde. Selbstredend würde ein eventueller Teezoll nur als Finanzmaßregel aufgefaßt werden und nicht als Kampfzoll, am allerwenigsten gegen England, mit dem ganz Deutschland freundschaftliche Beziehungen wünsche. Der Kaffe- und Teezoll sei im allgemeinen vom Zoll unabhängig. (Einzelheiten der Ausführungen bleiben bei der leichten Stimme des Redners unverständlich.)

Abg. Dr. Köhler (L.) polemisiert gegen den Redner der Linken. Das bisherige Verteuerung durch den Kaffe- und Teezoll falle doch wirklich nicht ins Gewicht. (Lachen links.)

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Die von Herrn Direktor Kühn angeführten Zahlen zeigen gegen die meine eine Differenz, weil er das Jahr 1880 hineingezeichnet hat, in welchem außerordentlich hohe Kaffeepreise herrschten. Herr Dr. Köhler behauptet, die ärmere Bevölkerung würde von dem Kaffe- und Teezoll fast gar nicht betroffen, weil sie nicht Kaffe, sondern Kaffeessurrogate trinke. Aber bei diesem Surrogat wird doch auch etwas Kaffe verwendet, und somit müssen gerade die Vermittler die Steuer mitzahlen. (Sehr richtig! links.) Weiter kritisiert Dr. Köhler, daß ich gesagt habe, die Einfuhrzölle werden bei dem Kaffe- und Teezoll in Zahlung genommen, und er bestreitet, daß das eine Neubeschuldung sei. Wenn jemand eine geldwerte Urkunde erhält, so sollte man doch meinen, daß er auch einen Gegenwert hergibt. Die Agrarier geben aber gar nichts für die Einfuhrzölle, sondern verkaufen ihr Getreide lediglich an einen ausländischen Käufer statt an einen inländischen und erreichen dadurch, daß der Inlandspreis steigt; sie gewinnen also doppelt, indem sie einerseits eine geldwerte Urkunde erhalten und außerdem noch den Inlandspreis steigern. (Sehr richtig! links.) Weiter bestritt Dr. Köhler, daß auf dem Lande Tee getrunken wird. Es ist das ein Beweis, daß er trotz seiner herabgerungenen Stellung in der Landwirtschaft noch niemals in Norddeutschland auf dem Lande gewesen ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Die

Abstimmung

Über § 1, der die Zölle kumuliert, ist eine namentliche. Sie ergibt die Annahme der Kommissionsbeschlüsse mit 187 gegen 154 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen. Auch im übrigen werden die Kommissionsbeschlüsse angenommen, ebenso unter großer Heiterkeit der folgende Antrag Götthel (fr. Vg.), für den außer der Linken auch die Polen und einige Konserverstimmten:

Bei vor dem 1. Juni 1909 im Inlande abgeschlossener Lieferungsverträgen über verzollten Kaffe und Tee ist der Verkäufer berechtigt, von dem Empfänger Ersatz des höheren Zollsatzes für nach dem Inkrafttreten der Zollserhöhung gelieferte Ware zu beanspruchen.

Es folgt

Artikel V: Besteuerung der Beleuchtungsmittel.

Nach den Kommissionsbeschlüssen sollen elektrische Glühlampen und Brenner je nach der Anzahl der Watts, ferner Glühlampen für Gasglühlampen mit 10 Pf. für das Stück, Brenner für elektrische Vogenlampen mit 20 Pf. pro Kilogramm, Quecksilberdampflampen für je 100 Watt besteuert werden. Die Steuer ist in Form einer Vonderrolle zu erheben.

Abg. Weber (natl.) legt unter großer Heiterkeit der Linken durch Demonstration von Glühlampen die Undurchführbarkeit der Vonderrolle dar. Um den Wartehalt der Lampen z. B. bei Siemens u. Halske festzustellen, würden mindestens 100 Steuerbeamte notwendig sein. Sie legen mit dieser Steuer zugunsten des Auslandes die ganze elektrotechnische Branche in der Beleuchtungsindustrie lahm. (Bravo! links.)

Reichsfinanzsekretär Sydow: In der Vorlage ist ausdrücklich bestimmt, daß der Vonderrolle bei Glühlampen, die sich zur Vonderrolle eignen, eine andere Art der Steuererhebung anordnen kann. Wie hoch der Wartehalt der elektrischen Lampen ist, ist auf jeder Lampe angegeben. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Vg.): In erster Lesung ist das Gesetz von sämtlichen Parteien mit Ausnahme der äußersten Rechten abgelehnt! Das Gesetz ist durchaus mittelstandsfeindlich. Die großen Fabriken werden sich leicht mit der Steuer abfinden. Belastet werden vor allem die kleinen Fabrikanten und die kleinen Händler. Im bayerischen Landtag hat sich der Abg. Sped im Interesse des Mittelstandes sehr entschieden gegen eine Besteuerung des Lichtes erklärt. Er sagte: in dieser Frage gibt es keine Opportunitätsgründe, hier handelt es sich um die wirtschaftliche Zukunft im deutschen Vaterlande. Und hier tritt das Zentrum rein aus parteilichem Gründen für die Steuer ein. (Hört! hört! links.)

Abg. Evering (Soz.):

Auch wir machen diesen Sprung ins Dunkle nicht mit. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Wir sind aus grundsätzlichen und sachlichen Gründen Gegner dieser Steuer. Man hat gesagt, nachdem das Petroleum, das Beleuchtungsmittel des kleinen Mannes, mit 170 Millionen besteuert sei, sei es eine Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit, nun auch das Beleuchtungsmittel des Mittelstandes und der reichen Leute zur Steuer heranzuziehen. Wenn der Herr Staatssekretär dieses Argument heute hier wiederholte, so hat er nur ein Schlagwort wiederholt, das jeder Beweiskraft entbehrt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gas und Elektrizität sind heute nicht mehr ausschließlich Beleuchtungsmittel des Mittelstandes und der reichen Leute, sondern auch die Arbeiter haben sich erfreulicherweise vielfach vom Petroleum der Gas- und elektrischen Beleuchtung zugewandt. Außerdem leiden die Arbeiter auch als Produzenten unter der Steuer! Zweifellos werden viele Unternehmer es vorgeziehen, ihre Betriebe ins Ausland zu verlegen, als daß sie sich die schändliche Behandlung in Deutschland gefallen lassen. (Sehr richtig! links.) Und wenn sie im Lande bleiben, ist zu befürchten, daß die ausländische Konkurrenz Absatzgebiete, aber die deutsche Industrie verflucht, erobern wird. Auf jeden Fall werden also zahlreiche Arbeiter, die heute in dieser Industrie beschäftigt sind, brautlos werden. Aber, wie gesagt, auch als Konsumenten leiden die Arbeiter unter der Steuer. In zahlreichen industriellen Betrieben müssen die Arbeiter die Beleuchtungsmittel selbst bezahlen, nicht nur die Glühlampen, sondern auch die Glühlampen! (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Es kommt häufig vor, daß bei starker Ventilation, durch einen Luftzug oder aus anderen Gründen die Beleuchtungsmittel zerbrechen. Also die Kosten für die Arbeiter sind ziemlich erheblich. Die Verteuerung der Beleuchtungsmittel wird ganz enorm sein, sie beträgt bei den Kohlenlampen 90 Proz., bei den Vogenlampen 100 Proz. und bei den Glühlampen 50 Proz. im Durchschnitt. (Lebhafte Heiterkeit links.) Es ist klar, daß die Unternehmer versuchen werden, wieder die schäblichste Beleuchtungsart mit Petroleum

einzuführen. Selbstverständlich ist aber in allen Betrieben, wo die Beleuchtung mangelhaft ist, auch die Unfallgefahr höher. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Müller-Reinigen hat schon mit Recht betont, daß auch der Mittelstand sowohl als Produzent wie als Konsument unter der Steuer leidet. Die kleinen Handwerker, Restaurateure, Händler werden den Handel mit Glühlampen aufgeben müssen, und der Verkauf der Glühlampen wird ein Monopol der Großbetriebe werden.

Auch aus allgemeinen kulturellen Gründen sind wir gegen die Steuer. Gerade jetzt, wo durch den Grafen Zeppelin dem Gas und der Elektrizität neue Bahnen gewiesen werden, sollte eine einsichtige Volksvertretung alles tun, um der Ausbreitung dieser Beleuchtungsmittel die Wege zu ebnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben ein lebhaftes Interesse daran, daß auch in den entlegensten Gebirgsdörfern elektrisches Licht eingeführt wird und die mangelhafte Petroleumbeleuchtung aufhört. Von der Regierung und in der Munizipalverwaltung ist behauptet worden, der Ertrag der Steuer werde sicherlich 28 Millionen Mark betragen. Die Behauptungen Sachverständiger lassen keinen Zweifel darüber auskommen, daß in Wirklichkeit nicht einmal die Hälfte dieses Betrages eingeht wird, und wenn man bedenkt, daß auch das Reich, die Einzelstaaten und die Städte ganz beträchtlich von der Steuer betroffen werden und daß Beamte zur Durchführung der Steuer aus Reichsmitteln besoldet werden müssen, so werden höchstens acht Millionen als Ertrag übrig bleiben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus finanziellen Gründen kann also diese Steuer nicht in Betracht kommen. Wenn wir die Finanzen des Reiches wirklich aufbessern wollen, so ist das nur möglich durch eine Reichs- vermögens- und Einkommensteuer und eine wirkliche Erbschaftsteuer. (Lebhafte Zustimmung links und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westphal (L.) tritt für die Vorlage ein.

Abg. Cuno (fr. Vg.) bekämpft die Vorlage. Ministerialdirektor Kühn (sehr schwer verständlich, da seine mit leiser Stimme vorgetragene Ausführungen in der allgemeinen Unruhe des Hauses untergehen) sucht den Ausführungen der Redner der Linken entgegenzutreten.

Abg. Dr. Fischer (Z.) polemisiert gegen die Ausführungen Müller-Reinigen.

Abg. Braun (Ant.) erklärt sich gegen die Steuer.

Abg. Dr. Weber (natl.) tritt den Ausführungen Fischers entgegen.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Vg.) polemisiert gegen den Abg. Fischer und stellt unter lebhaftem Hört! hört! der Linken nochmals fest, daß das Zentrum früher gegen dies Gesetz gestimmt hat.

Abg. Cuno (fr. Vg.): Wenn auch einzelne große Fabriken auf Grund des § 7 des Gesetzes von der Vonderrolle befreit werden, so muß doch nach § 16 jeder Verkäufer von einer nicht vorchriftsmäßigen Vonderrolle der Beleuchtungsmittel Anzeige machen, sonst wird er bestraft.

Reichsfinanzsekretär Sydow: Die Befreiung von der Vonderrollepflicht ist nicht für einzelne Fabriken, sondern für einzelne Kategorien von Beleuchtungsmitteln gedacht.

Abg. Fischer (Z.) betont dem Abg. Müller-Reinigen gegenüber, daß es sich damals in erster Linie um die Besteuerung der elektrischen Energie und erst in zweiter Linie um die Besteuerung der Glühlampen gehandelt habe. (Gelächter links.)

Damit schließt die Debatte.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (mit stürmischen Schlußrufen der Mehrheit empfangen): Ich wollte nur an den Herrn Präsidenten die Frage richten, ob es in dieser Situation erlaubt ist, das Wort Jesuit auszusprechen, ohne bestraft zu werden. (Große Heiterkeit links, Lärm im Zentrum.)

Abg. Dr. Heim (Z.): Herr Präsident, ist es erlaubt zu glitzern wie Herr Müller-Reinigen? (Heiterkeit.)

Die

Abstimmung

ist wieder eine namentliche. Sie ergibt die Annahme der Kommissionsbeschlüsse mit 185 gegen 160 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen. Hierauf verliert sich das Haus.

Vizepräsident Dr. Baasche schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Mittwoch, den 30. Juni, 1 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellation Albrecht über die Suspension der Getreidezölle.

Abg. Singer (Soz.):

Man kann sehr zweifelhaft sein, ob in der gegenwärtigen Situation weitere Verhandlungen einen Zweck haben, bevor der Herr Reichskanzler seinerseits eine Erklärung über die gegenwärtige Lage abgegeben hat. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind der Meinung, daß das sobald wie möglich geschehen soll, und um das schon morgen möglich zu machen, beantrage ich, die nächste Sitzung schon morgen abzuhalten. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Antrag Singer wird abgelehnt.

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

100. Sitzung, Freitag, den 25. Juni, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Weseler.

Auf der Tagesordnung steht das vom Herrenhaus zurückgelangte Gesetz, betreffend

die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt.

Das Herrenhaus hat die Amtspflichtverletzungen der Lehrer und Lehrerinnen anstatt wie das Abgeordnetenhaus (und die Regierungsvorlage) den Schulverbänden, ebenfalls dem Staate auferlegt.

Abg. Boehmer (L.) empfiehlt einen Kompromißantrag: den entscheidenden § 5, der von der Haftung für Amtspflichtverletzungen der Lehrer und Lehrerinnen handelt, überhaupt zu streichen.

Abg. Frhr. v. Jellisch (fr. Vg.): Wenn wir erst einen Unterrichtsminister haben werden, wird der Widerstand der Regierung gegen den Beschluß des Herrenhauses gebrochen sein. Vorläufig stimmen wir dem Kompromißantrage zu.

Justizminister Weseler: Die Regierung begrüßt den hier gebotenen Weg, das Gesetz zustande zu bringen, wenn sie auch die Lücke, die dadurch im Gesetz bleibt, bedauert. Nach Annahme des Antrages bleibt also die Haftung der Lehrer so, wie sie bisher bestand.

Abg. Gassel (fr. Vg.) erklärt, daß auch seine Freunde, freilich mit großem Bedauern, dem Kompromiß zustimmen, um das Zustandekommen des Gesetzes zu ermöglichen.

Abg. Belsch (fr. Vg.) macht darauf aufmerksam, daß das Gesetz trotz Annahme des Kompromißantrages jedenfalls Anwendung finde auf Lehrer, soweit sie durch die Jubilatur als unmittelbare Staatsbeamte oder Kommunalbeamte angesehen würden.

Damit schließt die Debatte. Das Gesetz wird unter Streichung des § 5 angenommen.

Die Anträge der Geschäftsordnungskommission, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Schriftleiters Paul Reichold-Erfurt wegen Verleumdung des Abgeordnetenhauses durch den Artikel der „Erfurter Tribüne“ vom 9. Mai 1909, Ronatsraub im Drei-Lassenhause, und des Schriftleiters Wilhelm Dahl in Erfurt aus demselben Grunde wegen des Artikels der „Ronatsraub im preußischen Abgeordnetenhaus“ vom 22. Mai 1909 nicht zu erteilen, werden ohne Debatte angenommen.

Eine größere Anzahl

Petitionen

werden debattenlos erledigt.

Eine Petition des Magistrats in Schöneberg um Erhaltung des Grunewalds wird auf Antrag der Konser-

vationen von der Tagesordnung abgeseht. Ebenso wird gegen den Widerspruch der Linken abgeseht die Beratung eines Antrages Dr. Götthel (natl.) betreffend die gesetzliche Regelung der Dauer der Schulpflicht und der Strafbestimmungen bei ungerechtfertigten Schulverweisungen.

Mehrere Petitionen um Aenderung der hannoverschen Städteordnung beantragt die Kommission der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Leinert (Soz.):

Der größte Teil der Steuerzahler ist nach der hannoverschen Städteordnung völlig rechtlos. Die Erwerbung des Bürgerrechts ist an die Zahlung von 180—120 M. für den Mann und 60 M. für die Frau geknüpft für die Hausbesitzer und andere, die sich das Bürgerrecht erwerben müssen. Die anderen haben 30 M. zu zahlen. Als vor einiger Zeit die Sozialdemokratie versuchte, durch Einrichtung von Sparlokalen es den Arbeitern zu ermöglichen, sich das Bürgerrecht für 30 M. zu erwerben, hat die Stadtverwaltung in Erwägung gezogen, diese Bestimmung aufzugeben und die Summe von 180 M. bzw. 120 M. von allen zu nehmen! Dieser Beschluß des Bürgerrechtssprengels ist aber von der Regierung nicht sanktioniert worden. Die Beamten haben das Bürgerrecht ohne weiteres, sie haben daher das Übergewicht in der Stadtverwaltung obgleich sie weniger zu den Steuerlasten beitragen. Ein solcher Verkauf des Wahlrechts ist überhaupt eine Ungeheuerlichkeit, und wir können nur wünschen, daß die Regierung ihre Erwägungen nach der Richtung anstellt, daß sie sobald wie möglich die hannoversche Städteordnung im Interesse der jetzt entrechteten Steuerzahler ändert. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Kommission wird angenommen. Ueber eine Petition des stud. phil. Eberbach und Genossen in Steglitz um

Neuregelung der studentischen Rechtsverhältnisse im Sinne der Gewährung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Studenten mit ihren Altersgenossen

unter etwaigem Verzicht auf Sondervergünstigungen beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung!

Abg. v. Liszt (fr. Vg.) bittet, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Die deutschen Studenten sind reif genug, um am politischen Leben teilzunehmen mit jenen Einschränkungen, die durch die Disziplin geboten sind. Es liegt auch im Interesse unserer ganzen politischen Entwicklung, wenn ein freier Zug an die Stelle des jetzigen patriarchalischen Systems tritt. (Bravo! links.)

Abg. Liebknecht (Soz.):

Es handelt sich hier um eine Petition, der ich sehr große Wichtigkeit beimesse. In anderen Kulturstaaten sind die Studenten viel freier gestellt als bei uns. Hat es nicht etwas Besondere, daß unsere akademische Jugend genötigt ist, um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung erst nach zu petitionieren? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Studentenschaft wird als eine Art privilegierter Stand bezeichnet. Worin bestehen denn diese Privilegien? Das einzige Privileg, das ich in dem Gesetz vom 29. Mai 1879 zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Studierenden habe finden können, ist das, daß der Student nicht bestraft ist, aus seiner Minderjährigkeit gegen seine Verpflichtung, das Honorar zu zahlen, einen Erwidern herzutreten. Im übrigen werden den Studenten durch dies Gesetz an Stelle der Polizei gleich drei verschiedene Instanzen über den Hals gehängt: der Rektor, der Richter und der Senat. Auch das ist ein eigentliches „Privileg“. Dazu kommt, daß die Arreststrafe, auf deren Abschaffung die Militäranwälter, die untern Beamten, weil sie als Entwürdigung empfinden, so häufig petitionieren, gerade bei den Studenten noch besteht. Früher ist allerdings die Arreststrafe nicht gar so ernst empfunden worden, da sie ein wenig von dem goldenen Schimmer der akademischen Romantik umgeben war. Aber die Zeiten haben sich geändert, und es ist kein Zweifel, daß die Studenten heute bei ihrem Bedürfnis nach einer freieren Betätigung in aller Kürze dazu kommen werden, das Entwürdigende ihrer Stellung zu empfinden, einfach auf den Wunsch eines Universitätsbeamten bis drei Tage in Arrest gesetzt werden zu können. Dabei ist gegen diese Strafe bei den Studenten jedes Rechtsmittel ausgeschlossen, es sei denn, daß es sich um die Strafe der Relegation oder des consilium abeundi handelt. Der Student hat auch nicht die Möglichkeit, zu erreichen, daß er in einem gegen ihn anhängig gemachten Disziplinarverfahren gehört wird; es ist überhaupt keine mündliche Verhandlung für ein solches Verfahren vorgeschrieben. In den beiden Fällen, wo ein Rechtsmittel gegeben ist, beschränkt es sich auf die Beschwerde beim Unterrichtsminister, der natürlich rein nach der Aktenlage entscheiden und den Petenten niemals persönlich hören wird. Die Grundlage des Verfahrens der Universitätsbehörden ist die sogenannte Unversitätsdisziplin. Eine Disziplin, entsprechend dem Zwecke des Aufenthalts der Studenten auf der Universität, ist natürlich notwendig. Die Regelung dieser Disziplin ist aber ganz in das Belieben der Unversitätsbehörden und des Ministers gestellt. Die sogenannten Privilegien der Studenten sind also längst zu einem Privilegium geworden. Das einzige Privileg besteht darin, daß, wenn sie mit einem Polizeibeamten in Konflikt kommen, sie nicht auf die Wache gestellt, sondern bei Vorzeigung der Studentenkarte ohne weiteres entlassen werden. Bei dieser Rechtslage erklären sich die vielfachen Vortragsverbote, Versammlungverbote, Vereinsauflösungen ohne jegliche nähere Begründung und ohne die Möglichkeit einer Nachprüfung durch eine Verwaltungsbehörde, die ja in den weitesten Kreisen Aufregungen verursacht haben. Ein solches Verfahren der Unversitätsbehörden stellt eine würdige Fortsetzung des mit der Ver Arns eingeschlagenen Weges dar.

In der Kommission ist betont worden, der Staat gebe erhebliche Summen für die Universitäten aus und müsse daher auch dafür sorgen, daß diese Kosten auch die in seinem Interesse nötigen Früchte tragen, er könne insbesondere nicht gut zusehen, wenn sich irgend welche Tendenzen, die das Dasein des Staates untergraben wollen, an den Universitäten zeigen. Ich halte diesen Standpunkt in bezug auf die Wissenschaft für unabweisbar. In der Tat ist aus dem Tempel der neuen Wissenschaft, der die Universität doch sein soll, in dieser Weise in Deutschland

eine kapitalistisch-agrarische Wechselbude

gemacht worden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Die Abneigung der Herren gegen die politische Betätigung der Studenten ist etwas einseitig. Bei der Faschingswahl 1897 und bei der jüngsten Göttingerwahl 1907 haben die Studenten sich unter Billigung der Unversitätsbehörden in weitestem Umfange an der Agitation für die sogenannten Blockparteien, an der Schlepparbeit, beteiligt, ohne daß von irgend einer Seite Widerspruch erhoben worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sind doch bei den Reichstagswahlen sogar die G. m. n. a. s. in großem Umfange zur Agitation für den Reichsverband und die Blockparteien herangezogen worden! Und wer hat sich jemals auf Ihrer Seite dagegen erklärt, daß auf der Volkshochschule und in den Gymnasien eine Plattenvereinsagitation größten Umfanges betrieben worden ist? Sie werden sagen, das ist keine Politik, das ist bloß nationale Politik. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn etwa ein ausländischer Student bei den letzten Wahlen auch nur gewagt hat, in eine oppositionelle Versammlung zu gehen, er brauchte nicht einmal Agitation zu treiben, sofort erhielt er einen Ausweisungsbefehl und wurde brutal über die preussische und deutsche Grenze hinausgeworfen. Das ist die „Gleichberechtigung“, die bei Ihnen die verschiedenen politischen Richtungen genießen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es gab eine Zeit, wo die Studenten die Bannerträger der Ideale des Bürgertums waren. Damals sind die Studenten auch des Hochverrats beschuldigt und zum Tode oder Zuchthaus verurteilt worden, später aber zum großen Teil in Staatsstellen aufgerückt. (Zuruf rechts.) Gewiß, das kann mir auch passieren, allerdings bei anderer Zusammensetzung des Hauses. (Heiterkeit.) Ihnen ist Ihre eigene Jugend, die Jugend des Bür-

geräumt, nicht ganz loscher. (Weiterkeit.) Sie wissen, daß man in der Jugend gewissen Idealen zugänglicher ist, und wollen deshalb die heutige Jugend nicht den Gefahren einer relativ voraussetzungslosen Wissenschaft aussetzen. Deshalb wünschen Sie nicht, daß ihr eine größere Freiheit an den Universitäten zuteil wird. Für die frisch sprudelnde Jugend haben Sie kein Verständnis, weil Sie nur noch für das Altertum schwärmen. (Weiterkeit.) Sie dürfen nicht mehr fragen: „Mußt uns Hilfe die Poetik gegen Joff und Philisterei, Purische heraus!“ In Ihnen selbst ist Joff und Philisterei personifiziert. (Weiterkeit.) Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Sie möchten die Universitäten zu Drillanstalten machen. Dafür sind wir nicht zu haben. Daher beantragen wir, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Wir Sozialdemokraten freuen uns über jede freie Regierung, die wir irgendwo sehen, weil wir wissen, daß alles, was Idealismus ist, alles, was sich wirklich frei betätigen kann, besonders auf dem Gebiete der vorurteilsfreien, voraussetzungslosen Wissenschaft, nur der Sozialdemokratie zugute kommen kann. (Wabul bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stull (J.): Die Rede des Vorredners beweist, daß wir auf dem richtigen Wege sind, wenn wir Uebergang zur Tagesordnung über die Petition beantragen. Die politische Betätigung sollen die Studenten sich aussparen für die Zeit, wo sie als Männer im politischen Leben stehen. (Sehr richtig! im Zentrum. Abg. Niehnecht: Und die konfessionellen Verbindungen!) Zur politischen Betätigung sind die Studenten noch nicht reif, aber zur Betätigung der konfessionellen Gesinnung berechtigt jedes Alter von der Kindheit an. (Wabul im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird hierauf angenommen.

Nach Erledigung einiger weiterer Petitionen ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident v. Arndt teilt mit, daß die gemeinsame Schlußsitzung der beiden Häuser des Landtages um 6 Uhr nachmittags stattfindet, und schließt die Sitzung mit dem üblichen Hoch auf den König.

Schluß 2 Uhr.

Der 37. deutsche Herztag

trat am Donnerstag in Lübeck zusammen. Während man seinerzeit in Kostock die Vertreter der Presse aus dem Verhandlungslokal vertrieben, ist man jetzt infolge der dann verhängten Berichtserstattungssperre gegen die Berichterstatter bedeutend höflicher geworden. Diefelben erhielten Karten zu allen Veranstaltungen und ihren Wünschen soll, wie in einer Vorbesprechung erklärt wurde, in jeder Beziehung Rechnung getragen werden, soweit das gangbar ist.

Eingeleitet wurde der Herztag durch die 9. Hauptversammlung des Leipziger Arztverbandes, die allerdings unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand. Anwesend waren Vertreter sämtlicher Sektionen. Den Vorsitz führte Dr. Hartmann-Leipzig, der einleitend bemerkte, die deutschen Ärzte gingen einem schmerzlichen Kampfe, der um ihre Freiheit geführt werde, entgegen. Es heiße sich gegen die „Willkür der Kostenvorstände“ und gegen die beachtliche „Anhebung durch die Vorgesetzungen“ zu schützen. Nach dem Bericht des Generalsekretärs Kubus ist die Mitgliederzahl des Verbandes um 1723 gestiegen; sie betrug 22 440, welche sich auf 128 Sektionen verteilen mit der gleichen Anzahl Vertrauensmänner und 1048 Obmännern. Nachdem dann der Kassierer berichtet hatte und die Vorstandswahlen vollzogen waren, begann der Sturm auf gegen die Reichsversicherungsordnung. Referent war Dr. Rayen-Leipzig, der über die „Maßnahmen der Selbsthilfe“ sprach, die dazu dienen sollen, die Bestrebungen der deutschen Ärzteschaft nach Verbesserung ihrer Stellung und Honorierung bei den Krankenkassen auch in Zukunft wirksam zu unterstützen. Redner betonte, daß es Pflicht der Ärzte sei, dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung, der die Fortsetzung des Königsberger Herztages in keiner Weise berücksichtigt habe, organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Zu diesem Zwecke sollen alle „standestreu“ Ärzte den bekannten Streik unterschreiben, gleichfalls Verpflichtungsscheine zum Schutz- und Trugbündnis. Es ist ferner beabsichtigt, die lokalen Garantiefonds zur Durchführung der freien Arztwahl zu vergrößern und überall, wo sie noch nicht bestehen, solche zu errichten. Endlich sollen bei Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung die bestehenden Verträge sofort gelöst und neue nur auf Grundlage der organisierten freien Arztwahl abgeschlossen werden. Dann sind Bestimmungen über die Behandlung und Honorierung der nach § 57a des Krankenversicherungsgesetzes Ueberwiesenen zu treffen. Die Hilfskassen haben sich zu verpflichten, kassenärztliche Behandlung nur auf Mitglieder bis zu einem Höchstbetrage von 2000 M. zu bewilligen. Die vertragliche Verpflichtung zur Ausstellung von ärztlichen Gutachten für Unfallverletzte ist abzulehnen. Das sind die wesentlichen „Maßnahmen der Selbsthilfe“, welche die Ärzte resp. die Mitglieder des Leipziger Verbandes anzuwenden gedenken. Die Versammlung erklärte sich einstimmig damit einverstanden. Darauf wurde die Generalversammlung geschlossen. Freitag findet die erste öffentliche Sitzung des Deutschen Ärztevereinsbundes statt.

Dies Präliminarium zum Ärztevereinsbund zeigt, wie notwendig die Verbindung eines gesetzlichen Kurierzwanges mit der Approbationserteilung geworden ist, und wie völlig verfehlt vom Standpunkt der Allgemeinheit die immensen Zugeständnisse an die Ärzteschaft in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung sind. Insbesondere der Ausschluß nicht approbierter Heilkundiger und die Einführung eines Schiedsgerichtsverfahrens, das die Gelder der Arbeiter und Krankenkassen den Ärzten ausliefert, ist eine schreiende Ungerechtigkeit, nicht gegen die Ärzte, sondern gegen die Massen und ihre Mitglieder. Die Massen werden durch das Gesetz gezwungen, ärztliche Behandlung ihren Mitgliedern angedeihen zu lassen; den Personen aber, die allein zur ärztlichen Behandlung berechtigt sein sollen, ist freigestellt, ob sie ihre allein durch die staatliche Hilfe erworbenen Kenntnisse anwenden. Das ist ein freier Widerspruch. Den durch diesen Widerspruch hervorgerufenen oder möglichen Mißstand der Massen auszuweichen, ist Zweck des Leipziger Ärzteverbandes. Dem läßt sich nur durch Einführung des Kurierzwanges der approbierten Ärzte oder durch die im Allgemeininteresse nicht liegende Befreiung des Zwanges der Massen zur Gewährung ärztlicher Hilfe — ein Zustand, der bis 1883 bestand — entgegenstellen. Das Vorgehen der Ärzte drängt auf diesen Weg. Außerdem ist das Auftreten des Leipziger Verbandes leider geeignet, die Kurpfuscherei so stark wie nichts sonst zu begünstigen.

Soziales.

Prämien für Kassenbeträger.

Wieder müssen wir einen der vielen Fälle registrieren, in denen ein Arbeitgeber eine Prämie dafür erhielt, daß er Arbeiter die Krankenkassenbeiträge vorrechnete, diese aber der Kasse nicht zuführte. Der Stockfabrikant R a x M a n n e, Rigaer Straße 69 wohnhaft gewesen, nahm diese Manipulationen in Höhe von 679,35 M. vor. Das Landgericht beurteilte ihn zu vollen 60 M. Geldstrafe. 679,35 M. unterschlagen, ab Strafe in Höhe von 60 M., bleibt Profit 619,35 M. Ein profitables Geschäft!

Verfallminderung der Unfallfolgen.

Sehr viele Unfallverletzte wissen nicht, daß sie bei eingetretener Verschlimmerung ihrer Unfallfolgen sofort der Berufsgenossenschaft davon Anzeige zu machen haben und Antrag auf Erhöhung ihrer Rente stellen müssen. Im § 89 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes heißt es nur darüber:

„Eine Erhöhung der Rente kann nur für die Zeit nach Anmeldung des höheren Anspruches gefordert werden.“

In der Praxis veräumen die meisten Unfallverletzte, den Antrag bei der Berufsgenossenschaft rechtzeitig einzureichen, wenden sich vielmehr an ihre Krankenkasse und beziehen oft monatelang wieder Krankenerstattung. Ist nun die Erlangung im Februar dieses Jahres eingetreten und wird der Antrag verspätet, zum Beispiel erst am 1. Juli dieses Jahres, der Berufsgenossenschaft gestellt, so erhält eben der arme Verletzte nur die höhere Rente, sofern diese überhaupt anerkannt wird, vom 1. Juli ab gezahlt.

Oftmals ist es aber auch geradezu unmöglich, den Antrag auf Erhöhung der Rente zu stellen, weil auch der behandelnde Arzt im Zweifel ist, ob eine Verschlimmerung der Unfallfolgen vorliegt oder nicht. Doch das Gesetz ist hart und macht auch in solchen Fällen gar keine Ausnahme. Dies sollte eine Frau in Unterfranken fürzlich erfahren, deren Gatte infolge eines früher erlittenen Unfalles verstorben war.

Der Ehemann war als Bauarbeiter im Jahre 1903 verunglückt, erlitt eine Verletzung des rechten Armes und schwere Quetschung der Brust. Er bezog zuletzt eine Rente von 25 Proz., die aber von der Berufsgenossenschaft Ende 1906 wieder entzogen wurde, weil eine erhebliche Besserung eingetreten war und Unfallfolgen überhaupt nicht vorhanden seien.

Der Verletzte ließ sich dies in seiner Unkenntnis auch ruhig gefallen. Im Jahre 1907 erkrankte er nun wieder und wurde von seinem Arzt auf Kosten der Krankenkasse wieder 28 Wochen behandelt. Anfanglich verneinte der Arzt einen Zusammenhang des Leidens mit dem früher erlittenen Unfall und wurde auch keine Meldung der Berufsgenossenschaft gemacht. Erst Ende Februar 1908 gab der Arzt zu, daß doch eine Verschlimmerung der Unfallfolgen eingetreten sei, und wurde der Antrag auf Gewährung der Rente gestellt. Im Mai 1908 ist der Verletzte gestorben und wurde später der Witwe von der Berufsgenossenschaft der Bescheid, daß die Rente vom Tage des Eingangs des Antrages auf Gewährung der Rente, also erst vom 28. Februar 1908, gewährt würde. Gegen diesen Bescheid erhob die Witwe Berufung und führte aus, daß der Arzt doch erst im Februar 1908, wie dieser in einem ausführlichen Gutachten selbst bestätigte, den Zusammenhang zwischen Unfall und Leiden erkannt habe. Es wäre ihr also doch nach Lage der Sache unmöglich gewesen, früher einen Antrag zu stellen. Das Schiedsgericht wies jedoch die Berufung ab und auch das Reichsversicherungsamt erkannte, daß der Rekurs unbegründet sei. Es könne eine Erhöhung der Rente gemäß der ausdrücklichen Vorschrift des § 89 Abs. 3 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes immer nur für die Zeit nach Anmeldung des Erhöhungsantrages gefordert werden. Es kommt daher nicht darauf an, ob ein ursächlicher Zusammenhang der Verschlimmerung mit dem Unfall vom Arzte erst sehr spät erkannt worden ist und demgemäß nicht früher beigemigt werden konnte.

Diese formale Auslegung der Verjährungsfrist sollte Verletzte veranlassen, in allen Fällen, in denen auch nur die Möglichkeit eines Zusammenhanges des neuen Leidens mit dem Unfall vorliegt, einen Antrag auf Erhöhung der Rente bei der Berufsgenossenschaft zu stellen.

Verdorbene Margarine für Seelente.

Ueber die Verfühlung auf der Austral-Linie wird von Hamburger Seelenten lebhaft geklagt. Ein Unfall auf dem Dampfer „Kostock“ zeigt die Berechtigung dieser Klagen. Auf der Reise nach und von Australien klagte die Mannschaft darüber, daß sie verdorbene, mit Schimmel überzogene Margarine statt Butter erhielten und lehnten den Genuß des verdächtigen Zeugs ab. Der Kapitän erlaubte, zwei Dosen des Materials von der Gesundheitspolizei untersuchen zu lassen. Der Befund der Untersuchung ging dahin:

„Die von Ihnen am 17. dieses Monats zur Untersuchung angemeldeten zwei Blechdosen Margarine (Sparfett) sind beanstandet worden, weil in der Ware das Sesamöl fehlt, weil sie mit Vorkäse konserviert worden ist und Wasser enthält. Die Ware wird auf Ihren Antrag vernichtet werden.“

Auf das Gesuchen, die beiden Dosen mitnehmen zu dürfen, wurde erwidert, daß dies nur gestattet werden könne, wenn die Margarine mit Petroleum durchseht werde und auch das Wiederanordnehmen zum Genuß wurde seitens der Untersuchungsstation verweigert. Die Matrosen haben bislang vergeblich Schabenexkurs für die ihnen nicht gewährte Kost, von der Reederei, die 9 Proz. Dividende verlangt, verlangt. Es drängen sich die Fragen auf: wo er hat die gesundheitsgefährdende Nahrung vor dem Auslauf des Schiffes kontrolliert? Werden die für die Lieferung des gesundheitschädlichen Kramms Verantwortlichen strafrechtlich verfolgt werden? Das Reichsamt des Innern hätte alle Veranlassung, die Sachlage nachzuprüfen, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und Maßregeln zu treffen, durch die in Zukunft ähnlichem vorgebeugt wird.

Von der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft.

Der Umfang der Berufsgenossenschaft hat nach dem soeben erschienenen Bericht im Jahre 1908 eine kleine Zunahme erfahren. Sie umfaßt 12 403 versicherte Betriebe, d. h. 279 mehr als im Jahre 1907. Nur sehr gering ist die Zahl der Versicherten gestiegen, ein deutliches Zeichen der herrschenden Krise. Sie beträgt jetzt 210 689 oder 443 mehr als im Jahre 1907. Nach den angegebenen Arbeitslöhnen betrug der Durchschnittslohn eines Versicherten im Jahre 1907: 1107 M., im Jahre 1908: 1116 M. Von einer „gewaltigen“ Lohnsteigerung in den Zeiten der Teuerung kann jedenfalls in der Metallindustrie Süddeutschlands hiernach keine Rede sein.

Von den versicherten Betrieben gerieten im Berichtsjahre 56 mit 777 Arbeitern in Konkurs.

In Unfällen kamen 14 098 im Berichtsjahre zur Anmeldung (gegen 14 274 im Jahre 1907). Auf 1000 Versicherte entfallen somit durchschnittlich 68,91 Unfälle.

Von den gemeldeten Unfällen wurden jedoch nur 2244 entschädigt, wovon 2080 Unfälle auf männliche Erwachsene und 164 auf weibliche Erwachsene entfielen, 143 auf Jugendliche männlichen Geschlechts und 3 weiblichen Geschlechts.

Wie üblich gibt uns der Bericht dann auch nur eine Uebersicht nach den einschädigsten Fällen.

Als Unfallfolgen werden angeführt: Tod in 70 Fällen, völlige Erwerbsunfähigkeit in 8 Fällen, teilweise Erwerbsunfähigkeit in 46 und vorübergehende Erwerbsunfähigkeit in 1225 Fällen.

Wieder zeigt es sich, daß die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaft völlige Erwerbsunfähigkeit der Verletzten fast nie kennen.

Wie sich die Berufsgenossenschaft um das Heilverfahren der Verletzten innerhalb der ersten 13 Unfallswochen kümmert, zeigt uns der Bericht. Uebernommen wurden ganze 50 Fälle und davon wurden in 45 Fällen „Erfolge“ erzielt. Die Kosten dieses Heilverfahrens betrugen ganze 1810 M. Die Krankenkassen haben also nach wie vor die Kosten des Heilverfahrens allein zu tragen.

Mit der Rechtsprechung der Schiedsgerichte war die Berufsgenossenschaft sehr zufrieden. Wurden doch von 6898 erlassenen Reutenbescheiden auf Ermäßigung oder Einstellung der Rente von den Verletzten nur 1242 Berufungen erhoben und von den Schiedsgerichten in 60 Proz. der Fälle zugunsten der Berufsgenossenschaft ohne weiteres erledigt.

Von den Rekursen der Verletzten hat das Reichsversicherungsamt in 77 Proz. der Fälle zugunsten der Berufsgenossenschaft entschieden. Weis kann man nicht verlangen und ist es mäßig gar nicht nötig, durch die neue Reichsversicherungsordnung auch die Rechtsprechung noch zu verschlechtern.

Revidiert wurden von den technischen Aufsichtsoffizieren der Berufsgenossenschaft 3110 Betriebe oder 24 Proz. der versicherten Betriebe. Der Bericht vergißt aber die Zahl der vorgefundenen Mängel und Verhöfe gegen die Unfallverhütungsvorschriften in der Gesamtsumme anzugeben, er führt sie nur einzeln auf. Kommt man aber dem nach, so ergibt sich, daß insgesamt 6445 Verhöfe vorliefen. Wie viele Mängel mögen die Beamten gar nicht gesehen haben?

Aus Industrie und Handel.

Was kosten und die Junker?

Dank dem Hilfsmittel des Einfuhrzollsystems kommen die deutschen Getreidebörsen voll auf den Inlandspreis zur Geltung. Rechnet man von der deutschen Ernte 20 Prozent für die Ausfuhr ab, dann ergibt sich dieses Rechengemittel. Es betrug im Jahre 1908:

| | Verkaufsquantum in Millionen Doppel-Zentner | mitteln Gesamtlast M. | |
|----------------------|---|-----------------------------|-------------|
| | | Zoll | |
| Weizen | 80,0 | 5,50 | 165 000 000 |
| Roggen | 85,6 | 5,00 | 428 000 000 |
| Malzgerste | 24,5 | 4,00 | 98 000 000 |
| Hafers | 61,6 | 5,00 | 308 000 000 |
| | | | 999 000 000 |

Von den rund 1000 Millionen ramschen den Löwenanteil die wegen der Erbschaftsteuer wild gewordenen eigentlichen Agrarier, die Großgrundbesitzer, ein. Die Kleinbesitzer, die nur wenig Korn verkaufen können, erzielen von der Zollbeute einen nur minimalen Anteil, der teilweise noch wieder durch Verteuerung anderer Artikel, die sie kaufen müssen, illusorisch gemacht wird. Mit den 1000 Millionen ist zudem erst der aus der Getreideverteuerung resultierende Betrag der Viebesgaben erzielt. Hinzu kommt die künstliche Verteuerung auf Fleisch, Gemüse, Obst usw. Ferner ist das Volk den Junkern durch die Branntweinliebesgabe und durch Steuerprivilegien aller Art tributpflichtig. Alles in allem ist das, was die Agrarier durch die Zoll- und Steuerpolitik sich aus der Tasche der konsumierenden Bevölkerung aneignen, mit 1 1/2 Milliarden Mark für das eine Jahr sicher nicht zu hoch geschätzt. Auf die fünfköpfige Familie berechnet, ergibt das eine Belastung von rund 140 Mark. Das ist der Tribut des armen Mannes für die Agrarier. Not, Elend und Verzweiflung herrscht in tausenden und abertausenden Proletarierfamilien; unzählige Kinder der Ausgebeuteten sinken infolge der Unterernährung ins Grab; der Hunger, wirtschaftliche Not ist für eine große Zahl armer Teufel die Ursache von Vergehen und Verbrechen — aber die Junker ergattern Milliarden aus Liebesgaben. Und — was nie vergessen werden darf: das Zentrum — dieser Spott einer Volkspartei — ist es, das alle Mienen springen läßt, um den Junkern die Liebesgaben zu erhalten und zu vermehren!

Syndikatsterror. Wie der „Frankf. Btg.“ berichtet wird, soll das Walddrahtsyndikat in der Weise zur Bildung eines Drahtsyndikats engagiert sein, daß es die Drahtsyndikatsmitglieder dem Drahtsyndikat beizutreten unter der Androhung, dem Widerstrebenden kein Rohmaterial mehr zu liefern. Für Syndikatsterroristen existieren ja keine Gesetze.

Schweinepreise.

Wie hoch die Schweinepreise sich teilweise über den vorjährigen Stand erheben, zeigt die folgende Aufstellung. Es kosteten 50 Kilogramm nach Lebendgewicht, Mitte Juni in Mark:

| | 1908 | 1909 | Steigerung im Mittel |
|-------------------------|-------|-------|-------------------------|
| Magdeburg | 48—50 | 54—58 | 8,— |
| Leipzig | 48—50 | 57—58 | 9,— |
| Dannover | 54—62 | 59—70 | 6,5 |
| Hamburg | 48—57 | 59—67 | 10,5 |
| Frankfurt a. M. | 54—63 | 68—71 | 11,— |
| Köln a. Rh. | 58—68 | 68—73 | 10,— |
| Düsseldorf | 52—60 | 68—70 | 10,5 |

Zum Teil sind die Preise der geringsten Sorten sogar noch stärker gestiegen als die der besten, so z. B. in Frankfurt, wo der Niederpreis um 14 Mark oder um 26 Proz. höher steht als im vergangenen Jahr.

Aus der Frauenbewegung.

Die Arbeiter-Zeitung.

Wissen ist Macht!
Bildung macht frei!

Mit dem Ersarken der modernen Arbeiterbewegung zieht ein Drängen und Sehnen nach Bildung und Wissen durch weite Volksschichten. Die denkende Arbeiterklasse empfindet, daß der Mangel an Wissen mit zu ihrer wirtschaftlichen und geistigen Knechtschaft beiträgt, sie versucht daher, guten gefunden Lesestoff in den Kreisen des Proletariats zu verbreiten, um dadurch die Denkfäulen aus ihrer Unwissenheit auszuräumen und für den Kampf um Recht und Freiheit zu begeistern. — Die Arbeiterpresse ist zwar bereits in riesiger Auflage in Stadt und Land verbreitet, aber es gibt doch noch Tausende und Abertausende Arbeiter und Arbeiterinnen, die kein Interesse für die Arbeiterzeitung haben und ihren Befehlsgeber mit minderwertigen Pressezeugnissen stillen.

Die Verleger der Schund- und Schauerromane spekulieren vor allem auf die Sensationslust der Frauen. Sie weisen den Autor an, die Kapitel durch Schilderungen von Mord und Totschlag, von Brandstiftungen, Giftmischereien und geheimnisvollen Entführungen möglichst „spannend“ zu gestalten.

Durch die den Geist vergiftende Lektüre sind besonders die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes an überspannten Lesestoff gewöhnt und die bürgerliche Tagespresse trägt diesem schlechten Geschmack der Frauen in weibendster Weise Rechnung; daher finden wir die sogenannten farbigen Wälder leider noch in vielen Arbeiterfamilien als alleinigen Unterhaltungsstoff. Den betreffenden Unternehmern kommt es nicht auf Bildung und Belehrung der Leser an, sondern auf Profit. Insbesondere müssen wir uns etwas mit dem „Nach Feierabend“-Unternehmen beschäftigen, da dies zum Schaden der Arbeiter stark verbreitet ist. Die Agenten dieser Firma durchziehen Stadt und Land und preisen in wohlgehefter Rede die Vorteile, die ein Abonnement dieser Zeitschrift bringt. Durch die Einführung einer Versicherung gegen Unfälle und Gewährung einer Unterstützung in Sterbefällen haben die Abonnentensammler eine gut funktionierende Leimrute für ihren Sempelsang.

Wehr als einmal ist der gerichtliche Rechtsweid erbracht worden, daß das „Nach Feierabend“-Unternehmen nichts als eine Spekulation auf die Dummheit ist und den Zweck hat, dem Verleger die Taschen zu füllen.

Darum hinaus aus der Arbeiterwohnung mit derartigen Schundliteratur! Das muß die Parole aller Frauen sein.

Das Besondere der Arbeiterklasse in Stadt und Land befreit unsere gut ausgestattete sozialistische Tagespresse, die über die wirtschaftlichen und politischen Zustände Aufklärung verbreitet und in der die Interessen des Volkes wirksam vertreten werden.

Auch für die Frauen bietet die Tagespresse eine Fülle von Anregungen für ihre Betätigung in der Bewegung auf allen Gebieten. Das gilt besonders auch von der „Gleichheit“ mit der prächtigen Kinderbeilage.

Mit Juli beginnt ein neues Quartal. Darum, Genossinnen: Werbt neue Leser für eure Zeitung. Werbt neue Abonnenten für den „Vorwärts“ und die „Gleichheit“!

Alle Unterdrückten und Entrechteten, die wollen, daß die bestehende Weltordnung des Unrechts einer anderen besseren Platz mache, haben die Pflicht, alle Waffen für ihren Kampf gebrauchsfähig zu gestalten. Und die Presse ist die gewaltigste Waffe, da durch sie die Köpfe revolutioniert und zum Nachdenken erbracht werden.

Lesefabende.

Weißensee. Montag, den 28. Juni, pünktlich 8 1/2 Uhr, beim Gewissen Koffkopf, König-Chaussee 68.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalkasse. Am heutigen Tage feiert der Musikklub „Catabia“, Charlottenburg, in den Räumen des „Charlottenburger Casino“ sein 16. Stiftungsfest.

Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß das Lokal „Hohenzollern-Garten“, Joh. Wwe. Gerlich, Landsberger Allee, der Arbeiterschaft zu Versammlungen verweigert wird und bitten wir, dies zu beachten.

Das Lokal „Restaurant Oberhavel“, Conradshöhe, steht der Arbeiterschaft zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Zweiter Wahlkreis. Die Genossen der 7. und 8. Abteilung veranstalten morgen, Sonntag, 27. Juni, nachmittags 8 Uhr, im wunderschönen Garten von Nabe, Fichtstr. 29, ein gemütliches Kaffeetocher (1 Liter 70 Pf., 1/2 Liter 35 Pf.).

Brig-Bunow. Morgen Sonntag, den 27. Juni, findet der Besuch von 2. Späths Baumgasse statt. Treffpunkt früh 1/8 Uhr im Lokal des Genossen Hoffmann, Rudower Straße 85.

Pankow. Morgen Sonntag, den 27. Juni, findet der gemeinsame Ausflug der Genossen und Genossinnen Panlois nach dem Görinsee statt und zwar vom Bahnhof Pankow-Schönhausen aus.

Reinickendorf-West. Sonntag früh 8 Uhr findet Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen aus statt.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag, den 27. Juni, findet eine Agitationstour nach Mühlenbeck und Umgebung statt.

Bernau. Heute abend 8 1/2 Uhr Wahlvereinsversammlung bei Stunze, Bürgermeisterstraße. Auf der Tagesordnung steht u. a. Fortsetzung des Vortragszyklus des Genossen Dr. Max Schütte über „Das Erfurter Programm“.

Mühlend. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, findet bei Meier die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Romawes. Morgen vormittag von 9 bis 12 Uhr werden die Beiträge des Wahlvereins in folgenden Lokalen einliefert: 1. Bezirk: Otto Nieme, Wallstr. 55; 2. Bezirk: Karl Gruhl, Pfeisterstr. 69; 3. Bezirk: Karl Gomoll, Großbeerenstr. 50.

Berliner Nachrichten.

Reiseflug.

Die Lust am Reisen ist das Vorrecht des Besitzenden geworden. Wer in jenem glücklichen, leichtlebigen Alter steht, wo der Mut in der Brust seine Spannkraft übt, greift wohl sorgenfrei nach Ranzen und Steden, wandert auf der Jagd nach dem Glück von einem deutschen Gau zum andern.

Welche kolossalen Summen die Reisefucht der besitzenden Klassen verschlingt, davon kann sich der Ärmere gar keinen Begriff machen. Was sie mit leichter Hand dem Eisenbahnfiskus hinwerfen, hat für bescheidene Menschen oft den Wert eines kleinen Vermögens.

Schon die Reisevorbereitungen der Bevorzugten, die allein zum Vergnügen geboren zu sein scheinen, erfordern Beträge von schwindelnder Höhe. Man will für sein Geld nicht die geringste Bequemlichkeit vermissen und spornet die verschiedenen Reiseindustrien zu immer neuen Anstrengungen an.

handelt in kleinen Dingen vom Arbeitsverdienst des einzelnen aus dem Volke in schmutzigster Gefinnung ein paar Pfennige ab. Wochenlang werden Dienerschaft und Geschäftsangestellte bis aufs Blut gepeinigt, bis die Nadelstichpolitik der verwöhnten Menschenschänderinnen nicht mehr zu malträtieren findet und das Signal zur Abfahrt gegeben wird.

Ob man das anspruchsvolle reiche Volk, das aus Berlin ins Gebirge und an die See zieht oder umgekehrt aus der Provinz die Reichshauptstadt „beehrt“, gern sieht? Nun ja, es sind Geldbringer. Aber als Persönlichkeiten sieht man diese fast immer äußerst geschwollen auftretenden Leute lieber von hinten als von vorn. Sie streuen den Mammon mit vollen Händen aus, weil es ihr Vorteil erheischt und die Quelle sich nimmer erschöpfen will.

Zur Babefaison

rüsten sich auch Zehntausende aus Proletariatschichten, die mit der „besten Gesellschaft“ nach den Saisonplätzen, Luftkurorten aller Art reisen, nicht zu ihrem Vergnügen, sondern um zu arbeiten, sehr schwer zu arbeiten. Hierzu gehört vor allem das Bedienungspersonal der Hotels, Restaurants usw., Kellner, Köche, Hausdiener, Zimmermädchen usw.

Legitimationskartenzwang.

Nach einer vom Minister des Innern den Agrariern zu Liebe erlassenen Verfügung, deren Rechtmäßigkeit von unseren Genossen im Reichstage wiederholt angefochten worden ist, dürfen Arbeiter nur beschäftigt werden, wenn sie sich gegen Erlegung von 2 M. von der Feldarbeiterzentrale eine Arbeiterlegitimationskarte besorgen.

Legitimationskartenzwang.

Nach einer vom Minister des Innern den Agrariern zu Liebe erlassenen Verfügung, deren Rechtmäßigkeit von unseren Genossen im Reichstage wiederholt angefochten worden ist, dürfen Arbeiter nur beschäftigt werden, wenn sie sich gegen Erlegung von 2 M. von der Feldarbeiterzentrale eine Arbeiterlegitimationskarte besorgen.

Die weit dieser Legitimationszwang geht, dafür ein Beispiel. Der Arbeiter Julius K. ist im Jahre 1879 in Berlin geboren. Sein Vater war im Jahre 1875 aus Rußland nach Berlin gekommen und ist im Jahre 1880 hier gestorben.

Er kann das zwar nicht begreifen, aber es wird ihm nichts weiter übrig bleiben, als der Aufforderung der Polizei nachzukommen, will er nicht riskieren, als „Ausländer“ in die „Helmat“, die er gar nicht hat, abgeschoben zu werden.

Die Freie Vereinigung der Inhaber von Privatkliniken in Groß-Berlin hat in ihrer Sitzung am 16. Juni d. J. einstimmig beschlossen, vom 1. Juli d. J. ab den Verpflegungssatz für Kranken- (Kommunal- und Dienstkosten usw.) entsprechend den Sätzen der öffentlichen Krankenhäuser zu erhöhen.

Eine amtliche öffentliche Warnung gegen eine Kranken-Unterstützungskasse erläßt der Regierungspräsident Graf v. Bernstorff,

und zwar gegen die „Deutsche Kranken-Unterstützungskasse“ in Kassel, die am 4. Februar 1907 als eingeschriebene Hilfskasse zugelassen wurde und deren Tätigkeit sich über das ganze Deutsche Reich erstreckt.

Wir haben bereits wiederholt vor dem Beitritt zu der oben genannten Kasse gewarnt, die wir überhaupt abstraten, Kassen beizutreten, die durch Agenten alle möglichen Versprechungen machen lassen, die im Erkrankungsfall nicht gehalten werden.

Der Pflanzensuchtgarten, der von der städtischen Parldputation auf Treptower Gebiet eingerichtet werden sollte, kommt nicht an diese Stelle. Der Magistrat ist dem Beschluß der Parldputation nicht beigetreten.

Aus Furcht vor kriegsgerichtlicher Bestrafung unternahm vorgestern der Oekonomiehändler Otto C. von der 4. Kompanie der Unteroffizierschule einen Selbstmordversuch.

Straßensperrung. Aus Anlaß der heute mittag 12 Uhr im Rathaus stattfindenden Weerdigungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Stadivordneters Dr. Langerhans werden von 11 Uhr vormittags ab bis nach Beendigung der Feierlichkeiten die Königstraße von der Klosterstraße bis zur Kurfürstenbrücke, die Spandauer Straße, Jüdenstraße und Hoher Steinweg zwischen Rolfenmarkt und Stralauer Straße einerseits und Kaiser-Wilhelm-Straße andererseits für den Verkehr nach Bedarf gesperrt.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht in Geschichte findet heute, Sonnabend, um 8 1/2 Uhr statt.

Wer kennt den Toten? Am 23. d. Mts., nachmittags gegen 6 1/2 Uhr, verstarb vor dem Hause Tauffstraße 46 ein zirka 65 bis 70 Jahre alter, dem Arbeiterstande angehörender Mann anscheinend am Herzschlag.

Verlorene Notizen. Am Sonntagvormittag sind in einem Vorortzug Schleißer Bahnhof-Erner Notizen liegen geblieben, die teils mit dem Stempel des Gesangvereins „Nordwacht“ und teils mit „Steinwelle“ versehen waren.

Feuerwehbericht. Die Berliner Feuerwehr wurde gestern nach der Friedrich-Wilhelm-Str. 21 gerufen, wo abends Stroh, Lumpen, Holz, Wände u. a. brannten.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte am Donnerstag abends drei Stunden in der Holbeinstraße zu tun. Der Lagerplatz der Firma Hartmann u. Lidtenberg stand dort in großer Ausdehnung in Flammen.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte am Donnerstag abends drei Stunden in der Holbeinstraße zu tun. Der Lagerplatz der Firma Hartmann u. Lidtenberg stand dort in großer Ausdehnung in Flammen.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte am Donnerstag abends drei Stunden in der Holbeinstraße zu tun. Der Lagerplatz der Firma Hartmann u. Lidtenberg stand dort in großer Ausdehnung in Flammen.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte am Donnerstag abends drei Stunden in der Holbeinstraße zu tun. Der Lagerplatz der Firma Hartmann u. Lidtenberg stand dort in großer Ausdehnung in Flammen.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte am Donnerstag abends drei Stunden in der Holbeinstraße zu tun. Der Lagerplatz der Firma Hartmann u. Lidtenberg stand dort in großer Ausdehnung in Flammen.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte am Donnerstag abends drei Stunden in der Holbeinstraße zu tun. Der Lagerplatz der Firma Hartmann u. Lidtenberg stand dort in großer Ausdehnung in Flammen.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte am Donnerstag abends drei Stunden in der Holbeinstraße zu tun. Der Lagerplatz der Firma Hartmann u. Lidtenberg stand dort in großer Ausdehnung in Flammen.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte am Donnerstag abends drei Stunden in der Holbeinstraße zu tun. Der Lagerplatz der Firma Hartmann u. Lidtenberg stand dort in großer Ausdehnung in Flammen.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte am Donnerstag abends drei Stunden in der Holbeinstraße zu tun. Der Lagerplatz der Firma Hartmann u. Lidtenberg stand dort in großer Ausdehnung in Flammen.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte am Donnerstag abends drei Stunden in der Holbeinstraße zu tun. Der Lagerplatz der Firma Hartmann u. Lidtenberg stand dort in großer Ausdehnung in Flammen.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte am Donnerstag abends drei Stunden in der Holbeinstraße zu tun. Der Lagerplatz der Firma Hartmann u. Lidtenberg stand dort in großer Ausdehnung in Flammen.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte am Donnerstag abends drei Stunden in der Holbeinstraße zu tun. Der Lagerplatz der Firma Hartmann u. Lidtenberg stand dort in großer Ausdehnung in Flammen.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte am Donnerstag abends drei Stunden in der Holbeinstraße zu tun. Der Lagerplatz der Firma Hartmann u. Lidtenberg stand dort in großer Ausdehnung in Flammen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Stadtvorordnetenversammlung. Am Donnerstagabend fand die letzte Sitzung vor den Ferien statt. Stadtvorordnetenvorsteher Sander eröffnete diese mit einer dem verstorbenen Berliner Ehrenbürger und ehemaligen Stadtvorordnetenvorsteher Dr. Langerhans gewidmeten Gedenkrede, welche die Versammlung lebhaft anhörte.

Die vom Magistrat vorgelegten Vertragsangebote zur Regulierung eines Teils der Straße 15 (Treptower Straße) genehmigte die Versammlung.

Bedachten Widerspruch fand die Vorlage auf Abänderung des Bebauungsplanes im Block zwischen Weigand-Allee, Weser-, Rosseger- und Teupfer Straße. Hier war zwischen den beiden letzten Straßen eine neue von 28 Meter Breite vorgesehen.

Stadtv. Wughy (Soz.) wandte sich energisch gegen den Entschluß des Ministers, der — wie Redner sagt — in demselben die Geschäfte einer privaten Grundstückspekulationsgesellschaft besorgt und das Allgemeininteresse außer acht gelassen hat.

etwas Luft geschaffen werden soll, trete der Minister hindernd in den Weg. Der vom Magistrat beabsichtigte Ausgleich durch Anlegung einer weiteren Straße von 19 Meter sei unbefriedigend und bedeute dadurch, daß die das Grundstück der genannten Bank durchschneidet und bedeutend im Werte steigert, geradezu noch eine Prämie an die letztere. Auch ästhetisch sei die in schiefer Lage geplante neue Straße nicht akzeptabel, da sie das Stadtbild verunzieren dürfte.

Die Stadtverordneten Abraham, Gasemann und Wehne waren ebenfalls unbefriedigt von der Vorlage und verlangten größeres Entgegenkommen gegenüber den städtischen Interessen. Die beiden letztgenannten wünschten Ausparatierung eines Platzes. Der Antrag des ersteren, eine Kommission mit dahingehenden erneuten Verhandlungen zu betrauen, wurde nach Zustimmung des Bürgermeisters Dr. Weinreich angenommen; die Stadtverordneten Gasemann, Kuhlmann und Wupf (Soz.) wählte die Versammlung in diese Kommission.

Im Einverständnis mit der Beleuchtungsdeputation beantragte der Magistrat, daß die sämtlichen Vorbereitungen für das demnächst zu erbauende Elektrizitätswerk sowie die Bauleitung sofort einer geeigneten Personlichkeit übertragen werden, die nach Fertigstellung des Werkes gleich als Betriebsleiter in Betracht zu ziehen ist. Die Anstellung soll nach einem Probejahr mit 7500 M. Gehalt auf Privatdienstvertrag und vierteljährliche Kündigung erfolgen. — Die Vorlage gab zu einer lebhaften Kontroverse zwischen den Stadtverordneten Gröpler und Abraham einerseits und den Stadtverordneten Prager (Soz.), Conrad (Soz.), Weermann und Just andererseits, welche auf der Verhinderung der ersten besist, daß die Person bereits, vor Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung, gewählt sei. Bürgermeister Dr. Weinreich bezeichnete diese Auffassung als irrig, worauf der Magistratsantrag genehmigt wurde.

Der Magistrat ersuchte die Versammlung, sich mit der weiteren Mietung der Räume im Hause Kaiser-Friedrichstraße 207, in denen die 1. Hilfschule für schwachbegabte Kinder untergebracht ist, einverstanden zu erklären. Die Vorlage sind Gutachten des Schulleiters Gasse und des Schulrates Dr. Schönesfeld beigegeben, welche die Beibehaltung der Räume für die Schule befürworten. — Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) wandte sich entschieden gegen die Vorlage. Bereits bei Errichtung der Schule hätte die Sozialdemokratie diese Schulräume abgelehnt, weil sie absolut unzureichend waren und weil sie wußte, daß, einmal eingerichtet, der geschaffene Zustand bereinigt würde. Diese Voraussetzung hat sich prompt erfüllt. Eine Kritik des ärztlichen Gutachtens sei ihm besonders unangenehm, da er seinen Verfasser sonst schätze; trotzdem ist es in vielen Punkten als laienhaft zu bezeichnen und wissenschaftlich von einem Schulhygieniker nicht zu verantworten. Die Feststellungen seien ohne jede wissenschaftliche Methode getroffen, habe man doch zugunsten der Sache die Luft lediglich mit der Nase geprüft. Demgegenüber stellte Redner infolge eigener Bestätigung fest, daß die Belüftung der Klassenräume nach dem inneren Hof ganz ungenügend und das Treppenhäuser außerordentlich eng und dunkel ist, ein Umstand, der Personen bei Feuergefahr fürchten läßt. Die Bänke in den Schulklassen machten den Eindruck, als ob sie einem Museum für ungewöhnliche Schulsitzstühle entnommen sind. Wenn all diese Mängel von den Gutachtern übergangen würden und gar noch gesagt werde, daß „gegen Benutzung der vierten Etage nichts einzuwenden“ ist, so zeigt das, wie diese Zusammenfassungen wurden — auf besonderen Wunsch womöglich! Die sozialdemokratische Fraktion lehnte die Vorlage entschieden ab und forderte den Bau eines besonderen Schulhauses für Schwachbegabte. Dazu war man aber wieder nicht zu haben, obwohl gerade jetzt die Stadt für eine Privatnachtschule ein Gebäude errichtet. Für die höheren Töchter wird also alles getan — für die bedauernswertesten unter den Proletariatskinder schafft man nur das Allernotwendigste!

Bürgermeister Dr. Weinreich wandte sich erregt gegen die von der Mehrheit wiederholt unterbrochenen Ausführungen des Vorredners. Von „erhlichen Mißständen“ — so sagte er — könne man nicht reden. Neben den Fehlern hätten die Schulräume auch Vorzüge, beispielsweise ihre zentrale Lage. Berlin habe noch 300 Riettschulhäuser und doch hätten die Genossen Dr. Silberstein in der Berliner Rathshaus noch nie dagegen sich gewandt. Die harte Kritik des letzteren sei deshalb nicht zu verstehen und wohl nur agitatorisch angebracht.

Der Vorschulleiter Stadt. Rosenow suchte ebenfalls die angelegten „Vorzüge“ der jetzigen Schulräume herauszustreichen, bemängelte dann aber verschiedenes daran, um aber doch zum Schluß diese als durchaus brauchbar zu erklären.

Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) replizierte, daß ja der satzung bekannte Schluß der Rede des Bürgermeisters auch heute wie immer den Beifall der Mehrheit gefunden habe, trotzdem würde er eine Unterstellung, welche die Sozialdemokraten energisch zurückweisen. Wenn der Bürgermeister sagt, ein besonderer Schulbau würde die Stadt in unzulässiger Weise belasten, so sei das sehr bezeichnend. Herr Rosenow gab sich immer als menschenfreundlicher Schulmann; heute habe er das auch bei Riettschulhäusern von jedem Einsichtigen zu vermerken. Die vierte Etage selbst für die Schule gut geeignet. Nach langer, teils erregter Debatte wurde die Magistratsvorlage mit 25 gegen 23 sozialdemokratische Stimmen genehmigt.

Der Errichtung von zwei Oberlehrerstellen an der Oberrealschule und einer Oberlehrerstelle an der Realschule stimmte die Versammlung zu, ebenso der Verlegung des städtischen Arbeits- und Wohnungsnachweises von der Steinmetzstraße 3 in größere und bessere Räume.

Die vorgelegte, abgeänderte Umschlagsteuerordnung wurde nach kurzer Debatte unbeanstandet angenommen.

Hierauf fand eine geheime Sitzung statt.

Charlottenburg.

Die freie Jugendorganisation Charlottenburg veranstaltet am morgigen Sonntag eine Spielpartie nach der Jungfernhöhe, Spielplatz am Königsdamm, für die arbeitende Jugend beiderlei Geschlechts. Spielmaterial ist genügend zur Stelle. Die Teilnehmer treffen sich nachmittags 2 Uhr am Wilhelmplatz. — Rückmarsch ist 1/2 9 Uhr. Jeder Jugendliche willkommen.

Röpend.

Durch die brave Rettungstakt zweier Schulknaben wurde gestern die sechsjährige Tochter Feida des Kaufmanns Jöblich aus der Kaiser-Wilhelmstraße vor dem Tode bewahrt. Die Kleine war in das Mühlentief, ein gefährliches sumpfiges Gewässer, gestürzt. Die beiden zehnährigen Schulknaben Gräß und Lehmann, die den Vorgang beobachtet hatten, retteten das Mädchen.

Treptow-Daunshulenberg.

Am morgigen Sonntag nachmittags 4 Uhr veranstaltet der Gesangsverein „Liedesfreundschaft“, Daunshulenberg, in der Königsfelde ein Waldfest. Da der Verein bei Arbeiterfesten stets mitwirkt, so werden die Genossen gebeten, sich mit Familie recht zahlreich an dem Feste zu beteiligen.

Rummelsburg.

Die Gemeindevertretung lehnte in ihrer letzten Sitzung die Errichtung einer aus Brausebädern und Schwimmbassin bestehenden Volksbadeanstalt nach längerer Debatte gegen die Stimmen unserer Vertreter und die des einen bürgerlicher Vertreters Kühn einstimmig ab. Mit 13 gegen 9 Stimmen wurde dagegen aber die Errichtung einer Brausebadeanlage mit der Möglichkeit einer späteren Vergrößerung resp. Angliederung eines Schwimmbassins beschlossen. Recht bezeichnend für die Rückständigkeit des Gemeindevorstandes ist es hierbei, daß derselbe in seiner Mehrheit auch gegen diesen Beschluß stimmte. Vom Gemeindevorstand stimmten dafür nur Bürgermeister Dr. Hahn und Beigeordneter Assessor Köhler. Bereits bei der Etatberatung für 1907 hatte die Gemeindevertretung der Errichtung einer aus Schwimmbassin und Brausebädern bestehenden Volksbadeanstalt die Zustimmung er-

teilt, es wären seinerzeit auch gleichzeitig 1000 M. für die Arbeiten im Etat eingesetzt — und eine Sonderkommission für diesen Zweck gewählt worden. Diese Sonderkommission hat in der Zwischenzeit an verschiedenen Orten Besichtigungen solcher für die hiesige Gemeinde in Frage kommenden Badeanstalten vorgenommen und auch drei entsprechende Projekte, welche mit einem Kostenanschlag von 205 000 M., 330 000 M. und 375 000 M. veranschlagt sind, der Gemeindevertretung vorgelegt. Unsere Genossen Jahn und Köhler wiesen nochmals in recht eindringlicher Weise auf die große Bedeutung eines solchen Volksbades in gesundheitlicher wie erzieherischer Beziehung hin, und gaben auch der Ueberzeugung Ausdruck, daß es eine Ehrenpflicht der Gemeinde sein müßte, auf diesem Gebiete höhere Ansprüche zu stellen und zu befriedigen, auch könne ein etwaiger jährlicher Gemeindefußschuß von 10—15 000 M. für solchen Zweck nicht als zu hoch bezeichnet werden, da andererseits durch solche der Allgemeinheit zugute kommenden Einrichtungen das Ansehen der Gemeinde beträchtlich gehoben wird. Unsere Vertreter predigten aber tauben Ohren, es war für die bürgerlichen Vertreter eine abgemachte Sache, daß ein Volksbad mit Schwimmbassin nicht gebaut werden darf; sie erklärten in dem hierzu etwa benötigten Gemeindefußschuß die Gefahr, daß der Kommunalsteuerausgleich zur Staatseinkommensteuer im nächsten Jahre dadurch nicht herabgesetzt werden könnte. Bürgermeister und Beigeordnete, welche beide wohl innerlich für das Projekt eines Volksbades mit Schwimmbassin waren, wagten leider gegen die Macht der Hausbesitzermajorität nicht zu opponieren. — Für die Groß-Wasserabnehmer in Oberschöneweide wird nach einer Vorlage des Gemeindevorstandes folgender Stufentarif genehmigt. Bei einem Vierteljahrverbrauch bis zu 1000 Kubikmeter sind pro Kubikmeter 30 Pf., bei einem Verbrauch von über 1000—2000 Kubikmeter 25 Pf., bei einem Verbrauch von über 2000—3000 Kubikmeter 20 Pf. und bei einem Verbrauch von über 3000 Kubikmeter 15 Pf. pro Kubikmeter zu zahlen. Nachdem die Wahlen von mehreren Armenkommissionsmitgliedern wie die Wahl der Mitglieder der Vereinskassendirektion vorgenommen worden waren, fand eine Aussprache über die Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Verlängerung der Weiserstraße nach der Kanistraße statt. Die Aufstellung eines solchen Bebauungsplanes macht sich aus dem Grunde nötig, um eventuell später eine Straßenunterführung an dieser Stelle unter dem Nordring herzustellen zu können. Da die Sache noch nicht genügend geklärt erscheint, wurde Verlegung beschlossen.

Reinickendorf.

Großes Aufsehen verursachte vorgestern das Beginnen eines Weistandes in der Schornweberstraße. Der Schuhmacher Hermann J. aus der Schornweberstr. 184 war plötzlich vom Jerninn befallen worden und in seinem Zustande entlegte er sich seiner Kleidung und eilte auf die Straße hinab. J. wurde nach seiner Wohnung zurückgebracht und später nach der Jerninnstraße in Dalldorf übergeführt.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Nach Erledigung mehrerer eingegangener Schreiben und zweier dringlicher Vorlagen genehmigte die Versammlung den Vertrag mit der elektrischen Straßenbahn Spandau-Ronnenndamm G. m. b. H. über die gemeinsame Benutzung der dem Personen- und Güterverkehr dienenden Strecken. Bekanntlich hat die Bahn nach dem Ronnenndamm die Firma Siemens u. Schudert gebaut. Diese Bahn dient auch fremden dem Güterverkehr. Mit dem 1. Juli cr. geht nun der Personenverkehr in das Eigentum der Stadt über, während der Güterverkehr der Erbauerin der Bahn verbleibt. Der Vertrag regelt nun die gemeinsame Benutzung der Strecken. — Das Deutsche Zentralkomitee für Tuberkulosebekämpfung hat auch die Bekämpfung des Lupus übernommen. Die Versammlung stimmte dem Vorschlag des Magistrats, sich mit einem jährlichen Beitrag von 100 M. zu beteiligen, zu. — Am Februartag, welche Feiertag sich nach Abbruch des Tores und nach Aufschüttung des Festungsgrabens in einer sehr traurigen Verfassung befindet, soll nunmehr eingestrichelt werden. Die Versammlung bewilligte zu diesem Zweck 42 800 M. — Der Magistrat beschäftigt, mit der Eisenbahnverwaltung ein Abkommen zu treffen über die Ausführung der aus Anlaß der Eisenbahnbauten notwendigen Änderungen in der Staatseisenbahn und Kauerer Straße. Diese Änderungen sollen darin bestehen, daß die Kauerer Straße überführt wird und zwar nur in einer Höhe von 3,80 Meter und einer Breite von 10 Metern. Die Kosten der Stadt sind sehr erhebliche, etwa 300 000 M., der Beitrag der Eisenbahnverwaltung sehr niedrig, etwa 20 000 M. Die Versammlung stimmte denn auch, nachdem verschiedene Protestbriefe seitens dortiger Anwohner gegen diese Verschandelung der Straße verlesen, der Vorlage nicht zu, sondern wählte eine gemischte Kommission, welche die Sache mit der Eisenbahnverwaltung weiter behandeln soll. — Von der Versammlung wurde genehmigt, daß bei der Gothaer Lebensversicherungsgesellschaft ein Darlehen von 2 1/2 Millionen Mark als Teilbeitrag auf die 31 Millionen anleihe unter folgenden Bedingungen aufgenommen wird: 1. 4 Proz. Zinsen, 2. 1/2 Proz. Abschlußprovision abzüglich 1/4 Proz. Stempelkosten, 3. Guthrift der Amortisationsraten bei Zahlung und beiderseitige zehnjährige Untilbarkeit. — Von den Ueberprüfungen des Rechnungsjahres 1908 waren in voriger Sitzung dem Steuerausgleichsfonds 41 000 M. überwiesen. Es war aber übersehen worden, daß hieron bereits vorher 10 000 M. dem Bürgerhospital überwiesen worden waren. Folgedessen beschloß die Versammlung, nur 31 000 M. dem Steuerausgleichsfonds zu überwiesen. Es wurde auch ferner beschlossen, daß die ebenfalls schon früher aus den Ueberprüfungen des Jahres 1908 bewilligten 4400 Mark für Neuausschüttung der Kalkenlagerer Uhauffe, die man ebenfalls vergessen hatte, dem Straßenregulierungsfonds entnommen werden. — Anlaß eines Fehlers in der Rechnung wie bei der Ausschreibung war der Firma Verhe u. Rippert, welcher die Kanallegung in der Adamstraße übertragen worden war, bedeutende Mehrarbeit erwachsen, die Firma forderte deshalb von der Stadt den Betrag von 13 380 M. Es hat aber eine Einigung mit der Firma stattgefunden, welche sich mit 10 000 M. zufrieden geben will. Diese Summe wurde auch von der Versammlung bewilligt. Mit der Weiterverfolgung der Angelegenheit, namentlich aber um festzustellen, wer den Fehler im Bauamt gemacht, wurde eine bereits bestehende Kommission beauftragt, die in kürzester Zeit der Versammlung Aufklärung geben wird. Stadtverordneter Wenosse Schmidt I verlangte, daß bevor eine Mehrarbeit ausgeführt wird, erst die Deputation davon Kenntnis erhält, was im vorliegenden Fall nicht geschah. Auf die Aufklärung, welche die Kommission geben wird, darf man ja gespannt sein. In der Stadt preisen es zwar schon die Spähen von den Dächern, an dem die Schuld liegt, aber die Versammlung ist vorsichtig, sie will erst untersuchen. — Mit dem 1. Juli cr. geht nunmehr die Straßenbahn in städtischen Besitz über. Die Straßenbahndeputation hat sich deshalb veranlaßt gesehen, auch des Personals der Straßenbahn zu gedenken. Wie gewöhnlich fing man beim oberen Ende an. Es wurde vorgeschlagen, den Direktor, den Kassierer, den Meister, den Streckenrevisor und den Oberkontrolleur aus sechsmonatlicher Kündigung mit Pensionberechtigung anzustellen, über das übrige Personal, namentlich über die Wagenführer, Arbeiter und Schaffner, schied sich die Vorlage bllig aus. Erst auf eine energische Anfrage des Stadtverordneten Genossen Schmidt I erklärte der Oberbürgermeister, daß das übrige Personal vorläufig auf Dienstvertrag mit Kündigung angestellt werde. Der Stadtverordnete Prager machte noch die weise Bemerkung, daß die Angestellten der Straßenbahn mit dieser Anstellung glücklich und zufrieden seien und man möge die Leute doch glücklich und zufrieden sein lassen. Die Straßenbahner könnten dem Stadtverordneten Prager, der ein ganz gewiegter Kaufmann ist und seinen Parteil sehr wahrzunehmen versteht, einmal einen Einblick in ihre Gläubigkeit und Zufriedenheit bei 90—100 M. Monatslohn und 14tägiger Dienstzeit tun lassen. Die Vorlage wurde genehmigt.

— Für die Hilfeleistung bei dem Unglücksfall am Gasbehälter auf dem Ronnenndamm bewilligte die Versammlung 150 M., welche als Belohnung an die betreffenden Personen verteilt werden sollen.

Am morgigen Sonntag veranstaltet der Turnverein „Freie Turnerschaft“ im Steinebadchen Lokal ein Vereinsfest. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich hierzu zu beteiligen.

Gerichts-Zeitung.

Zum Geheimratsprozeß.

In dem Prozeß Hamann wird der seltene Fall eintreten, daß in einem Schmutzgerichtsverfahren ein Nebenkläger auftreten wird. Professor Bruno Schmitz in Charlottenburg hat den Antrag auf Zulassung als Nebenkläger gestellt. Der Antrag beruht auf Art. 2 § 435 der Strafprozeßordnung. Er besagt: Die Befugnis, sich der erhobenen öffentlichen Klage in jeder Lage des Verfahrens als Nebenkläger anzuschließen, steht demjenigen zu, welcher durch einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung die Erhebung der öffentlichen Klage „herbeigeführt“ hat, wenn die strafbare Handlung gegen sein Leben, seine Gesundheit, seine Freiheit, seinen Personenstand oder seine Vermögensrechte gerichtet war.“ Der dieser Bestimmung zugrundeliegende Gedanke ist folgender: Wenn die Staatsanwaltschaft einem bei ihr angebrachten Antrage auf Erhebung der öffentlichen Klage keine Folge leistet, so steht dem Antragsteller das Recht der Beschwerde und schließlich der Antrag auf gerichtliche Entscheidung zu. Hat jemand in dieser Weise eine Entscheidung des Oberlandesgerichts herbeigeführt und die Staatsanwaltschaft genügt, gegen ihren Willen die öffentliche Klage zu erheben, so soll, wie Löwe in seinem Kommentar ausführt, ihm auch die Möglichkeit gegeben werden, in der Untersuchung als Partei neben der Staatsanwaltschaft aufzutreten und unabhängig von der letzteren auf die Untersuchungsführung einzuwirken. Sämtliche Voraussetzungen treffen hier zu. Professor Schmitz hat gegenüber den ablehnenden Beschlüssen der Staatsanwaltschaft eine Entscheidung des Kammergerichts herbeigeführt und er fühlt sich durch den vom Geheimrat Hamann geleisteten Eid in seinen Vermögensrechten verletzt. Rechtsanwalt Leonhard Friedmann hat gegen die Zulassung des Nebenklägers Einspruch erhoben, die 7. Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Splettstößer hat jedoch gestern die Zulassung beschlossen. Prof. Schmitz wird als Nebenkläger durch Justizrat Bernstein-Rünchen vertreten werden.

Der Ausschluß der Öffentlichkeit

wurde bei den weiteren Verhandlungen gegen Frau Major Hedwig Kolan vom Hofe beibehalten. Der Staatsanwalt Weismann beantragte 9 Monate Gefängnis. Wie aus dem öffentlich verhandelten Urteil hervorgeht, handelte es sich um 2 Fälle des Betruges, 4 Fälle der Unterschlagung und um Kontursvergehen. Als Beschädigte waren eine Anzahl Fabrikanten und Händler aufgetreten, die der Angeklagten teilweise unter Eigentumsvorbehalt Gegenstände verkauft haben, wobei sie deren Angaben, daß sie einen jährlichen Verkauf von mehreren Tausend Mark von ihren Eltern bekomme und das Einkommen ihres Ehemannes 12 000 M. betrage, Glauben schenkten und gleichzeitig sich dadurch blenden ließen, daß die Angeklagte einen mehr als wahnwütigen weißen Saphir ihr Eigen nannte, der einen Wert von mehreren Hunderttausend Mark haben sollte. Außerdem sollte sie fälschlicherweise die Höhe ihrer Schulden nur auf 15 000 M. angegeben haben. Der Gerichtshof hat die Angeklagte in den Fällen des Betruges freigesprochen. Nach seiner Ansicht habe sie wohl geglaubt und gehofft, daß sie die Mittel zur Verdrückung der Gläubiger finden würde und nicht von vornherein die Absicht gehabt, diese zu betrügen. Sie sei von unbegrenztem Optimismus erfüllt und habe, als die Verhältnisse schon schlecht wurden, immer noch geglaubt, sie würde von befreundeter Seite Hilfe erhalten und schließlich habe sie auch auf den Wert des Saphirs große Hoffnungen gesetzt. Auch in den 4 Fällen der Unterschlagung, bei denen es sich darum handelte, daß die Angeklagte Sachen, die noch nicht in ihr Eigentum übergegangen waren, veräußert hatte, kam der Gerichtshof zu einer Freisprechung. Dagegen hielt er die Tatbestandsmerkmale des Kontursvergehens durch übermäßigen Aufwand für erfüllt. Die Ausgaben der Angeklagten überschritten doch weit die Grenzen, die ihr auch nach ihrem Vorleben gezogen waren. Sie hat nach Annahme des Gerichts auf sehr großem Fuße gelebt, war gewohnt, sehr große Geldsummen auszugeben und hatte schließlich jede Schätzung für den Wert des Geldes verloren. Dazu kamen große Reisen, die in erster Linie wohl dem Zweck dienten, den Saphir zu verkaufen, daneben aber habe das Vergnügen eine große Rolle gespielt und große Geldsummen erfordert. Sehr erheblich waren die Ausgaben für Toiletten und Edelsteine auch zu einer Zeit, wo ihre Verhältnisse schon schlecht waren, dazu treten die Gesellschaften in dem Hotel Continental, die Saloneinrichtung für 14 000 M., erhebliche Geschenke, die sie gemacht hat usw. Sie hat ihre Bedürfnisse nicht eingeschränkt können, ihre Schuldenlast dadurch angehäuft und viele Leute um ihre zum Teil berechtigten Forderungen gebracht. Widerwärtige Umstände sind ihr zugebilligt aus ihrer ganzen Persönlichkeit und ihrem Vorleben heraus. (Sie war Juchzweierlein, dann eine geschiedene Frau von Bohrdt.) Sie ist, wie der Vorsitzende ausführte, weniger durch eigene Schuld, als hauptsächlich durch Schuld anderer auf den Weg geführt worden, in Saub und Braus zu leben, andererseits ist ihre durch ihren Ehegatten bestärkt worden, daß sie ihre Pflichten als Hausfrau und Mutter voll und ganz erfüllt hat. Das Gericht beurteilte die Angeklagte zu 1000 M. Geldstrafe od. 100 Tage Gefängnis.

Der Ausschluß der Öffentlichkeit ist unverständlich. Es sind eine Reihe Geschäftsleute geschädigt. Vor zwei Jahren ist Konturs gemacht. Seitens des nicht angeklagten Majors ist ein Manifestationseid geleistet. Sexuelle Dinge dürften schwerlich bei den Anklagepunkten eine Rolle gespielt haben. Weshalb also der Ausschluß der Öffentlichkeit? Ist begründete Annahme vorhanden, daß durch die Bloßlegung der Lebensverhältnisse Solcher „bon“ oder durch die Art ihrer Verteidigung die „Ehrlichkeit“ gefährdet wird?

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 27. Juni cr., vormittags 9 Uhr, in der Halle, Pappelallee 15—17: Freiwillige Vorlesung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schule, Kleine Hennrichstr. 6: Vortrag des Herrn M. H. Voage über: „Der materialistische Nihilismus“. — Damen und Herren sind als Gäste sehr willkommen. — Allgemeine Familien-Tierbefähigung. Heute Zahlung und Aufnahme Karte. 123 und Mariannestr. 48 im Restaurant von 3—6 Uhr. — Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metarkbeiter (E. H. 29) Damburg. Filiale Berlin 5. Heute abend 9 1/2 Uhr bei Freiheit, Dragonenstr. 15: Mitgliederversammlung. Wahl. — Filiale Nieder-Schöneweide. Sonntag, den 27. Juni, vormittags 9 Uhr: Mitgliederversammlung bei F. Wornetz, Wilhelmienhofstr. 18.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Übersichts-Anzeige über die Verhandlungen des 3. und 4. Sitzungsganges, vier Treppen, 1. Badstr. 11, nachmittags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. — Die 7. Sitzung des 7. Sitzungsganges beginnt die Übersichts-Anzeige um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuch und eine Zahl als Verzeichnis beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Veranstaltung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Einige Fragen trage man in der Übersichts-Anzeige vor. — M. 29. Das Schulgeld für den Besuch der Lehranstalt Mittelstufens und der Verlässe ist für Berliner Einwohner auf 50 M., für solche reichsdeutsche Schüler, die nicht in Berlin wohnen, auf 100 M. und für Ausländer auf 400 M. halbjährlich festgesetzt. 2. Rein; wenn die nötige Qualifikation vorhanden. 3. Ja. 4. Wenden Sie sich an den Direktor Volk, an der Lehranstalt Mittelstufens in der Müllerstraße. — M. 29. 11. Wegen der Steuerdeputation den Sachverhalt dar und beantragen Sie Rückzahlung des zu Unrecht erhobenen Steuerbetrages. — M. 29. Leider nein. — M. 29. 81. Eine Klage hätte Aussicht auf Erfolg. Unabhängig ist das Gemeindegeld. — U. P. 7. Wenden Sie sich an Genossen Simonowitsch, Engelstr. 13, der in der Kenntnis der Zuständigkeit der einzelnen Klassen besonders bewandert ist. — Sch. 2.

1. Ihre Annahme, daß Sie nicht zu veranlagten seien, ist irrig. Beweiskraft kann die Steuerbehörde Ihren Büchern zubilligen, ist aber hierzu nicht verpflichtet. **2. Deffentliche Vergütungen** bedürfen polizeilicher Genehmigung. — **Schönberg 57.** Wenn die Kündigung im Auftrage des Käufers geschieden war, so ist sie gültig, falls nicht in dem Kaufvertrag Gegenständliches vereinbart ist. — **P. 2. 5.** Die Teilnahme ist durchaus zulässig. — **E. H. 300.** 1. Teil. 2. Ihr verstorben Sohn soll durch einen Vornamen oder durch die Umstellung der Klage beantragen, weil er minderjährig ist. — **O. M. 122.** Nein, bindend ist der Wortlaut des Vertrages.

Wöchentliche Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise unverändert. **Ei:** Zufuhr nicht ausreichend, Geschäft erge, Preise nicht verändert. **Geflügel:** Zufuhr über Bedarf, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise nicht befriedigend. **Fische:** Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft still, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Süßfrüchte:** Zufuhr reichlich, Geschäft wenig lebhaft, Preise vielfach geändert.

Witterungsüberblick vom 25. Juni 1909, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer-höhe mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temperatur Grad C | Stationen | Barometer-höhe mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temperatur Grad C |
|-------------|-------------------|--------------|------------|---------|-------------------|-----------|-------------------|--------------|------------|-----------|-------------------|
| Schwetznitz | 758 | SW | 2 | heiter | 18 | Haparanda | 761 | S | 4 | wolkig | 17 |
| Damburg | 757 | SW | 3 | wolkig | 15 | Bielefeld | 763 | D | 1 | wolkig | 16 |
| Berlin | 758 | SW | 2 | heiter | 16 | Seelze | 759 | NRW | 4 | wolkig | 18 |
| Frankfurt | 759 | SW | 7 | wolkig | 14 | Aberdeen | 761 | S | 2 | bedeckt | 9 |
| München | 762 | SW | 3 | bedeckt | 13 | Paris | 759 | SW | 4 | halb bed. | 13 |
| Wien | 761 | S | 4 | wolkig | 17 | | | | | | |

Wetterprognose für Sonnabend, den 26. Juni 1909.
Etwas kühler, veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenfällen und ziemlich häufigen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

| Wasserstand | am 24. 6. | am 25. 6. | Wasserstand | am 24. 6. | am 25. 6. |
|----------------|-----------|-----------|-------------------|-----------|-----------|
| Wemel, Elbe | 117 | 0 | Saale, Großh. | 60 | +5 |
| Regel, Spandau | — | — | Cabel, Spandau | 46 | 0 |
| Wesche, Elbe | 174 | —12 | Nathenow | 50 | -2 |
| Ober, Elbe | 248 | +65 | Spree, Spremberg | 66 | -2 |
| Wesche, Elbe | 255 | +7 | Wesche, Spremberg | 58 | +1 |
| Wesche, Elbe | 292 | +12 | Wesche, Spremberg | 51 | +1 |
| Wesche, Elbe | 46 | -6 | Wesche, Spremberg | — | — |
| Wesche, Elbe | 16 | -2 | Wesche, Spremberg | 452 | -2 |
| Wesche, Elbe | — | — | Wesche, Spremberg | 209 | -9 |
| Wesche, Elbe | — | — | Wesche, Spremberg | 200 | -9 |
| Wesche, Elbe | — | — | Wesche, Spremberg | 75 | +6 |
| Wesche, Elbe | — | — | Wesche, Spremberg | 100 | 0 |
| Wesche, Elbe | — | — | Wesche, Spremberg | 21 | +3 |

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterbehl.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 26. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Hidelo.

Anfang 8 Uhr.
Deutschd. u. edener Erde und im ersten Stod.
Kammerdiel. Ein Stundel in Monte Carlo.

Leßing. Die Dollarpinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Madame Bonivard.

Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Neues Schauspielhaus. Maß.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schanzspielhaus. König für einen Tag.

Romische Oper. O diese Reimant.
Neuro. Tricocoe und Cacolet.
Thalia. Am Café Roblesse.
Kunstspielhaus. Der feiche Hindi.

Kleines. Nival.
Heibel. Die Welt ohne Männer.
Neues Operetten. Die Sprudelsee.
Luisen. Beseg.

Polles Caprice. Drei Frauenhüte.
Der Defektor usw. Anf. 8 1/2 Uhr.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Bernhard Noie. Das Mädchen ohne Fize.

Berliner Prater. Man lebt ja nur einmal.
E. Noack's Theater. Der Sommerhof.

Apoll. Hartstein. Er oder Er.
Ergalitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Vassage. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.
Der Kompagnieball.
Urania. Louisenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

Sternwarte. Invalidenstr. 67/68.
Lessing-Theater.
Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Anfang 8 Uhr.

Die Dollarpinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Berliner Theater.
Gastspiel-Operetten-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Ein Herbstmanöver.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Tricocoe und Cacolet.
Sonntag und folgende Tage:
Tricocoe und Cacolet.

Neues Kgl. Opera-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Lilli Lehmann
Fidelio
von Ludwig von Beethoven.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag: Die Meistersinger von Nürnberg. (Sachs: Feinhals.) Anfang 5 Uhr. 8 1/2 Uhr: Souperpanso.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonnabend, den 26. Juni, Anf. 8 Uhr:
König für einen Tag.

Romische Oper in 3 Akten v. H. Adam.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Trompeter von Säckingen.
Montag: König für einen Tag.
Neues Operetten-Theater.
Schwanenbäum 25. a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
D's Sprudelsee.
Operette in 3 Akten von H. Reinhardt.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der feiche Hindi.

Apoll Theater
Ab 8 Uhr:
Das Auffehen erregende Progr.
9^h Jean Paul mit neuen Schlagern.
9^h Yankee Doodle Grls.
9^h Letzte Woche: Wenich oder Affe ???
9^h Uhr: 9^h Uhr:
Er oder Er mit

Hartstein

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Rom und die Campagna.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 8 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Landesausstellungspark
am Lehrter Bahnhof
Neu erbaut: Festliche
Gartenrestaurant
Konditorei und Café

Militär-Konzert
tägl. v. 4 Uhr ab

Dejeuners
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners und Soupers v. 4.00 an

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.

Sensationsstück in 4 Akten v. Melville.
Aus der Gartenbühne u. a.: Berlin auf Stelzen mit Willi Agoston.
Billon, der Unfehlbare.
Spezialitäten. — Anfang 4 1/2 Uhr.

Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Karker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Die schaumgeborene Venus
„La Pia“
in ihrem Phantasie-Tanz: „Der Wellen Geist“ sowie
12 sensationelle 12
Juni-Attraktionen
Reserviert Platz 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe.)

Brunnen-Theater
Vabstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Heute sowie täglich:
X Größtliche Spezialitäten! X
Novität! Novität!
Die Spreewald-Käte.
Gr. Ausstattungs-Vollstück mit Gesang u. Tanz in 4 Akten v. Hoffmann.
Raffeneröffnung 8 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Spezialitäten ersten Rangos.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Wrt. Leitung: Walter Gravenitz.
Neben Donnerstag: **Elitetag.**
Abend und nach der Vorstellung
Tanzkränzchen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten von Alexander Wilson und Antony Reed.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Madame Bonivard.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Der Biberpelz.
Eine Diebstahlskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Der Biberpelz.

CASTAN'S PANOPTICON
Friedrichstr. 165 (Pochorpalast).
Nur noch kurze Zeit!
Ohne Extra-Entree!
Mariedl die größte **Riesin** der Welt.
lebende
Täglich von 11-1 Uhr mittags und von 4 Uhr nachmittags ab:
Gr. Konzert einer italienischen Damenkapelle.

Arturo's Zauberland! Soireen: 12 Uhr mittags und von 4 Uhr nachmittags stündlich. 8 Uhr abends Hauptsoiree.

Gott grüß' die Kunst!
Elderrechtlich kündigt die Reeder Kahnt Dampferfahrten nach meinem Lokal
Heideschloß Hohenbinde
an. Der Dampfer legt nicht bei mir, sondern an dem nicht freigegebenen Lokal von Wilhelm Gühls in Neu-Bitzau an. Ich bitte meine Kollegen und alle meine Freunde und Bekannte, sowie die verehrlichen Vereins-Vorstände den 20 Minuten währenden herrlichen Biesenweg an der Spree entlang von Neu-Bitzau bis Hohenbinde nicht zu scheuen, um bei einem alten Rumpfen ein gut gepflegtes Glas Bier und einen guten Huppen-Gappen intus zu nehmen. Mit kollegialem Gruß
„Zum Gutenberg.“ **Albert Lehmann,**
Heideschloß Hohenbinde.
Mein Ansichten-Album von Hohenbinde sende an jedermann umsonst und portofrei.

Der schönste Ausflugsort und Aufenthalt ist immer und gern gesehen sind wir beim
Pichelsworder Alten Freund.

10199*

Heute Sonnabend:
Gr. Dampfer-Mondschein-Promenadenfahrt
mit Musik und festlich illuminierten Dampfem nach
Restaurant Kyffhäuser, Abfahrt abends 9 u. 9 1/2 Uhr Schillingsbrücke-Berlin. Ein und zurück 50 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Willi Prager
The York Sisters
und das glänzende
Juni-Programm.
12 Variétés-12
Sensationen

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der
Azteken!
Gr.Schaustellungen
Vitascope-Theater usw.
Alles ohne Extra-Entree.

Walhalla-Variete-Theater
Welsbergweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
Die amst. Juni-Spezialität.
Im Garten: **Konzert.**
Der Luftflug.

Karlsgraben
Rixdorf, Karlsgrabenstr. 6-11.
X Prachtvoller alter Parkgarten X
Sonntags: **Konzert.**
Montags: **Die lustigen Kalauer.**
Konzert u. **Gr. Kinderfest.**
Wittmoths: **Gr. Kinderfest,**
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Kinder 10 Pf.,
moßer Schärpe oder Mütze dazubehreit wird.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang
montags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

W.Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Grummstr. 16.
Im schattigen Garten, bei Stegen im Pracht-Theateraal:
Große Extra-Vorstellung!
Der Sonnwendhof.
Original-Vollstahnsstück in 5 Akten.
Vorher: Spezialitäten! Anf. 7 Uhr.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.
Anf. d. Vorstellung montags 7 Uhr,
Sonntags 6 Uhr. Sonn. 8 Uhr. 5 Uhr.
Garteneröffnung 3 Uhr.
Jeden Montag Gilttag, Spezialitäten und Coiret der Lustigen Sängers.
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Ookonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Mütze od. Schärpe gratis.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang
montags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Neue Welt
Hasenheide 108/114.
Große Spezialitätenvorstellung.
Besond. gewähltes Programm.
Nur erste Kräfte.
Gr. Konzert.
Anf. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Entree 25 Pf.
Jed. Mittw.: Kinderfreudenfest.
Gratisverlosungen.
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
Monstre-Feuerwerk.

Kreuzberg-Festsäle und Garten. O. Ernert, SW, Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Wasser u. Borzucht gütlich.
Jeden Sonntag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Entrée frei.
Beschied. Sonnab. an Vereine zu verg.

Saal mit Bühne
und Nebenräumen,
große Vereinszimmer
unter günstigen Bedingungen zu vergeben. 10812*
Sonnabende u. Sonntage frei!
Paul Litfin,
Kometer Straße 67.
Fernspr. Amt 7, 1075.

Drei Züge
und Sie werden jubeln: „Endlich meine Lieblingsmarke gefunden“
Epirus-Cigaretten
Lieblingsmarken:
Hadel Lojs 2 bis 6 Pf.
Ring-Cigaretten 2 bis 5 „
Polioglow 3 bis 10 „
Lord Mayor 4 bis 10 „

Volksgarten-Theater

früher Weimanns Volksgarten.
Am Bahnhof Gesundbrunnen.
Täglich: **Konzert, Theater, und Spezialitäten-Vorstellung.**
Leopold Rosser dirigiert.
Trudi Hagen — The Hurellos — Bergas — Darley — La belle Liane — Frères Canon. **Spree-Athener.**
Vollständig mit Gesang in fünf Bildern von Heßlingen.

Königstadt-Kasino.
Holzmühlstr. 72 (Ecke Alexanderstr.)
Tägl. i. herrl. Natur-Sommergarten bei ungestörter Witterung i. Saale Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung.
Der Aal. Schwan mit Gesang von Otto Richter.
Bonnie X Barry X Duett Wallenberg usw. u. erstl. Spezialitäten.
Am. montags 8, Sonnt. 4 1/2 Uhr.

Schweizer-Garten
Am Königstor. Am Friedrichshain
Haltestelle der Straßenbahnen
1, 2, 4, 17, 59, 62, 74 u. Q.
Täglich **Entree 30 Pf.**
Neues Theater- u. Spezialitäten-Programm.
Ball u. Volksbelustigungen.
Etlliche Sonnabende an Vereine zu vergeben.

Damms Volkspark-Theater
Landsberger Allee 74/77.
Große Vorstellung
des
Rheinischen Künstler-Ensembles
nebst Auftreten erstl. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Jeden Mittwoch: Kinderfest.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang
montags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Elysium
Landsberger Allee 40/41. Ecke
Friedrichsberger Straße.
Heute sowie täglich
im prachtvollen Naturgarten:
Vorstellung
abwechslnd von
drei der bestrenommiertesten Sängergesellschaften.

Neue Welt
Hasenheide 108/114.
Große Spezialitätenvorstellung.
Besond. gewähltes Programm.
Nur erste Kräfte.
Gr. Konzert.
Anf. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Entree 25 Pf.
Jed. Mittw.: Kinderfreudenfest.
Gratisverlosungen.
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
Monstre-Feuerwerk.

Kreuzberg-Festsäle und Garten. O. Ernert, SW, Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Wasser u. Borzucht gütlich.
Jeden Sonntag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Entrée frei.
Beschied. Sonnab. an Vereine zu verg.

Saal mit Bühne
und Nebenräumen,
große Vereinszimmer
unter günstigen Bedingungen zu vergeben. 10812*
Sonnabende u. Sonntage frei!
Paul Litfin,
Kometer Straße 67.
Fernspr. Amt 7, 1075.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang
montags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Elysium
Landsberger Allee 40/41. Ecke
Friedrichsberger Straße.
Heute sowie täglich
im prachtvollen Naturgarten:
Vorstellung
abwechslnd von
drei der bestrenommiertesten Sängergesellschaften.

Neue Welt
Hasenheide 108/114.
Große Spezialitätenvorstellung.
Besond. gewähltes Programm.
Nur erste Kräfte.
Gr. Konzert.
Anf. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Entree 25 Pf.
Jed. Mittw.: Kinderfreudenfest.
Gratisverlosungen.
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
Monstre-Feuerwerk.

Kreuzberg-Festsäle und Garten. O. Ernert, SW, Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Wasser u. Borzucht gütlich.
Jeden Sonntag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Entrée frei.
Beschied. Sonnab. an Vereine zu verg.

Saal mit Bühne
und Nebenräumen,
große Vereinszimmer
unter günstigen Bedingungen zu vergeben. 10812*
Sonnabende u. Sonntage frei!
Paul Litfin,
Kometer Straße 67.
Fernspr. Amt 7, 1075.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang
montags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Elysium
Landsberger Allee 40/41. Ecke
Friedrichsberger Straße.
Heute sowie täglich
im prachtvollen Naturgarten:
Vorstellung
abwechslnd von
drei der bestrenommiertesten Sängergesellschaften.

Neue Welt
Hasenheide 108/114.
Große Spezialitätenvorstellung.
Besond. gewähltes Programm.
Nur erste Kräfte.
Gr. Konzert.
Anf. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Entree 25 Pf.
Jed. Mittw.: Kinderfreudenfest.
Gratisverlosungen.
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
Monstre-Feuerwerk.

Kreuzberg-Festsäle und Garten. O. Ernert, SW, Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Wasser u. Borzucht gütlich.
Jeden Sonntag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Entrée frei.
Beschied. Sonnab. an Vereine zu verg.

Saal mit Bühne
und Nebenräumen,
große Vereinszimmer
unter günstigen Bedingungen zu vergeben. 10812*
Sonnabende u. Sonntage frei!
Paul Litfin,
Kometer Straße 67.
Fernspr. Amt 7, 1075.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang
montags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Elysium
Landsberger Allee 40/41. Ecke
Friedrichsberger Straße.
Heute sowie täglich
im prachtvollen Naturgarten:
Vorstellung
abwechslnd von
drei der bestrenommiertesten Sängergesellschaften.

Neue Welt
Hasenheide 108/114.
Große Spezialitätenvorstellung.
Besond. gewähltes Programm.
Nur erste Kräfte.
Gr. Konzert.
Anf. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Entree 25 Pf.
Jed. Mittw.: Kinderfreudenfest.
Gratisverlosungen.
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
Monstre-Feuerwerk.

Kreuzberg-Festsäle und Garten. O. Ernert, SW, Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Wasser u. Borzucht gütlich.
Jeden Sonntag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Entrée frei.
Beschied. Sonnab. an Vereine zu verg.

Saal mit Bühne
und Nebenräumen,
große Vereinszimmer
unter günstigen Bedingungen zu vergeben. 10812*
Sonnabende u. Sonntage frei!
Paul Litfin,
Kometer Straße 67.
Fernspr. Amt 7, 1075.

Orts-Frankenkasse

der Hutmacher, Hutfirmen- und Filzwarenverfertiger zu Berlin.
Bekanntmachung.
Durch Beschluß des Vorstandes treten die in der Generalversammlung vom 27. November 1908 beschlossenen und dem Bezirksamt durch genehmigten Änderungen der §§ 11, 12, 15, 18, 23, 26, 27, 40, 41, 50, 51, 52 und 54 des Statuts am 5. Juli cr. in Kraft. Den Wortlaut dieser Änderungen können die Mitglieder als „Neues revidiertes Statut“ bei ihren Arbeitgebern oder im Kassentotal in Empfang nehmen. 1856

Der Vorstand.
S. Daubensier, Vorsitzender
Alte Kalobstraße 21/22.

Zornsdorf, Kreis Teltow.
Arbeiter-Gesangverein
„Freie Sänger“
(M. d. A.-S.-B.) 60/18
Sonntag, 27. d. M., im Lokale des Herrn J. Koorn, Zornsdorf:
6. Stiftungsfest.
Alle Freunde u. Bekannte sind freundlichst eingeladen.

Preiswürdig
kaufen Sie nur im

größten
Spezial-Geschäft
für feine
Herrn-Bekleidung
fertig und nach Mass
ent. Leit. antiklass. Schneidm. v. v.
J. Kurzberg
Rosenthaler-
strasse 40, 1

gegen Bar und auf Teilzahlung!
Wochenrate
von **1 Mark** an.

Cigarren
Cigaretten
kaufen Sie in guten Qualitäten
sich preiswert bei
Max Wesemann,
Skallitzer Str. 64a,
Ecke Zeughofstraße.

Ausnahme-Preise.
Abnahme: Mai, Juni, Juli.
A. B. Koch

Kohlengroßhandlung
Gegründet 1893.
Haupt-Kontor Berlin O. 84,
Petersburger Straße 1
(vis-à-vis Warschauer Straße).
Fernspr. Amt 7 Nr. 5040 u. 9396.

Sagerplatz I: Berlin O. 34, Brown-berger Str. 16 (am Dönhofspl.).
Sagerplatz II: Berlin O. 17, Fruchtstraße 18 (Hilferstraße/Platz).
Sagerplatz III: Güterhof/Wilhelmsstr., Greifswalder Straße 50a. Amt VII, 7624. 6992*

**Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose
Herkules**



tragen.
Unverletzt
Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf.
Sehr starkes Leder
mit Zwickel in
braunen und braunen
Streifen, auch ein-
farbig. Am Bund aus
einem Stück
gearbeitet, wodurch
besondere Haltbarkeit
bedingt ist. Sehr feste
Kappnähte mit
starkem Garn.
Schwere Leder-Pilot-Taschen.
Große Flecken unsonst.
Trotz dieser vielen und
anderer Vorzüge kostet
die Herkules-Hose für
normale Mannes-Größe
4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u.
Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 39-39 — Brückenstr. 12
Gr. Frankfurterstr. 30
Schöneberg, Hauptstr. 10.
Haupt-Katalog gratis u. franko.

Nachr. verb.

F. F. Emil Schmidt
Lindenstr. 3. H. Hof parterre
empfiehlt den Genossen seine
Pflanze zur Abhaltung von
Werkstätten u. Vereins-
sitzen. 14732*
Jeden Sonntag: Gemütliches
Beisammensein.



Zentralhaus
modern. Herrenbekleidung
Neue Friedrichstr. 35
liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
fertig und nach Maß unter Ge-
währ für tadelloser Sitz gegen
wöchentlich Teilzahlung von 1 M. an.
Auf Wunsch Besuch des Reisenden
mit neuesten Stoffmustern.

**Für Ausflügler
100
Ausflüge um Berlin**

mit 12 Illustrationen und 20 Karten
von Georg Siegerist.
Preis kartoniert mit bunten Karten
2,- M.

Märkische Wanderfahrten.
Ein- bis dreitägige Ausflüge in die
Mark von Georg Siegerist.
Preis kartoniert mit 10 Karten
1,50 M.

Märkisches Wanderbuch
Mit 38 Karten. Preis 2,50 M.
**Wanderbuch für die Mark
Brandenburg
und angrenzende Gebiete.**
Mit 53 Karten.
Erster Teil: Nähere Umgebung
Berlins. Preis 1,50 M.
Zweiter Teil: Weitere Umgebung
Berlins, nördliche Hälfte Preis 2 M.
Dritter Teil: Weitere Umgebung
Berlins, südliche Hälfte Preis 2,50 M.
Wanderführer mit Karten-Atlas
für Oberspre und Dahme
Preis 1 M.
Wanderführer mit Karten-Atlas
für den Grunewald Preis 1 M.
Spezialkarten für alle Ausflugsorte
der näheren und weiteren Umgebung
Berlins, im Preise von 0,50—1,50 M.
Radfahrerkarte von Berlin und
weiterer Umgebung, auf Leinwand
gezogen, zusammenlegbar
Preis 1,75 M.
Radfahrerkarte von Brandenburg
auf Leinwand gezogen, zusammen-
legbar. Preis 2,50 M.
Reichlings Taschenatlas der Um-
gebung Berlins, mit 100 Aus-
flügen. Preis 2,50 M.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Bilanz per 31. Dezember 1908.

Aktiva.

| | |
|--|-------------------|
| Inventar nach Abschreibung von 5 Proz. | 2210,55 M. |
| Konto-Korrent-Konto, Deb. | 608,92 |
| Kassa-Konto | 101,39 |
| Kautions-Konto | 50,— |
| Baren-Konto | 15,00 |
| Geldm. u. Verlust-Konto | 243,86 |
| Gesamt | 3329,82 M. |

Passiva.

| | |
|-----------------|-------------------|
| Darlehens-Konto | 2490,15 M. |
| Rückst.-Konto | 694,84 |
| Referend.-Konto | 144,83 |
| Gesamt | 3329,82 M. |

Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Geschäftsjahres 20. Im Laufe des Geschäftsjahres traten ein 3. Mitgliederzahl am Schlusse des Geschäftsjahres 23. Mit dem Schlusse des Geschäftsjahres (Schluss der Geschäftsjahres) durch Auflösung 1. Ausschlag 1 2. Mitgliederzahl bei Beginn des neuen Geschäftsjahres 21. Die Mitgliederzahl haben sich um 413,34 M. vermindert. Die Gesamtsumme verminderte sich um 100 M., Gesamtsumme 1150 M. Laut Beschluss der Generalversammlung vom 30. März 1909 wird der Verlust durch Abschreibung von den Geschäftsguthaben der Genossen und durch die Hälfte des Referendums gedeckt.

Barbier- u. Friseur-Genossenschaft „Vorwärts“
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
106/5 Der Vorstand.
Paul Liere, Otto Wermke, Jul. Langner.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzensir. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Wo finden Sie bei Ihren Ausflügen den schönsten Familien-Aufenthalt? 16102*
Nur in **Grünau** bei **Gustav Lindenhayn**
Friedrichstr. 2. Telefon 17.
2 Minuten von der Hölle.
Gut gepflegte Bier, 1/2 15 Pf.; große Keller 20 Pf. Schattiger Garten und Vereinszimmer.

Verband der baugewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.
Zweigverein Berlin und Umgegend.
(Sektion der Staker.)
Achtung! Kollegen! Achtung!
Sonntag, den 27. Juni, vormittags 10 Uhr:
Ankerordentl. Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 1).
Tages-Ordnung:
1. Unsere diesjährige Bewegung und die weitere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion. 3. Auswahl der Lohnkommission.
Zahlreichen Besuch erwartet.
29/12 Die Verbandsleitung.

Zeuthen, Restaurant Albrechtshof
zum gemütlichen Heirich. 1401 L.
Bestester Ausflugsort, idyllisch am Zeuthener See zwischen Eichwalde, Schmöckwitz u. Zeuthen gelegen. Fahrplanmäßiger Verkehr (ständig) der Stern-Dampfer ab Berlin-Jannowitzbrücke und Grünau.
Den geehrten Vereinen und Gewerkschaften bestens empfohlen. Hochachtungsvoll **H. Spethmann.**

Sonntag, den 27. d. Mo., sowie jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag, während der Ferien täglich
Große Motorboot-Extrafahrten
Wernsdorfer Schleuse, in der Nähe der Golener Berge.
Abfahrt: von der Schillings-Brücke, Restaurant Böhmer Wald (früher Felsen-Terrasse), Tel. Amt IV, 105 83, und vom Gröben-Ufer an der Oberbaum-Brücke.
Von der Schillings-Brücke früh 9 1/2, nachm. 2 1/2, 4 1/2, 6 1/2, 8 1/2, 10 1/2 Uhr. Abfahrt abends 8 Uhr.
Von dem Gröben-Ufer früh 9 1/2, nachm. 2 1/2, 4 1/2, 6 1/2, 8 1/2, 10 1/2 Uhr.
Preis hin und zurück Sonntags 80 Pf., Kinder die Hälfte. Wochentags 50 Pf.
Paul Schwedler, Restaurant zum Oder-Spree-Kanal.

Ausverkauf
Konkursmasse
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 12, Ecke Schulstraße, stammenden gute **Herren- und Knaben-Garderoben** fertig und nach Maß findet täglich von 8-12 und 3-8 Uhr statt.
Die enorm billigen Preise sind aus den 5 Schaufenstern ersichtlich.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Zentrale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler **Vinzenz Brzezinski** 50 Jahre alt, am 24. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 26. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jerusalemer Kirchhofes in der Hermannstraße aus statt. 128/20
Die Ortsverwaltung.

Daufragung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters, des Droschkenführers **Wilhelm Badke** sage ich hiermit allen Kollegen, Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen vom Fuhrer-Gewerbe Reichel u. Kießel und dem Verein der Droschkenführer meinen herzlichsten Dank.
Witwe Anna Badke nebst Tochter.

Konsumverein Friedenau u. Umgeg.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Sonnabend, den 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Schollhase, Sieglitz, Hornstraße 15a: 106/6

2. außerordentl. Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Beschlussfassung zwecks Uebertritt zur Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend. 2. Liquidation infolge des Uebertritts. 3. Wahl von drei Liquidatoren. 4. Verschiedenes.
Da die am 23. 6. 09 stattgefundene Generalversammlung über obige Tagesordnung nicht beschlussfähig war, kann nunmehr nach § 37 Absatz 6 unbeschadet der Anzahl der erschienenen Mitglieder die Liquidation und Uebergabe beschlossen werden.
Der Vorstand.
W. Schmidt, G. Döring, K. Thielicke.

Sozialdemokratischer Verein
für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis.
Hierdurch zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schuhmacher **Emil Sperling** (Linienstraße 54 (4. Abteilung) verstorben ist. 223/10
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 26. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Sophien-Gemeinde in der Freienwalder Straße aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Der Vorstand.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Emil Sperling** am 22. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 26. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes (Schindbrunnen), Freienwalder Straße, aus statt.
Kege Beteiligung erwartet. 169/16 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klavierarbeiter **Neumann Hirschfeld** am 23. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 26. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Emil Hansen** am 23. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes in Nigdarf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung erlucht. 89/6 Die Ortsverwaltung.

Julius Strietzel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes in Nigdarf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung erlucht. 89/6 Die Ortsverwaltung.

Neumann Hirschfeld
im Alter von 60 Jahren am Mittwoch, den 23. Juni, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde aus statt. 195/20
Um rege Beteiligung bitte. Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin
E. H. No. 80.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Neumann Hirschfeld** im Alter von 60 Jahren am Mittwoch, den 23. Juni, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde aus statt. 195/20
Um rege Beteiligung bitte. Der Vorstand.

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindruckers u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 23. d. Mts. cr. verstorbenen Lithographen **Hermann Mrose** findet statt am Sonnabend, den 26. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rudolf-Birchow-Krankenhauses 614 nach dem Pauls-Kirchhofe in Köpenick. 1905 Das Komitee.

Am Mittwoch verstarb nach langem Leiden unser lieber Vater, Bruder, Schwieger- und Großvater **Fritz Storr** im 64. Lebensjahre.
Dies zeigen hierdurch an. Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 1905

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.
Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 1007 L.
gegründet 1895

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen **monatliche Teilzahlung** unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger Garantie** für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Ueberteuerung ausgeschlossen, da **an jedem Stück der Preis in Zahlen** deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 60—80 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.
Kein Abzahlungs-Geschäft.

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage.
Baustation Zeuthen. Besitzer: **W. Heinrich.**
Für besorgenden Sommerfaher halte ich mich werten Vereinen, Fabriken, Schulen usw. bei Zusicherung aufmerksamster Bedienung bestens empfohlen. — 3 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. — Badeanstalt. — Boote und Befestigungen aller Art. 7372* Hochachtungsvoll **W. Heinrich.**

Ich hab's
Urban
Bester Schuh-Putz
In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: **URBAN & LEHM, Charlottenburg.**

Arbeiter finden für ihren Beruf gute und billige Kleidung in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Gelber Laden.
Rein Weißes hat mit den „Gelben Gewerkschaften“ nichts zu tun.

M. Schulmeister
Berlin SO., 4, Dresdener Straße 4, am Kottbuser Cor.
Nur eigene Konfektion!
Frühjahrs- u. Sommerpaletots
in prima Qualitäten, Cheviot u. modern gestreift. Melton-Stoff.
45,—, 42,—, 38,50, 36,—, 21⁵⁰ M.
32,50, 30,—, 27,50, 24,50,
Moderne Ulster,
1 u. 2-reihig, Formen u. Durchknöpfen, in d. neuesten Mustern
48,50, 45,—, 40,50, 25⁵⁰ M.
36,50, 32,50, 29,50,
Jackett-Anzüge,
elegante Passons, prima Rollhaar-Verarbeitung 50,—, 45,—, 42,50, 38,50, 24⁵⁰ M.
34,—, 29,50, 27,50,
Rock-Anzüge 29⁵⁰ 54⁰⁰
Gehrock-Anzüge 36⁵⁰ 70⁰⁰
Burschen- u. Knaben-Garderoben.
Herren-Beinkleider.
Arbeiter-Berufskleidung.
Anfertigung nach Maß und Garantie für tadelloser Sitz, haltbare Stoffe, la. Verarbeitung, elegante Passform.